universität wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Bedeutung von Rücküberweisungen der Diaspora-Bosnier/Bosnierinnen für die Wirtschaft Bosnien und Herzegowinas“

Verfasser

Samir Memišević

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

| | |
|---|---|
| Studienkennzahl lt. Studienblatt: | A300 |
| Studienrichtung lt. Studienblatt: | Politikwissenschaft |
| Betreuer / Betreuerin: | Univ.--Doz.-Dr. Johann Wimmer |

# Danksagung/Zahvalnica

*Zahvaljujem se mojim dragim roditeljima, mojoj neni i sestri, koji su mi bili stalna podrška.*

Ich danke meinen Freundinnen und Freunden Christina, Irma, Jakob, Leopold und Melanie für ihre hilfreichen Tipps und die Motivation, die sie mir während des Schreibens meiner Diplomarbeit gegeben haben.

Ich danke auch meiner Studienkollegin und Freundin Martina für ihre fachliche Hilfe -stellung während der Abschlussphase meiner Arbeit.

Ein besonderer Dank gilt meiner Schwester Sanela, die mich während meines Studiums unterstützt und nicht die Mühe gescheut hat, meine Arbeit zu lesen.

Ich bedanke mich bei meinem Betreuer, Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer nicht nur für seiner fachliche Kompetenz, sondern auch seine freundliche Art und Unterstützung, meine Diplomarbeit in den letzten Tagen des auslaufenden Diplomstudienplanes abzuschließen.

# Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung....1
1.1 Forschungsleitende Fragestellung....3
1.2 Methodische Herangehensweise....4
1.3 Aufbau der Arbeit....4
2 Theorien....7
2.1 Migrationstheorien....7
2.1.1 Ökonomische Theorien....7
2.1.2 Weltsystemtheorie....12
2.1.3 Migrationssysteme – Migrationsnetzwerke....13
2.1.4 Transnationalismus....17
2.2 Von Migration zu Niederlassung....22
2.2.1 Ethnizität und Formierung ethnischer Minderheiten....24
2.2.2 Rassismus....27
2.2.3 Ethnizität, Klasse, Geschlecht und Lebenszyklus....28
2.2.4 Kultur, Identität und Communities....30
2.3 Staat und Nation....31
2.3.1 Staatsbürgerschaft....34
2.4 Rücküberweisungen – Remittances....38
2.4.1 Soziale Remittances....39
2.4.2 Ökonomische Remittances....51
3 Migration aus Bosnien-Herzegowina....57
3.1 „Gastarbajteri“ – Emigration der 1960er und 70er Jahre....58
3.2 Kriegsflüchtlinge – Emigration Anfang der 1990er Jahre....74
3.3 Emigration nach Kriegsende 1995....79
3.3.1 Wer und wo ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora?....79
3.3.2 Gründe um im Ausland zu bleiben....88
3.4 Remittances nach Bosnien-Herzegowina und ihre Bedeutung für den Staat und die Wirtschaft....91
3.4.1 Finanzielle Remittances....91

3.4.2 Soziale Remittances....106
4 Zusammenfassung....109
5 Literaturverzeichnis....115
Anhang....A
Abstract....A
Lebenslauf....C

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Top Empfängerländer Remittances 2010 absolut....52
Tabelle 2: Top Empfängerländer Remittances 2009 in % des BIP....53
Tabelle 3: Migration aus Jugoslawien 1954 bis 1975....60
Tabelle 4: Altersstruktur der Migranten/Migrantinnen....64
Tabelle 5: Ausbildungsgrad Migranten/Migrantinnen....65
Tabelle 6: Herkunftsrepublik/-provinz der Migranten/Migrantinnen....67
Tabelle 7: Zielländer der Migranten/Migrantinnen....68
Tabelle 8: Migration nach Zielländern und Herkunftsrepubliken/-provinzen....69
Tabelle 9: Aufnahmeländer 1993 bis 2005....76
Tabelle 10: Asylanträge nach Zielländern 1993 bis 2005....77
Tabelle 11: Voraussetzungen für Rückkehr ins Herkunftsland....89
Tabelle 12: Gründe für Verbleib im Aufnahmeland....90
Tabelle 13: Remittances nach BiH 2003-2010....105

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Globale Remittances 1991-2010....51
Abbildung 2: Herkunftsregionen Jugoslawien 1975....66
Abbildung 3: Haben Sie/Haushaltsmitglied 2009 Remittances nach BiH geschickt?....92
Abbildung 4: Haushaltseinkommen, Sparausmaß....93
Abbildung 5: Sparziele während Migrationsphase....93
Abbildung 6: Haushaltsersparnisse aufbewahrt in BiH....94

Abbildung 7: Verwahrung der Ersparnisse in BiH.....94
Abbildung 8: Bevorzugter Transferkanal für Geld nach BiH.....95
Abbildung 9: Menge der Remittances nach BiH 2009.....95
Abbildung 10: Motive für Remittances nach BiH.....96
Abbildung 11: Remittances für Konsum/Sparen.....96
Abbildung 12: Absicht nach BiH zurückzukehren.....97
Abbildung 13: Sparziele im Ausland danach ob Remittances geschickt werden oder nicht.....98
Abbildung 14: Investitionen in BiH danach ob Remittances geschickt werden oder nicht.....99
Abbildung 15: Investitionen nach Sektoren.....100
Abbildung 16: Investitionsform.....101
Abbildung 17: Kapitalquellen für Investitionen.....101
Abbildung 18: Investitionsabsicht nach Jahr der Emigration.....102
Abbildung 19: Investitionsabsicht nach Alter.....103
Abbildung 20: Investitionsinteresse nach Geschlecht.....103
Abbildung 21: Investitionsabsicht nach Ausbildungsgrad vor Emigration.....104

# 1 Einleitung

Migration ist in den vergangenen Jahren ein immer präsenter werdendes Thema in der Öffentlichkeit. Oft ist es aber weniger das Thema Migration an sich, das diskutiert wird, als die Effekte, die mit der Wanderungsbewegung von Menschen in Zusammenhang stehen oder gebracht werden. In der westlichen Welt, in Europa und in Österreich nimmt der internationale Anteil von Migration den größten Teil in der öffentlichen Wahrnehmung ein. Dabei sind Themen wie Zuwanderung, Überfremdung, Parallelgesellschafen, Herausforderungen an den Sozialstaat, das Bildungswesen und den Arbeitsmarkt in vorderer Reihung.

Tatsächlich sind aber 97% der Weltbevölkerung keine Migranten/Migrantinnen. Folglich sind nur 3% Migranten/Migrantinnen und von ihnen wiederum sind die meisten Binnenmigranten/-migrantinnen. D.h. sie bleiben in ihrer Wanderungsbewegung innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen des Landes, in dem sie sich befinden, in dem sie geboren sind. Sie wandern innerhalb einer Region oder zwischen den Gebieten eines Landes, meist aus ländlichen Gebieten in den städtischen Raum. Obwohl es sich also um einen geringen Prozentsatz der Weltbevölkerung handelt, wird ihm diese breite Aufmerksamkeit beigemessen. Doch wie sieht die Wahrnehmung von Migration in einem Land aus, bei dem nicht die Einwanderung, sondern die Auswanderung im Fokus der Öffentlichkeit steht? Wie steht ein solches Land zu seiner Bevölkerung im Ausland?

Bosnien-Herzegowina zählt zu den Ländern, bei denen der Anteil von Personen, die sich im Ausland befinden in Relation zur Gesamtbevölkerung am höchsten ist. Die erste große Auswanderungswelle fand in den 1960er und 70er Jahren im Rahmen von Gastarbeiterabkommen statt. Die zweite im Zuge des Krieges der 1990er Jahre. Diese zweite Migrationswelle ist gekennzeichnet durch eine große Zahl von Binnenflüchtlingen (Internal Displaced Persons – IDP), aber auch einer beträchtlichen Anzahl von Flüchtlingen, die sich gezwungen sahen ins Ausland zu fliehen. Der Krieg wurde 1995 beendet, ein Teil der Flüchtlinge kehrte nach Bosnien-Herzegowina zurück, doch die Emigration blieb weiterhin aufrecht. Bosnien-Herzegowina gilt heute als ein Auswanderungsland und die Weltbank beziffert den Anteil der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung im Ausland im Jahr 2010 auf 38,9% der Gesamtbevölkerung Bosnien-Herzegowinas (vgl. Weltbank 2011).

In dieser Arbeit wird nicht darauf eingegangen, wie es zu Polarisierungen der öffentlichen Meinung kommt oder wie Migrationspolitik, sprich Einwanderungs- und Auswanderungspolitiken gestaltet werden. Konkret wird das Phänomen der Rücküberweisungen (auch Remittances genannt) einer eng gefassten Personengruppe, der bosnisch-herzegowinischen Diaspora, und deren Bedeutung für das Empfängerland Bosnien-Herzegowina untersucht. Dabei werden die Ursachen, die zur Emigration geführt haben und weiterhin führen beleuchtet.

Das theoretische Konzept dieser Arbeit folgt der Betrachtung von Migration als einem ganzheitlichem Phänomen, dessen einzelne Phasen, von der Entschlussfassung zu emigrieren bis zur Ankunft im Zielland und der Integration in die Aufnahmegesellschaft eng miteinander verbunden sind und für ihr Verständnis auch nicht voneinander losgelöst zu denken sind. Das kommt insbesondere bei Rücküberweisungen zum Tragen und findet im Ansatz von Transnationalismus Berücksichtigung. Hier wird deutlich, wie das Leben von Migranten/Migrantinnen über zwei oder mehrere Staatsgrenzen hinweg geführt wird, wie sich einzelne Migrationsphasen bedingen und wechselseitig beeinflussen. Die Überweisung von Geld aus dem Zielland in das Herkunftsland ist mit den spezifischen Gründen einer Person überhaupt auszuwandern verbunden. Die Entscheidung länger bzw. dauerhaft im Zielland zu bleiben und nicht bzw. erst später wieder ins Herkunftsland zu gehen, ist ihrerseits verknüpft mit der Integration im Aufnahmeland und der Phase im Lebenszyklus, in der sich der/die einzelne Migrant/Migrantin befindet.

Die Gründe für Emigration aus Bosnien-Herzegowina haben sich über die Zeit mal mehr mal weniger verändert, ebenso wie das Ausmaß der Auswanderung und damit auch die Konsequenzen für die Gesellschaft der „Daheimgebliebenen", der Gesellschaft in Bosnien-Herzegowina.

Der Begriff Diaspora und warum er als Bezeichnung für die Bosnier und Bosnierinnen, die im Ausland leben in dieser Arbeit verwendet wird, wird im Theorieteil erklärt. An dieser Stelle sei so viel gesagt, dass der Begriff Diaspora zum einen ausgewählt wurde, weil die Institutionen Bosnien-Herzegowinas die in dieser Arbeit untersuchte Personengruppe als Diaspora bezeichnet, zum anderen weil er auch eine Selbstbezeichnung innerhalb dieses Personenkreises ist. Ein weiterer Grund ist der, dass viele Begriffe wie Bosnier/Bosnierin, Migrant/Migrantin oder „Staatsbürger/Staatsbürgerin Bosnien-Herzegowinas im Ausland lebend" nicht in der Lage sind, die betreffenden Personen vollständig zu erfassen. Das liegt auch daran, dass Iden-

titäten in einer globalen Welt komplexer geworden sind. Das Gleiche zeigt sich auch bei der Verwendung von Begriffen wie „Zuhause“ und „Heimat“. Ihre Verwendung hängt von der emotionalen Bindung einer Person an einen Ort ab. Daher wird in dieser Arbeit der Begriff Herkunftsland bevorzugt verwendet, wobei auch hier eine Unschärfe auftreten kann: Nachkommen von Migranten/Migrantinnen sind oft im Aufenthaltsland ihrer Eltern geboren, womit sich die Frage stellt, in wie weit das Herkunftsland ihrer Eltern auch ihr „Herkunfts-“Land ist?

Als Rücküberweisungen werden nicht nur jene Gelder verstanden, die an Angehörige, Verwandte oder Freunde geschickt werden, sondern auch das Geld, das von einem/einer Migranten/Migrantin aus dem Ausland selbst nach Bosnien-Herzegowina gebracht und dort für Konsum bzw. Investitionen verwendet wird. Neben diesem finanziellen Teil gibt es auch soziale Remittances. Von ihnen wird gesprochen, wenn Wissen, Fähigkeiten, Erfahrungen, Werte und Normen transferiert werden.

Durch ihre Remittances ergibt sich eine doppelte Bedeutung der Diaspora für Bosnien-Herzegowina: Einmal weil sie Geld überweist und damit ihre Angehörigen finanziell unterstützt bzw. teilweise gänzlich erhält und somit gleichzeitig den Druck sozialer Forderungen an den Staat Bosnien-Herzegowina bzw. dessen Mangel an Unterstützungsleistungen mildert. Zum anderen sind die Personen aus der Diaspora von Bedeutung, weil sie potente Konsumenten/Konsumentinnen und Investoren/Investorinnen sind und damit die Wirtschaft Bosnien-Herzegowinas fördern können.

Der Autor dieser Arbeit ist um eine geschlechtergerechte Schreibweise nach dem Leitfaden des Ministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur bemüht. Wegen sprachlicher Einfachheit und Rücksicht auf den Lesefluss bezieht sich die Verwendung von „Bosnier“ und „Bosnierinnen“ auf alle Angehörige des Staates Bosnien-Herzegowina, unabhängig der Zugehörigkeit zu den beiden Regionen Bosnien oder der Herzegowina. Ebenso wenig beziehen sich beide Begriffe auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Volksgruppe.

## 1.1 Forschungsleitende Fragestellung

Der Untersuchungsgegenstand diese Arbeit ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora und ihr Bezug zu Bosnien-Herzegowina. Es wird näher auf finanzielle Rücküberweisungen eingegan-

gen, wer diese empfängt und wie sie verwendet werden. Konkret sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora?
- Wie wurden diese Menschen zur Diaspora?
- Wo ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora?
- Schickt diese Diaspora Remittances nach Bosnien-Herzegowina und wenn ja, welche Bedeutung haben diese Remittances für den Staat und die Wirtschaft?

## 1.2 Methodische Herangehensweise

In dieser Arbeit wird nach hermeneutischer Methode Sekundärliteratur ausgewertet. Zusätzlich werden Primärdaten verwendet, die von Institutionen Bosnien-Herzegowinas und internationalen Organisationen wie UNHCR, UNDP, OECD und der Weltbank erhoben wurden. Darüber hinaus war es möglich Konsul Momo Ševarika von der Botschaft Bosnien-Herzegowinas in Wien zu interviewen. Aus diesem Gespräch konnten wertvolle Informationen für die Betrachtung der Diaspora und deren Wahrnehmung durch die Regierung Bosnien-Herzegowinas gewonnen und in diese Arbeit eingearbeitet werden.

## 1.3 Aufbau der Arbeit

Im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 2) wird der theoretische Rahmen gelegt, in dem Migration an sich und Emigration aus Bosnien-Herzegowina beleuchtet werden. Es wird ein Überblick über die Theorientwicklung von Analysen einfacher Push-Pull-Faktoren, über Migration entlang Netzwerken und in einem Weltsystem von Zentren-Peripherie, bis zu heute mehr an Bedeutung gewinnenden transnationalen Ansätzen gegeben, auf denen der Fokus im Theorieteil liegt. Aufbauend auf diesen theoretischen Rahmen leitet sich das Verständnis für die Entstehung einer Diaspora ab.

Daneben wird auch auf Konzepte eingegangen, die beim Übergang von Migration zu Niederlassung zum Tragen kommen. Integration wird soweit behandelt, als dass sie ein Prozess der Bildung von Identität und eines Zugehörigkeitsbewusstseins ist

Im Anschluss darauf wird kurz der Zusammenhang von Staat und Nation beleuchtet, welche Rolle das Verbindungsinstrument Staatsbürgerschaft zwischen Staat und Bevölkerung hat und welche vorherrschenden Grundtypen von Staatsbürgerschaftskonzepten es gibt.

In weiterer Folge werden die verschiedenen Formen behandelt, die Rücküberweisungen haben können, wie sie generiert und über welche Kanäle sie transferiert werden.

Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 3) wird untersucht, wie sich die Emigration aus Bosnien-Herzegowina nach 1945 bis heute entwickelt hat, in welche Kategorie sie sich zuordnen lässt und welche Auswirkungen sie für Bosnien-Herzegowina hat. In diesem Abschnitt wird empirisches Datenmaterial eingearbeitet und interpretiert um nachzuvollziehen, wo sich die bosnisch-herzegowinische Diaspora befindet, wie groß sie ist und wie hoch das Ausmaß ihrer Rücküberweisungen ist. Diese werden der wirtschaftlichen Lage Bosnien-Herzegowinas gegenüber gestellt um so die Relevanz der Remittances einzuordnen.

Abschließend werden die Ansätze und Ergebnisse der Arbeit nochmal zusammengefasst und die einleitenden Fragestellungen beantwortet.

# 2 Theorien

## 2.1 Migrationstheorien

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist man in den vergangenen Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion dazu übergegangen, Migration als ein ganzheitliches Phänomen zu sehen und diese als ein solches zu untersuchen. Die einzelnen Migrationsphasen bauen teilweise aufeinander auf, bedingen sich gegenseitig und interagieren miteinander. Für das möglichst vollständige Verständnis von Migration ist es notwendig, sich die Beweggründe für Emigration anzusehen, ebenso den Migrationsprozess bis ins Zielland sowie die Aufnahme, die Integration in dieses. Eine selektive Betrachtung einer einzelnen Migrationsphase würde jene Einflüsse ausblenden, die in unterschiedlicher Intensität und je nach Herkunftsland-Zielland-Konstellation variierend aus der vorangegangen Phasen in die folgenden einwirken.

Im Folgenden werden Theorien der Migration in einer möglichst chronologischen Abfolge dargestellt, in der sie sich entwickelt haben und zu einem immer voranschreitenden Verständnis von Migration beigetragen haben, das aus der Unzulänglichkeit des vorangegangenen Erklärungsmodells resultierte, die reale Dimension von Migration zu erfassen. Dabei wird weitgehend Castles und Miller gefolgt, die Migration zum einen ganzheitlich und zum anderen auf globaler Ebene begreifen und untersuchen.

### 2.1.1 Ökonomische Theorien

Ökonomische bzw. neoklassische Theorien hatten und haben bis heute eine wesentliche Bedeutung in der Migrationsforschung. Eine erste systematische Theorie über Migration stammt von Ravenstein, einem Geographen des 19. Jh. In seinen Untersuchungen analysierte er die Wanderungsbewegung von Menschen und kam zu Schlussfolgerungen, aus denen er statistische Gesetzmäßigkeiten ableitete: Menschen wandern aus dicht in dünn besiedelte Gebiete. Ebenso ziehen sie aus Gebieten mit niedrigem Einkommen in solche mit einem hohen Einkommen. Aus diesen Ergebnissen leiten sich die *Push-Pull-Faktoren* ab (vgl. Castles/Miller 2009: 21f.).

*Push-Pull*

Push-Faktoren beschreiben Einflussgrößen, die Menschen dazu bewegen, aus einem Gebiet zu emigrieren. Solche Faktoren sind beispielsweise ein hohes Bevölkerungswachstum mit daraus entsprechend resultierender -dichte, niedriger Lebensstandard, begrenzte ökonomische Möglichkeiten und/oder politische Unfreiheit. Ihnen gegenüber stehen Pull-Faktoren. Diese Einflussgrößen ziehen die Menschen in eine bestimmte Region hin, beispielsweise die dortige Nachfrage nach Arbeitskräften, Verfügbarkeit von Land, ökonomische Chancen und/oder politische Freiheiten. Push-Pull-Faktoren finden überwiegend Anwendung bei Betrachtungen aus ökonomischer Sicht, aber auch aus soziologischer, demographischer und geographischer (vgl. Castles/Miller 2009: 21f.).

Dieses Modell betont die Entscheidung des Individuums für Migration auf Basis eines rationalen Abwägens von relativen Kosten zu Nutzen des Bleiben bzw. der Emigration. Solche neoklassischen Sichtweisen gehen davon aus, dass die Individuen bestens informiert sind über die Bedingungen, anders gesprochen über Vorteile und Kosten des Auswanderns. Sie sind informiert über Lohnniveaus und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Zielländern und treffen ihre Entscheidung rein auf Grund solcher ökonomischen Faktoren. Menschen investieren in Auswanderung als ein Potential genauso wie in eine Qualifikation durch Ausbildung und Spracherwerb. Sie fällen die Entscheidung auszuwandern, wenn der Nutzen durch die in Aussicht stehenden höheren Löhne die Kosten der Emigration überwiegt. Parallel dazu findet ein Wettbewerb unter den Gastländern um diese Arbeitskräfte statt, während die Migranten/Migrantinnen sich eines dieser Gastländer nach den ihnen dort gebotenen Möglichkeiten auswählen. Je größer die Unterschiede zwischen den Regionen sind, umso größer sind auch die Migrationsströme (vgl. ebd.).

Als Konsequenz dieser Migration soll letztlich ein Ausgleich zwischen den Regionen hergestellt werden. Dieser resultiert aus sich auf ein gleiches Level einpendelnden Lohnniveaus und Arbeitsbedingungen. Ein möglicher negativer Effekt für Einwanderungsländer durch die Aufnahme billigerer Arbeitskräfte aus dem Ausland ist, dass das Lohnniveau für einheimische niedrig ausgebildete Arbeitskräfte absinken kann. Bei der Untersuchung von Migrationsbewegungen zeigt sich hingegen, dass es oftmals nicht die am wenigsten ausgebildeten Personen sind, die sich zu emigrieren entscheiden. Mit höherem Ausbildungsgrad steigt auch die Bereitschaft auszuwandern (vgl. ebd.). Das hängt auch damit zusammen, dass mit besseren Qualifi-

zierungen eines/einer Migranten/Migrantin die Wahrscheinlichkeit steigt, im Zielland Arbeit und einen regulären Aufenthaltsstatus zu bekommen. Das kann zu dem negativen Effekt für die Herkunftsländer führen, dass im Abschnitt sozialer Remittances unter Brain Drain genauer beschrieben wird.

Obwohl die Betrachtung von Migration unter diesen ökonomischen Gesichtspunkten für die Wanderungsbewegung relevant ist, zeigt sich auch eine Unzulänglichkeiten neoklassischer Migrationstheorien auf: Zwar sind es meist niedrig ausgebildete und ärmere Menschen, die in reichere Regionen wandern, aber der Theorie nach müssten die Menschen auch aus dicht besiedelten Gebieten in dünnbesiedelte wandern. Deutschland und die Niederlande, zwei Staaten die als Zielländer von Migration gelten, zählen aber zu den am dichtesten besiedelten Regionen. Auch können solche rein ökonomischen Theorien nicht erklären, warum die Wahl auf das eine und nicht auf ein anderes Land fällt. Die meisten Algerier/Algerierinnen emigrieren nach Frankreich und nicht etwa nach Deutschland. Bei Türken/Türkinnen verhält es sich genau umgekehrt. Es zeigt sich, das neoklassische Ansätze nicht in der Lage sind, gegenwärtige Migrationsbewegungen ausreichend zu erklären und keine Voraussagen über künftige machen können (vgl. ebd.).

In einer globalisierten Welt verbreiten sich Informationen über entfernte Länder und die dortigen Lebensbedingungen. Das kann Motivation wecken, in ein bestimmtes Land zu emigrieren. Migranten/Migrantinnen als individuelle „Marktplayer" anzusehen, die gut informiert sind über ihre Möglichkeiten und Freiheiten um rationale Entscheidungen treffen zu können, wie das diese Theorien sehen, kann nicht immer der Realität stand halten. Oft haben Migranten/Migrantinnen bzw. jene Menschen, die beabsichtigen zu emigrieren nur mangelndes Wissen bis der Realität gänzlich entgegen gerichtete Vorstellungen über die Möglichkeiten und Abhängigkeit von Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen und Regierungen in den Zielländern (vgl. ebd.: 23).

*Dual labour market / Segmented labour market*

Wissenschafter/Wissenschafterinnen aus nicht ökonomischen Fächern wie Soziologie, Geschichte, Geographie oder Anthropologie haben gezeigt, dass das Migrationsverhalten stark beeinflusst ist von historischen Erfahrungen, von Familien- und Gesellschaftsdynamiken. Es bedarf also weiterer Faktoren, die die ökonomischen erweitern, um Migration ganz zu erfassen. Ein solcher Ansatz ist die dual labour market bzw. segmented labour market Theorie.

Diese berücksichtigt eine Arbeitsmarktsegmentierung mit institutionellen Faktoren sowie Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit. Internationale Migration befriedigt sowohl die Nachfrage nach hoch wie auch niedrig ausgebildeten Arbeitskräften. Das ergibt sich aus einer Aufsplittung des Arbeitsmarktes in mindestens ein primäres und sekundäres Segment. In Ballungsräumen ist diese Trennung deutlicher zu sehen: hoch bezahlten Arbeiter/Arbeiterinnen in Bereichen wie Finanz, Management oder Forschung stehen niedrig bezahlten Arbeitern/Arbeiterinnen in Bereichen, die die Bedürfnisse der ersten befriedigen gegenüber. Die Gruppe der ersten setzt sich zusammen aufgrund ihres Humankapitals, oft aber auch aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Mehrheitsethnie, dem männlichen Geschlecht und im Fall von Migranten/Migrantinnen, den Inhabern/Inhaberinnen eines regulären Aufenthaltsstatus. Daraus ergibt sich als Konsequenz, dass die Gruppe der niedrig Bezahlten zwar aufgrund ihrer mangelnden Ausbildung, mangelnden Sprachkenntnisse, aber eben auch wegen des Geschlechts, Nicht-Zugehörigkeit zur Mehrheitsethnie oder ihres Aufenthaltsstatus benachteiligt ist. Hinzu kommt, dass manche Arbeiten überwiegend bis fast ausschließlich von Migranten/Migrantinnen verrichtet werden, da diese Tätigkeiten ein niedriges Ansehen in der Gesellschaft des Aufnahmelandes haben und daher die ansässige („einheimische“) Bevölkerung nicht bereit ist diese zu auszuführen (Bsp. Reinigung, Bauarbeit) (vgl. Castles/Miller 2009: 22f.).

Manche Autoren sehen in der Aufsplittung nach Ethnizität und Geschlecht nicht nur einen Dualismus, sondern eine weiter komplex ausdifferenzierte Segmentierung des Arbeitsmarktes. Das führt auch zu Nischen für „ethnisches“ Unternehmertum im Bereich wie Lebensmittelgeschäften und anderen Handel innerhalb der zugewanderten Communities. Segmentierte Arbeitsmärkte tragen zur Erklärung bei, warum Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen und Regierungen eine bedeutende Rolle in der Migration spielen und warum Migration auch dann stattfindet, wenn sich die Lohnniveaus zwischen Regionen angeglichen haben (höhere Löhne sind nicht das einzige Motiv in ein Land zu immigrieren). Arbeitgeber sind interessiert an billigen Arbeitskräften, Regierungen sind interessiert an der Aufrechterhaltung von beispielsweise dem Gesundheitsbereich, in dem heute in westlichen Staaten zu einem hohen Prozentsatz Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund beschäftigt werden (vgl. ebd.: 23f.).

*New economics of labour migration*

Die new economics of labour migration Theorie kam in den 1980ern auf. Sie argumentiert, dass die Entscheidung für Migration nicht von einzelnen Individuen getroffen wird, sondern

von Haushalten, Familien oder ganzen Gemeinden (gemeint ist nicht die Ebene kommunaler Verwaltung, sondern ein Verband von Individuen, die nicht zwangsläufig über Familienbande oder die Ethnie miteinander verbunden sind). Die Faktoren, die bei der Entscheidung erwogen werden, gehen nicht alle in die Richtung einer Aussicht auf ein höheres Einkommen. Es wird auch eine Diversifizierung des Familieneinkommens berücksichtigt, um das Risiko eines Einkommensausfalls durch Arbeitslosigkeit (z.B. wenn alle Familienmitglieder in der selben Branche tätig sind), zu reduzieren und so auch Ressourcen für bestehende Unternehmungen zu gewinnen (z.B. eine Familienfarm). Migration allein aufgrund von Einkommensunterschieden kann nicht erklärt werden. Faktoren wie Chancen auf sichere Beschäftigung, Investitionskapital und die Möglichkeit Risiken in einem gewissen Ausmaß und über längere Zeit kalkulieren zu können werden ebenfalls berücksichtigt.

Bei new economics of labour migration ist der Untersuchungsgegenstand nicht das Individuum, sondern die soziale Gruppe. Dabei bedient man sich Methoden aus der Soziologie und Anthropologie wie Haushaltsbefragungen und qualitativer Interviews um die Migrationsentscheidung nachzuvollziehen. Der ökonomische Aspekt beliebt weiter aufrecht, indem der Fokus der Untersuchungen auf Kapital, Kreditmärkten, Migration als Auffangen von Arbeitslosigkeit und Lücken im Versicherungssystem (Bsp. Altersvorsorge) liegt (Castles/Miller 2009: 24).

New economics of labour migration und klassische Theorien sind sich ähnlich. Beide haben den ökonomischen Aspekt von Migration im Fokus. Während klassische Theorien das Individuum als Untersuchungsgegenstand in der Entscheidung für Migration haben, ist dieses bei new economics die Gruppe in einem weiter gefassten Rahmen der Untersuchung. Regierungen sind in der Regel darum bemüht, Einwanderung durch Einreisebestimmungen, Aufenthaltsbestimmungen und Arbeitsmarktregelungen zu steuern. New economics zufolge wäre der Einfluss wesentlich effektiver, wenn er beispielsweise über Kreditmärkte erfolgt, wodurch eine viel stärkere Verbindung zwischen Politik und Migration, internationalem Handel und Entwicklung hergestellt werden würde. Im ökonomischen Sinn kann Migration auf der „Nachfrageseite“ als Ergebnis struktureller Faktoren moderner kapitalistischer Wirtschaften gesehen werden. Die Nachfrage von Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen nach niedrig ausgebildeten Arbeitskräften, die leicht zu kontrollieren und auszubeuten sind (z.B. irreguläre Migranten/Migrantinnen) ist kaum durch strengere Grenzregime beeinflussbar, die noch dazu einen Schwarzmarkt für Arbeitskräfte forcieren und die Anreize für Menschenschmuggel er-

höhen. Regierungen können undokumentierter Migration wesentlich besser mit Maßnahmen entgegenwirken, die auf einen Wandel des Arbeitsmarktes abzielen und die Nachfrage nach solchen Arbeitern/Arbeiterinnen erübrigen (vgl. Castles/Miller 2009: 25).

Ökonomische Theorien bringen verschiedene Faktoren ein, die für das Verständnis von Migration wesentlich sind. Dennoch kann Migration durch ökonomische Erklärungsmodelle allein nicht erfasst werden. Untersuchungen historischer und aktueller Migrationsbewegungen zeigen, dass Staaten eine wesentliche Rolle bei der Initiierung, Gestaltung und Kontrolle von Migration hatten und haben. Der größte ihnen gemeinsame Grund Einwanderung zu erlauben ist die Nachfrage nach Arbeitskräften, aber auch demographische und humanitäre Aspekte sind von Bedeutung. In der Geschichte hat Immigration auch eine wesentliche Rolle in der Nationwerdung gespielt, wie bei den Beispielen von Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada und den USA. Daraus ergibt sich, dass Migration als ein komplexer Prozess gesehen werden muss, der politische, soziale und kulturelle Dimensionen hat. Sich ausschließlich auf Push-Pull-Faktoren zu beschränken ist vereinfachend und irreführend. Migrationsentscheidungen werden von einer weiten Bandbreite von Faktoren in den Herkunfts- wie auch Zielländern beeinflusst. Diese Bedingungen interagieren sowohl miteinander als auch auf globaler Ebene und mit historischen und kulturellen Aspekten. Folglich macht es Sinn, Migrationen als kollektive Phänomene, die als Subsysteme einer ansteigende globalen Ökonomie und eines globalen politischen Systems zu analysieren (vgl. ebd.: 25).

### 2.1.2 Weltsystemtheorie

Im Kontext ungleicher Verteilung von Wirtschaftsleistung und politischer Macht in der Weltökonomie, wird Migration als Mobilisierung billiger Arbeitskräfte für das Kapital gesehen. Hier gibt es keine Perspektive eines Ausgleichs der Regionen mehr. Die ungleiche Entwicklung wird durch eine Ausbeutung von Rohstoffen (Arbeitskraft kann in diesem Sinn auch als Rohstoff/Ressource betrachtet werden) armer Länder, um die reichen noch reicher zu machen, festgeschrieben. Während neoklassische ökonomische Theorien den Fokus auf freiwillige Migration legen, liegt dieser bei der Weltsystemtheorie auf der Massenrekrutierung von Arbeitskräften wie beispielsweise für Fabriken in Deutschland, den Agrarsektor in Kalifornien oder Infrastrukturprojekte in Australien. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften in manchen Regionen und die Nachfrage nach diesen in anderen war sowohl eine Legitimierung für Kolonialis-

mus, als auch Ergebnis von Krieg und regional ungleicher Entwicklung in Europa. Ihre intellektuellen Wurzeln hat diese Theorie in der marxistischen politischen Ökonomie, besonders in der Dependenztheorie. Die Unterentwicklung der Dritten Welt ist Ergebnis der Ausbeutung ihrer Ressourcen und Arbeitskraft durch den Kolonialismus und der Fortsetzung dieser Ausbeutung durch unfaire Handelsbedingungen mit entwickelten Ökonomien. Was diese Theorie als Welttheorie zusammenfasst ist eine weniger entwickelte Peripherie, die von einem entwickelten Zentrum kontrolliert wird. Das Vordringen multinationaler Kooperationen in weniger entwickelte Ökonomien beschleunigt den Wandel ländlicher Gegenden, der zu Armut, Verdrängung von Arbeitsplätzen, rapider Urbanisierung und einem Anstieg informeller Ökonomien führt. Dependenztheorie und Weltsystemtheorie waren zu Beginn ihrer Entstehung über internationale Migration besorgt. Mitte der 1970er Jahre wurde die Rolle migrantischer Arbeiter/Arbeiterinnen in westlichen Gesellschaften, also den entwickelten Ökonomien, immer offensichtlicher. Internationale Migration wurde als Dominanz des Zentrums über seine unterentwickelte Peripherie gedeutet. Migration verstärke die Effekte militärischer Hegemonie und Kontrolle des Welthandels sowie der Investitionen in die Dritte Welt um diese von der Ersten abhängig zu halten (vgl. Castles/Miller 2009: 26).

In den 1980ern kam Kritik an der Weltsystemtheorie auf, indem gefragt wurde, wie das wiederkehrende Versagen von Migrationspolitik erklärt werden kann, wenn die kapitalistischen Interessen des Westens so dominant sind? Dieses Versagen wird deutlich bei dem Wandel temporärer Migration zu Daueraufenthalt und Niederlassung in den Zielländern (vgl. ebd.: 27).

Während ökonomische und neoklassische Theorien den historischen Aspekt in Migrationsbewegungen vernachlässigen und sich auf die wirtschaftliche Dimension fokussieren, tritt die Rolle des Staates in den Hintergrund. Historisch funktionale Ansätze wie die Weltsystemtheorie hingegen greifen ebenfalls die ökonomischen Bedingungen auf, daneben aber auch die sozialen Strukturen und die Interessen des Kapitals, während die Dimension des Individuums vernachlässigt wird.

### 2.1.3 Migrationssysteme – Migrationsnetzwerke

Migrationssysteme haben ihre theoretischen Wurzeln in der Geographie, Migrationsnetzwerke in der Soziologie und Anthropologie. In der seit den 1990er Jahre rapide zunehmende For-

schung zu Migration wollen diese Ansätze einen vergleichenden konzeptionellen Rahmen für das Verständnis von Migration schaffen. Ein Migrationsnetzwerk wird von einem oder mehreren Staaten gebildet, zwischen denen Migration stattfindet, wobei ein Land Teil mehrerer Migrationssysteme sein sein. Ein Hauptfokus dieser Theorie liegt auf Migrationssystemen wie dem Südpazifik, Westafrika oder der Südspitze Lateinamerikas. Durch solche Systeme werden weit entfernte Regionen miteinander Verbunden wie die Karibik mit Westeuropa und Nordamerika oder Nord- und Westafrika mit Frankreich. Es werden beide Enden des Migrationsflusses und die Verbindungen zwischen beiden betrachtet. Diese Verbindungen können als Staat-zu-Staat Verbindungen, kulturelle, familiäre und/oder soziale Verbindungen kategorisiert werden. Die Theorie der Migrationssysteme geht davon aus, dass Migrationsbewegungen generell durch frühere Verbindungen zwischen Sende- und Empfängerland herrühren, die durch den Kolonialismus, politischen Einfluss, Handel, Investitionen und/oder kulturelle Bande entstanden sind. Eine solche historische Verbindung ist beispielsweise die zwischen Mexiko und den USA, die noch auf die Südwestexpansion der USA im 19. Jh. und der Rekrutierung mexikanischer Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen durch US-Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen im 20. Jh. zurückgeht. Die Migration aus der Dominikanischen Republik in die USA rührt von der militärischen Okkupation durch die USA in den 1960ern her. Ähnlich verhält es sich mit der koreanischen und vietnamesischen Migration nach Amerika. Sie sind Langzeitfolgen der US-Militäreinsätze. Die Migration aus Bangladesch, Indien und Pakistan nach Britannien sind mit der britischen Kolonialpräsenz am indischen Subkontinent verbunden. Ähnlich tendieren karibische Migranten/Migrantinnen dazu, in die ehemaligen Kolonialmächte zu emigrieren: von Jamaika nach Britannien, Martinique nach Frankreich, Surinama in die Niederlande, Algerien nach Frankreich. Türkische und ex-jugoslawische Migranten/Migrantinnen wandern nach Deutschland aus, was auf die Arbeiter/Arbeiterinnen-Rekrutierung in den 1960ern und 70ern zurückgeht (Castles/Miller 2009: 27f.).

Das Prinzip des Migrationssystems ist, dass jede Migrationsbewegung als Ergebnis interferierender Makro- und Mikrostrukturen gesehen werden kann. Makrostrukturen beziehen sich auf großdimensionale, institutionelle Faktoren, während Mikrostrukturen auf die Netzwerke, Praktiken und Einstellungen von Migranten/Migrantinnen eingehen. Beide Ebenen sind durch eine Anzahl von intermedierenden Mechanismen verbunden. Diese Mechanismen bilden die Mesostrukturen. Makrostrukturen beinhalten die politische Ökonomie des Weltmarktes, zwischenstaatliche Beziehungen, gesetzliche Rahmen und Praktiken, die von den Re-

gierungen der Sende- und Empfängerländer mit der Absicht der Regulierung von Niederlassung von Migranten/Migrantinnen geschaffen werden. Entwicklungen bei Produktion, Verteilung und Austausch innerhalb einer stärker integrierten Weltökonomie in den letzten fünf Jahrzehnten sind eine wesentliche Größe in der Migration. Mikrostrukturen sind teilweise informelle Netzwerke, die von Migranten/Migrantinnen aufgebaut werden, um sich gegenseitig bei Migration und Niederlassung zu unterstützten. Es wurde auch der Begriff *chain migration* - Kettenmigration - für dieses Phänomen verwendet. Forschungen zu mexikanischen Migranten/Migrantinnen in den USA in den 1970ern haben gezeigt, dass 90% von ihnen einen legalen Aufenthaltsstatus durch Familien oder Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen-Kontakte bekommen haben (vgl. ebd.).

Heute wird die Rolle von kulturellem/sozialem Kapital betont: Informationen, Wissen über andere Länder, Kapazitäten zur Organisation von Reisen, Arbeit zu finden und sich an eine neue Umgebung anzupassen, all das ist wesentlich in der Frühphase der Migrationsbewegung. Informelle Netzwerke liefern grundlegende Ressourcen für Individuen und Gruppen und können als soziales Kapital analysiert werden, das persönliche Beziehungen, Familien, Haushalte, Freundschaften und Gemeinschaftsbande beinhaltet, und wirtschaftliche und soziale Hilfestellung leistet. Informelle Netzwerke verbinden auch Migranten/Migrantinnen mit Nicht-Migranten/Migrantinnen in einem komplexen Netzwerk von sozialen Rollen und interpersonellen Beziehungen (vgl. ebd.: 28).

Die Familie und Gemeinschaft sind wesentlich für Migrationsnetzwerke, ähnlich wie auch bei new economics of labour migration. Forschungen in Asien haben gezeigt, dass die Entscheidung zu emigrieren nicht von Individuen sondern von der Familie getroffen werden. In Situationen raschen Wandels entscheidet die Familie ein oder mehrere Mitglieder in andere Regionen oder Länder zum Arbeiten zu schicken um dadurch das Einkommen und damit die „Überlebenschancen" zu erhöhen. In vielen Fällen wird die Entscheidung von älteren Familienmitgliedern, meist Männern getroffen, während von den jüngeren erwartet wird, dass sie Folge leisten. Die Familie entscheidet oft junge Frauen in die Stadt oder ins Ausland zum Arbeiten zu schicken, weil die Arbeitskraft der Männer weniger entbehrlich für die Landwirtschaft ist. Junge Frauen werden auch als zuverlässiger beim Senden von Remittances gesehen. Diese Motive gehen Hand in Hand mit dem steigenden internationalen Bedarf nach feminisierter Arbeitskraft, was zu einem Anstieg der Feminisierung von Migration führt (Parallele zur Theorie segmentierter Arbeitsmärkte) (vgl. ebd.: 29).

Familienbande machen durch finanzielles und soziales Kapital eine Migration für eine große Anzahl von Menschen überhaupt erst möglich. Typische Migrationsketten starten von einem „externen" Faktor ausgelöst wie z.B. der Einberufung zum Militärdienst oder die Auswanderung eines jungen, meist männlichen „Pioniers". Ist die Wanderung etabliert, folgt die weitere Migration meist dem begannen Pfad und wird unterstützt von Freunden und Familie, die bereits in der Region sind. Netzwerke basieren auf der Familie oder einer gemeinsamen Herkunft und bieten Unterstützung bei Unterkunft, Arbeit, Hilfe bei bürokratischen Schritten und persönlichen Schwierigkeiten. Diese sozialen Netzwerke machen die Migration für die betroffenen Personen sicherer und planbarer. Sind Migrationsbewegungen einmal gestartet, werden sie zu selbsterhaltenden sozialen Prozessen (vgl. ebd.).

Migrationsnetzwerke erleichtern auch die Niederlassung und Bildung von Gemeinden in den Immigrationsgebieten. Migranten/Migrantinnen entwickeln eine eigene ökonomische Infrastruktur mit Geschäften, Cafés, Ärzten/Ärztinnen, Anwälten/Anwältinnen, Kultureinrichtungen, Vereinen und weiterer Serviceleistungen (ethnisches Unternehmertum wie bei segmentierten Arbeitsmärkten).

Damit verbunden ist auch die Familienzusammenführung. Migranten/Migrantinnen bringen, je länger sie sich im Zielland aufhalten, ihre Angehörigen, Partner/Partnerinnen, Kinder nach oder gründen neue Familien im Aufenthaltsland. Sie sehen ihre Zukunftsperspektiven zunehmend im neuen Land, besonders die zweite Generation. Sind die Kinder in der Schule, erlernen sie die Sprache des Aufenthaltslandes, bauen sich einen Freundeskreis auf, entwickeln eine bikulturelle oder transkulturelle Identität, wird eine Rückkehr der ersten Generation ins Herkunftsland erschwert. Das trifft umso mehr auf die zweite Generation bei der „Heimkehr" ins Herkunftsland ihrer Eltern zu. Auch die Umgebung trägt dazu bei, in dem beispielsweise Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen ein Interesse am Bleiben fähiger Arbeiter/Arbeiterinnen haben und diese im Betrieb halten und eine Zirkulation von Arbeitskräften, die immer wieder neu eingelernt werden, vermeiden möchten. Dadurch wird ebenfalls Daueraufenthalt bzw. eine Niederlassung von Migranten/Migrantinnen gefördert. Je mehr lokale Gemeinschaften auch kulturell vielfältiger werden, desto mehr nehmen Immigranten/Immigrantinnen Rollen in sozialen, kulturellen und politischen Gruppierung ein (vgl. ebd.: 29f.).

Diese zwischenliegenden Mesostrukturen haben in den vergangene Jahren mehr Aufmerksamkeit bekommen. Individuen, Gruppen und Institutionen haben eine Vermittlerrolle zwi-

schen Migranten/Migrantinnen und politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Es entsteht auch eine Migrationsindustrie, mit Rekrutierungsorganisationen, Agenten/Agentinnen aber auch Schmugglern/Schmugglerinnen. Sie können Helfer/Helferinnen oder Ausbeuter/Ausbeuterinnen von Migranten/Migrantinnen sein. Insbesondere dann, wenn Migration illegal stattfindet oder es einen „Überschuss" an Migranten/Migrantinnen gibt, überwiegt der Anteil mit ausbeuterischem Charakter. Es kommt vor, dass Migranten/Migrantinnen um ihre Ersparnisse betrogen und in einem fremden Land im Stich gelassen werden. Das Aufkommen einer Migrationsindustrie mit ihrem Interesse an einem Fortbestehen von Migration unterwandert auch die Bemühungen von Staaten Migration zu kontrollieren (vgl. ebd.: 29f.).

Makro-, Meso- und Mikrostrukturen sind im Migrationsprozess miteinander verwoben, es gibt keine klare Trennlinie zwischen ihnen. Es ist nicht eine Ursache allein, die Menschen die Entscheidung zu emigrieren treffen lässt (vgl. ebd.: 30).

### 2.1.4 Transnationalismus

Ein Aspekt von Globalisierung ist die rasche Entwicklung neuer Technologien in der Kommunikation und im Transportwesen, die es Migranten/Migrantinnen vereinfachen, enge Kontakte zu ihren Angehörigen im Herkunftsland zu halten, aber auch um von dort emigrieren zu können. Das vereinfacht den Wachstum zirkulärer und temporärer Migration, bei denen sich die Menschen wiederholt zwischen zwei oder mehreren Orten bewegen und dort ökonomische und soziale wie kulturelle Bande haben. Die Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk weicht auf, was Konsequenzen für die nationale Identität und internationale Politik hat (vgl. Castles/Miller 2009: 29f.).

Ein älterer Ausdruck für transnationale Gemeinschaften bzw. Communities ist Diaspora. Der Begriff Diaspora hat oft eine emotionale Aufladung während transnationale Community neutraler wahrgenommen wird. Heute argumentieren viele Forscher und Forscherinnen, dass die Globalisierung zum rapiden Anstieg transnationaler Communities beiträgt. Diese bietet der steigende Zahl von Menschen, die sich in zwei oder mehreren Ländern zugehörig sehen, die Möglichkeit ihre Aktivitäten, Beziehungen und Identitäten zu organisieren. Daraus resultiert die Notwendigkeit Grundannahmen über soziale Institutionen wie Familie, Staatsbürgerschaft und Nationalstaat sowie Gesellschaft als Ganzes zu überdenken (vgl. ebd.: 31).

Eine inflationäre Verwendung der Begriffe transnationale Community und Transmigrant/Transmigrantin sollte vermieden werden. Die Mehrheit der Migranten/Migrantinnen passt wahrscheinlich nicht in dieses Konzept. Temporäre Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen, die sich vorübergehen über mehrere Jahre im Ausland aufhalten und Remittances überweisen, mit ihren Familien kommunizieren und diese gelegentlich auch besuchen sind nicht notwendigerweise Transmigranten/Transmigrantinnen. Genau so wenig wie niedergelassene Migranten/Migrantinnen, die ihr Heimatland auf Dauer verlassen haben und nur lose Kontakte in die alte Heimat unterhalten. Das ausschlaggebende Kriterium ist, dass transnationale Aktivitäten ein wesentlicher Bestandteil im Leben der Menschen sind. Wenn das gegeben ist, kann passender Weise von transnationalen Communities gesprochen werden (vgl. ebd.: 32f.).

Thomas Faist beschreibt die Veränderungen der Lebensführung jenseits eines Nationalstaatscharakters. Im Fokus stehen die Aktivitäten der Individuen und nicht die von staatlichen Akteuren. Die grenzüberschreitende Interaktion von Staaten ist und bleibt internationale Politik. Um beide Bereiche begrifflich zu trennen spricht er von transnationalen Räumen. In diesen Räumen haben staatliche Akteure weiterhin eine Rolle, doch ihr Handeln richtet sich primär an Communities und Menschengruppen, jedoch nicht an Staaten: „By transnational spaces we mean relatively stable, lasting and dense sets of ties reaching beyond and across the borders of sovereign states." (Faist 2004: 3).

Ausgehend von der Frage ob nicht jeder/jede Migrant/Migrantin ein/eine Transmigrant/Transmigrantin ist, oder ob bestimmte Kriterien erfüllen sein müssen, um von dieser Kategorie neuer Migranten/Migrantinnen sprechen zu können, untersucht Faist was diese Kriterien sind. Aufbauend auf eine Studie von Held et al. entwickelt Faist eine Typografie entlang zwei Dimensionen, einer: 1.V*erdichtung von Raum und Zeit* der Bindungen und 2. *Organisation* der Bindungen (vgl. ebd.: 4).

Die *Raum-Zeit-Verdichtung* von Bindungen erfolgt durch die Reichweite von grenzüberschreitenden Aktivitäten und deren Intensität. Die Reichweite hängt von 3 Faktoren ab:

1. Dem Ort an dem die Aktivitäten stattfinden. Ereignisse können in beiden Ländern gleich oder in einem mehr als im anderen stattfinden.
2. Den beteiligten Akteuren/Akteurinnen wie Individuen, Gruppen, Organisationen und Kommunikatoren, die eine bestimmte Sprache sprechen, transnationale Geschäfte be-

treiben und sich selbst als „Hybride“ (im Sinn einer doppelte Identität) bezeichnen oder von anderen so bezeichnet werden.

3. Den Feldern, in denen die transnationalen Aktivitäten stattfinden. Diese reichen vom Familienleben bis zum öffentlichen Leben und formellen Mitgliedschaften bei politischen Vereinigungen.

Die Intensität ergibt sich aus der Anzahl der Aktivitäten und Beziehungen in einem transnationalen Rahmen in einer bestimmten Periode, sowie der Geschwindigkeit in der diese erfolgen. Neue Transport- und Kommunikationstechnologien tragen zu einer Beschleunigung der Verbreitung von Informationen, Gütern, Kapital, Menschen und auch Ideen bei (vgl. ebd.: 5).

Die *Organisation von Bindungen* über Netzwerke, Organisationen und Communities erfolgt über eine Infrastruktur. Transport- und Kommunikationstechnologien bieten diese in einem weitaus höheren und vor allem einer größeren Personengruppe leichter zugänglichem Ausmaß an, als das in früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten noch der Fall war (vgl. ebd: 5f.).

Nicht zu vergessen ist auch eine gemeinsame Sprache. Migranten/Migrantinnen, die über lange Zeit in einem Land mit einer anderen Sprache leben, können dadurch auch ein distanzierteres Verhältnis zu der eigenen Sprache bekommen. Besonders tragend wird dieser Aspekt bei Kindern, die durch Schulbildung und Umfeld nur rudimentäre Kenntnisse der eigenen (Erst-)Muttersprache bzw. der Muttersprache ihrer Eltern erlangen (die Sprache ist ein relevanter Faktor für die Formierung einer Diaspora).

Auch nicht-staatliche Akteure bewegen sich immer in einem Rahmen, der von einzelnen Staaten, bilateralen Staatsverträgen, internationalem Recht und überstaatlichen Einrichtungen gestaltet wird. Der einzelne Staat hat nicht nur Einfluss auf Push-Faktoren, die Menschen zur Emigration bewegen (Bsp. persönliche Freiheiten und Einschränkungen), er wirkt auch auf die Möglichkeiten der Ausreise ein, die bis zu einem Ausreiseverbot gehen können. Dem gegenüber können Anreize zur Einreise über Arbeiter-/Arbeiterinnenanwerbung (Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen) stehen. Dabei können nicht nur Ungleichheiten zwischen den Staaten, sondern auch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bestehen. Diese Faktoren wirken sich darauf aus, wie Migranten/Migrantinnen Beziehungen aus den Zielin die Einwanderungsländer pflegen können, und ob institutionalisierte Kanäle eingerichtet werden können. Die Institutionalisierung kann von losen Netzwerken, Verwandtschaftsver-

hältnissen, multinationalen Konzernen, religiösen Vereinigungen und Diaspora gehen (vgl. ebd.).

Nach dem Grad der Institutionalisierung definiert Faist vier Arten transnationaler Räume:

1. Transfernetzwerke für Güter, Kapital, Personen, Informationen, Ideen und kulturelle Praktiken;
2. Interessensnetzwerke für beispielsweise Geschäftsleute, Akademiker/Akademikerinnen und andere Interessensgruppen;

   (diese beiden Räume haben einen niedrigen Formalisierungsgrad)
3. kleine Verwandtschaftsgruppen (Haushalte und Familien);
4. Communities und Organisationen wie religiöse Gruppen oder Unternehmen;

   (diese beiden Räume haben einen hohen Formalisierungsgrad) (vgl. ebd.: 7).

*Transfernetzwerke* für Güter, Kapital, Personen, Informationen und kulturelle Praktiken bedeuten nicht gleichzeitig einen persönlichen Kontakt. Geschäftsleute können über diese Netzwerke ihre Geschäfte abwickeln, ohne einen engen Kontakt miteinander zu haben. Teilweise treffen sich völlig fremde Personen auf solchen „Märkten". Durch das Verhalten der Akteuren/Akteurinnen werden auch ihre Bräuche übertragen, oder eine Sprache findet Verbreitung bzw. es entstehen Mischformen (Bsp. Verbreitung der englischen Sprache in der Geschäftswelt) (vgl. ebd.: 8).

*Interessensnetzwerke* organisieren die Verbindungen zwischen Personen, die Informationen und Dienstleistungen austauschen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Solche Ziele können das Verfolgen bestimmter Werte/Normen wie Menschenrechte oder Umweltschutz sein. Die Mitgliedschaft in diesen Netzwerken ist wenig bis gar nicht formell geregelt. Ein solches Interessensnetzwerk mit Migrationsbezug ist das von Drittstaatsangehörigen in der EU. Einige von den Drittstaaten haben ihre Forderungen bündeln und auf die Agenden der Politik der EU setzen können, wovon einiges in den Vertrag von Maastricht 1997 aufgenommen wurde. Diese Bündelung erfolgte ohne eine nachhaltige Formalisierung des Netzwerkes (vgl. ebd.: 8f.).

*Kleine Verwandtschaftsgruppen* sind hoch formalisierte Beziehungen wie Haushalte und Familien und treffen auf die meisten Migranten/Migrantinnen zu. Der hohe Grad der Formalisie-

rung ergibt sich aus dem Verwandtschaftsbezug zwischen den Mitgliedern. Aus diesem resultiert ihr Zusammengehörigkeitsgefühl und ihre Solidarität, wodurch sie ihre soziale Beziehung auch über weite Distanzen aufrecht erhalten. Die Lebensdauer dieser Verbindung ist relativ kurz. Sie dauert im transnationalen Sinn solange an, bis die Familie sich an einem Ort wiedervereinigt, oder die Mitglieder sterben, womit ihre Beständigkeit an die Lebensspanne der Mitglieder geknüpft ist (vgl. ebd.).

*Transnationale Communities und Organisationen* zeichnen sich durch eine lange Aufrechterhaltung aus. Transnationale Communities reichen über einfache Verwandtschaftsverhältnisse hinaus. Sie beinhalten soziale und symbolische Bindungen, die sich durch ein hohes Maß an Intimität, emotionaler Tiefe, moralischer Verpflichtung und manchmal sozialer Kohäsion auszeichnen. Diese können sich auf mehrere Orte zerstreuen, vor allem dann, wenn die Migration unfreiwillig erfolgt. Dann ist oft die Rede von Diaspora.

„Diasporas are groups that experienced the territorial dispersion of their members some time in the past, either due to a traumatic experience, or specialization in long-distance-trade." (Faist 2004: 10). Der Begriff Diaspora ist nicht mehr ausschließlich für jene Migranten/Migrantinnen in Verwendung, die sich wegen Flucht oder Vertreibung im Ausland befinden. Einige Autoren wie Levitt halten an dieser Verknüpfung zwischen Diaspora und Flucht/Vertreibung fest, während sich Migranten/Migrantinnen, ohne vor Konflikten geflohen oder durch sie vertrieben worden zu sein, selbst als Teil einer Diaspora sehen (vgl. Levitt 1998: 928). Auch wenn ihre Migrationsgründe nicht von Konflikten und Verfolgung herrühren, so sehen sie ihre Auswanderung aus verschiedenen Gründen als erzwungen an (ökonomische Lage drängte sie dazu).

Bei transnationalen Organisationen steht weniger die kulturelle, ethnische Verbundenheit ihrer Mitglieder im Vordergrund, sondern vielmehr bauen sie auf einer Administration, einer Bürokratie auf, die die Einheiten über Staatsgrenzen hinweg organisiert (vgl. Faist 2004: 9f.).

Es wurde schon erwähnt, dass Globalisierung von Wirtschaft und neue Kommunikations- und Transporttechnologien zu einem Zusammenwachsen der Welt geführt haben, das sich auch in Migrationsbewegungen widerspiegelt. Globale Finanzmärkte, Produktionsteilung, Handels- und Wirtschaftsräume werden von der Politik aktiv gestaltet. Auch Regierungen haben dazu beigetragen, dass diese Vernetzung so stattfinden konnte. Das Beispiel der Europäischen Union zeigt, dass Regierungen auch Staatsgrenzen relativiert haben. Zumindest für die

Staatsbürger/Staatsbürgerinnen der Mitgliedsländer haben die Binnengrenzen der EU-Staaten an Bedeutung verloren und es ist ein beträchtliches Ausmaß eines transnationalen EU-ropäischen Raumes geschaffen worden. Liberale Politiken in Einwanderungsländern ermöglichen durch multikulturelle Positionierung dass Migranten/Migrantinnen einen Teil ihres bisherigen Lebens beibehalten. Das brauchen keine besonderen Spezifika zu sein, Religion und Sprache reichen aus. Religionsfreiheit und die Freiheit die Herkunftssprache zu pflegen, teilweise staatlich gefördert an Schulen, ermöglichen es Verbindungen zu den Herkunftsgesellschaften aufrecht zu erhalten und neue Ethnien in den Aufnahmeländern zu bilden (vgl. ebd.: 11f.).

## 2.2 Von Migration zu Niederlassung

Obwohl jede Migration eine eigene Historie hat, lassen sich einige Generalisierungen über die sozialen Dynamiken im Migrationsprozess machen. Eine relevante Unterscheidung ist die zwischen ökonomisch motivierter und freiwilliger Migration. Die Grenze mag fließend sein, da sich die ökonomische Lage so weit verschärfen kann, dass die Entscheidung auszuwandern in gewissem Sinn erzwungen wird. Die meisten ökonomisch motivierten Migranten/Migrantinnen starten ihre Auswanderung als junge und ökonomisch produktive Menschen. Sie wollen genug Geld verdienen um ihre Lebensbedingungen und die ihrer Angehörigen zu verbessern, indem sie Land kaufen, ein Haus bauen, ein Geschäft aufbauen, eine Mitgift oder Ausbildung finanzieren. Nach einer Weile kehren einige dieser Migranten/Migrantinnen zurück, andere verlängern ihren Aufenthalt und einige kehren vielleicht zurück und treffen erneut die Entscheidung auszuwandern und emigrieren wieder. Mit der Zeit holen ursprünglich temporäre Migranten/Migrantinnen ihre Partner/Partnerinnen nach oder finden diese im Zielland und wenn sie Kinder bekommen, erhält der Aufenthalt einen noch dauerhafteren Charakter, weil die Kinder eine zusätzlich Bindung an das Aufenthaltsland darstellen. Es ist diese starke innere Dynamik des Migrationsprozesses, die den Absichten politisch Verantwortlicher entgegenwirkt (vgl. Castles/Miller 2009: 33).

In vielen Migrationsbewegungen gibt es zu Beginn keine Absicht dauerhafte Niederlassung oder Familienzusammenführung. Die angedachte Zusammenführung wird im Herkunftsland beabsichtigt. Wenn politische Entscheidungsträger/-trägerinnen versuchen Migration einzuschränken, beispielsweise aufgrund von sinkender Nachfrage nach Arbeitskräften, sehen sie sich mit der Herausforderung konfrontiert, dass die Migrationsbewegung selbsterhal-

tend geworden ist. Aus temporärer Migration wird Familienzusammenführung, undokumentierte oder Asylmigration. Das ist das Ergebnis einer Entwicklung der Migration und der einzelnen Migranten/Migrantinnen selbst, wie sie durch die Lebensphasen schreiten. Eine andere Möglichkeit ist die anhaltende Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Sektoren. Ursache dafür ist ein anhaltender Fokus auf Migration aus der Perspektive einseitiger ökonomischer Modelle, glauben Migration durch Nutzen und Kosten der Auswanderung allein steuern zu können glauben. Doch Migration kann aufgrund sozialer Faktoren anhalten, auch wenn sich die ökonomischen Bedingungen ändern. Diese Erkenntnis spiegelt sich auch in der Erfahrung Westeuropas nach dem Auslaufen des Gastarbeiterregimes (zwischen den ersten Ländern schon 1945 bis ca. 1973) wieder. Ähnlich verhält es sich bei den Wanderungen aus den ehemaligen Kolonien nach Britannien, Frankreich, in die Niederlande, sowie die Migration aus Europa, Südamerika und Asien in die USA, nach Australien oder Kanada (vgl. ebd.).

Für demokratische Länder mit ausgeprägtem Rechtsstaat ist es Migranten/Migrantinnen an der Niederlassung zu hindern. In Staaten mit Hauptaugenmerk auf Arbeitskraftrekrutierung und schwach umgesetzten Menschenrechten wie in den Golfstaaten oder Ländern ist Ost- und Südostasien, tun sich die Regierungen hingegen leichter Familienzusammenführung und Niederlassung zu verhindern (vgl. ebd.).

Bei Flüchtlingen und Asylsuchenden ist die Migrationsdynamik eine andere. Diese verlassen ihre Länder aufgrund von Verfolgung, Gewalt oder den Konsequenzen kaum umgesetzter Menschenrechte, die ihnen das Leben in der Heimat unerträglich machen. Der Großteil flüchtet in die umliegenden Nachbarstaaten, von denen die meisten ebenfalls wirtschaftlich arm und politisch instabil sind. Ein weiterer Migrationsschritt von da in Gegenden mit besseren ökonomischen und sozialen Bedingung erfolgt nur durch eine Minderheit. Diese hat meist bessere finanzielle Ressourcen, Humankapital (meist Ausbildung) und soziale Netzwerke in den Zielländern. Die Absicht weiter zu migrieren ist durch beides motiviert: Flucht vor Verfolgung und Gewalt als auch durch die Hoffnung sich ein besseres Leben aufzubauen. Bemühungen von Seiten der Politik ökonomische von erzwungener Migration klar zu trennen scheitert an dieser Überlappung der Motive (vgl. ebd.).

Als Konzept ergibt sich daraus der *migration-asylum Nexus*. Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen, Migranten/Migrantinnen mit dem Ziel einer Niederlassung und Flüchtlinge wandern unter verschiedenen Bedingungen und innerhalb verschiedener Rechtssysteme aus. Dabei

sind diese Wanderungen ein Symptom von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen. Kriegsbedingte Flucht ist keine Ausnahme im 20. und 21. Jh. , findet sich in der Theorie neuer Kriege wieder (vgl. Kaldor 2000: 110). Kolonialismus, Industrialisierung und Integration in eine Weltökonomie zerstören traditionelle Produktionsweisen und soziale Gefüge und führen dadurch zu einem Wandel von Staaten und Nationen. Unterentwicklung, schwache Regierungen, Armut und regionale Konflikte sind eng miteinander verknüpft. Diese Bedingungen führen zu beidem, Flucht vor politischer Verfolgung und Gewalt und ökonomisch motivierter Auswanderung. Viele Migrationsbewegungen beinhalten sowohl ökonomisch motivierte Migranten/Migrantinnen als auch Flüchtlinge, was das UNHCR von *mixed-flows* sprechen lässt (vgl. Castles/Miller 2009: 33).

### 2.2.1 Ethnizität und Formierung ethnischer Minderheiten

Bisher wurden die Motive für Migration und die Form wie sie stattfindet betrachtet. In diesem Abschnitt werden die Phasen von Migration behandelt, in die Migranten/Migrantinnen nach ihrer Ankunft im Aufnahmeland treten.

Manche Langzeiteffekte von Einwanderung auf Gesellschaften entstehen in späteren Phasen der Migration, wenn sich Migranten/Migrantinnen dauerhaft niederlassen. Die Ergebnisse dabei können verschieden ausfallen, je nachdem wie die Handlungen von Regierung und Gesellschaft im Aufnahmeland aussehen. An einem Ende der Skala möglicher Handlungen stehen offener Zugang zu Niederlassung, garantierte Staatsbürgerschaft für Migranten/Migrantinnen, sowie graduelle Akzeptanz kultureller Diversität, welche zur Formierung von ethnischen Communities führen, die als Teile einer multikulturellen Gesellschaft gesehen werden. Am anderen Ende dieser Skala stehen Verweigerung von Rechten auf Niederlassung und Staatsbürgerschaft und Unterdrückung kultureller Vielfalt, was zur Bildung ethnischer Minderheiten führen mag, deren Vorhandensein weitgehend als unerwünscht und desintegrativ gesehen wird. Die meisten Einwanderungsländer stehen zwischen diesen beiden Punkten. Kritiker/Kritikerinnen von Immigration betrachten ethnische Minderheiten als eine Gefährdung wirtschaftlichen Wohlstands und öffentlicher Ordnung sowie der nationalen Identität. Dabei werden diese ethnischen Minderheiten von eben solchen Kritikern/Kritikerinnen die sie fürchten überhaupt erst geschaffen. Ethnische Minderheiten werden als Gruppen definiert die:

a) aufgrund sozial konstruierter Merkmale wie Abstammung, Herkunft oder Kultur gegenüber dominierenden Gruppen in der Gesellschaft eine untergeordnete Position haben;

b) einen Grad kollektiven Bewusstseins oder ein Gefühl einer Gemeinschaft haben, das sich vielleicht nur aus dem Glauben an eine gemeinsamen Sprache, Tradition, Religion, Geschichte und/oder Erfahrung ableitet (vgl. Castles/Miller 2009: 34f.).

Eine ethnische Minderheit ist damit das Ergebnis von Fremd- und/oder Selbstbeschreibung. Fremdbeschreibung meint die Zuschreibung meist unerwünschter Charakteristiken und folglich eine Zuweisung einer untergeordneten sozialen Position durch dominierende Gruppen in der Gesellschaft. Selbstbeschreibung bezieht sich auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppenmitglieder aufgrund gemeinsamer kultureller und sozialer Charakteristika. Die Wirkmächtigkeit beider Formen variiert in ihrer Stärke. Manche Minderheiten sind nur durch Exklusionsprozesse durch dominierende Gruppen konstruiert, die als Rassismus und Xenophobie bezeichnet werden können. Andere definieren sich ausschließlich über das gemeinsame kulturelle oder soziale Bewusstsein.Das Konzept ethnischer Minderheiten impliziert einen gewissen Grad an Marginalisierung und Diskriminierung, was zu Situationen tatsächlichen oder potentiellen Konflikts führt. Dabei ist Ethnizität selten von politischer Bedeutung, wenn es nur um die kulturellen Praktiken verschiedener Gruppen geht (vgl. ebd.).

In ihrer allgemeinen Verwendung wird Ethnizität als ein Attribut von Minderheiten gesehen, die sich aus Herkunft, Geschichte, Kultur, Erfahrung und Werte ableitet. Die Vorstellungen von Unterscheidungsmerkmalen zwischen Ethnien ändern sich nur sehr langsam, was ihnen eine Beständigkeit über Generationen und Jahrhunderte gibt. Das bedeutet aber nicht, dass das ethnische Bewusstsein innerhalb einer Gruppe homogen und statisch ist (vgl. ebd.).

Ethnizität, im unterschied zu „Rasse“, bezieht sich auf einen realen historischen Werdungsprozess, der durch Sprache und kulturelle Praktiken in einer Vorstellung kollektiver Identität oder gemeinsamer Wurzeln mündet. In der Wissenschaft gibt es verschiedene Erklärungen der Herkunft von Ethnizität. Es lassen sich primordiale (ursprüngliche), situative und instrumentelle Ansätze unterscheiden:

Geertz sieht Ethnizität als *primordiale Verbundenheit*, die dadurch entsteht, dass man in eine religiöse Gruppe hineingeboren wird, eine bestimmte Sprache oder den Dialekt einer Sprache spricht und bestimmte soziale Praktiken befolgt. Diese Übereinstimmungen von „Blut“, Spra-

che, Brauchtum usw. werden als unausweichliche Zwangsläufigkeit gesehen (Geertz nach Castles/Miller 2009: 35). Diesem Ansatz zu Folge liegt Ethnizität außerhalb des Entscheidungsbereichs eines/einer Einzelnen, sie ist pre-sozial, instinktmäßig, etwas in das man hineingeboren wird (vgl. ebd.).

Im Unterschied dazu verwenden viele Anthropologen das Konzept *situativer Ethnizität*. Mitglieder einer Gruppe entscheiden sich auf Ethnizität als einem Kriterium der Selbstdefinition zu berufen. Das geschieht in einer Situation, in der eine solche Identifikation von Vorteil ist. Im primordialen Sinn von Ethnizität gibt es keinen Unterschied zwischen dem Rückgriff auf kulturelle oder auf körperliche Unterschiede. Sichtbare körperliche Merkmale wie Hautfarbe, Haarfarbe oder andere Besonderheiten stehen im Zusammenhang mit dem, was unter „Rasse" verstanden wird. Der Terminus Rasse wird so weit möglich vermieden, da es auch unter Wissenschaftern/Wissenschafterinnen zunehmend eine Übereinstimmung gibt, dass die Einteilung von Menschen in Rassen unzulänglich ist, da die genetische Varianz innerhalb einer Gruppe größer sein kann als zwischen zwei Gruppen (vgl. ebd.: 35f.).

Ähnlich sehen einige Soziologen/Soziologinnen ethnische Identifizierung bzw. die Mobilisierung über diese als ein *rationales oder instrumentelles Verhalten*, das darauf abzielt, die Macht einer Gruppe zu maximieren. Castles und Miller sehen die Wurzeln dieses Ansatzes in Webers Konzept sozialer Auflösung, derzufolge eine dominante Gruppe Regeln und Praktiken einführt um dadurch andere auszuschließen und einen Wettbewerbsvorteil zu erhalten. Die Organisation über gefühlsbetonte Kriterien wie Religion, ethnische Identifizierung oder Gruppenbewusstsein sollen dabei langfristig von Organisation durch ökonomische Interessen (Klassen) oder bürokratische Rationalität abgelöst werden. Dennoch kann eine eine instrumentelle Verwendung dieser Zugehörigkeitsgefühle rational sein, wenn sie zu einer erfolgreichen Mobilisierung führt. Es ist schwer die wachsende Bedeutung von ethnischer Mobilisierung zu ignorieren, weshalb es Bemühungen gibt, den Zusammenhang zwischen Ethnizität und Macht nachzuvollziehen (vgl. ebd.: 36).

Das bedeutet nicht, dass Merkmale wie Hautfarbe, gemeinsame Geschichte, Sprache, Religion oder Bräuche nicht existieren, sondern dass die Entscheidung, diese für die Definition einer ethnischen Gruppe zu benutzen eine willkürliche strategische Entscheidung ist (vgl. ebd.).

Ethnizität, das Bewusstsein eine zu haben und das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer Gruppe, die sich durch verschiedene Kriterien (Sprache, Geschichte, Herkunft) zu einer Eth-

nie zusammenschließt, ist der Kern, von dem aus sich eine Diaspora formiert und ihre Bindung an das Herkunftsland ableitet.

Egal ob Ethnizität als primordial, situativ oder instrumentell gesehen wird, wesentlich ist, dass Ethnizität zur Identifizierung mit einer bestimmten Gruppe führt. Dabei können die sichtbaren Charakteristika wie Hautfarbe, Sprache, Kultur, Bräuche, Religion oder Verhalten ebenso durch andere Gruppen als Kriterien für Exklusion verwendet werden. Ethnizität an sich bekommt dann eine soziale und politische Bedeutung, wenn sie mit Prozessen der Grenzziehung zwischen dominierenden Gruppen und Minderheiten in Verbindung steht. Zu einer ethnischen Minderheit zu werden ist kein automatisches Ergebnis von Immigration, sondern vielmehr die Konsequenz spezifischer Mechanismen von Marginalisierung, durch die verschiedene Gruppen auf verschiedene Weisen betroffen sind (vgl. ebd.).

Wie solche Mechanismen aussehen wird im folgenden Abschnitt behandelt.

### 2.2.2 Rassismus

Rassismus, von dem bestimmte Gruppen betroffen sind, ist in nahezu allen Einwanderungsländer vorzufinden. Rassismus kann als Prozess definiert werden, bei dem soziale Gruppen andere Gruppe aufgrund von körperlicher oder kultureller Merkmale als anders oder untergeordnet einstufen. Dieser Prozess schließt ökonomische, soziale und politische Macht ein und hat generell den Zweck, die Ausbeutung oder Exklusion anderer Gruppen, die als solche definiert werden, zu legitimieren. Rassismus bedeutet Vorannahmen über den Charakter und das Verhalten von Menschen auf Grundlage sozial konstruierter Unterscheidungsmerkmale zu machen. Die Macht der dominierenden Gruppen ergibt sich aus den entwickelten Strukturen wie Gesetzen, Politiken und administrativen Praktiken, die die unterdrückte Gruppe ausschließt oder diskriminiert. Dieser Aspekt von Rassismus wird als *institutioneller* oder *struktureller* Rassismus bezeichnet. Rassistisches und diskriminierendes Verhalten von Mitgliedern dominierender Gruppen wird als *informeller* Rassismus bezeichnet (vgl. Castles/Miller 2009: 37).

Manche Sozialwissenschafter/-wissenschafterinnen verwenden den Begriff *racionalization,* wenn sie vom öffentlichen Diskurs sprechen, der andeutet, dass eine Reihe sozialer und politischer Probleme eine „natürliche“ Folge gewisser zugeschriebener physischer und kultureller Charakteristika von Minderheitengruppen sind. In manchen Ländern wie in Frankreich und Deutschland, auch allgemein im deutschsprachigen Raum, gibt es eine Abneigung von Rassis-

mus zu sprechen. Stattdessen werden Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie verwendet. Die Debatte um den Begriff scheint fruchtlos zu sein, worauf es ankommt ist das Phänomen und seine Ursachen zu verstehen (vgl. ebd.).

Rassismus funktioniert auf verschiedene Weisen, abhängig von der spezifischen Geschichte einer Gesellschaft. Oft sind nicht vermeintlich körperlich angenommene Unterschiede die ausschlaggebenden Merkmale, sondern Kultur, Religion, Sprache und andere Faktoren, die als Merkmale zur Differenzierung herangezogen werden. Das zeigt sich beispielsweise am anti-muslimischen Rassismus, oft auch Islamophobie genannt. Er interagiert mit kulturellen Symbolen und sichtbaren beispielsweise arabischen oder asiatischen Merkmalen (vgl. ebd.: 37f).

Aus Sicht von Castles und Miller liegen die Ursachen für den aktuelle Anstieg von Rassismus im fundamentalen ökonomischen und sozialen Wandel, der die positive Sicht auf Fortschritt, der durch den Westen verkörpert wird, hinterfragt. Seit den frühen 1970er Jahren wurden ökonomischer Wandel und intensiver Kulturaustausch von weiten Teilen der Bevölkerung erfahren und als eine Bedrohung für ihre Lebensgrundlage, sozialen Gefüge und Traditionen interpretiert. Das führt auch zu einem Wiederaufleben von Nationalismus uns seinen Symbolen. Findet diese Veränderung gleichzeitig mit der Ankunft von Einwanderern/Einwanderinnen neuer ethnischer Minderheiten statt, entsteht die Tendenz, dass die Neuankömmlinge als Ursache dieser bedrohlichen Veränderungen wahrgenommen werden. Eine Interpretation, die eifrig von extremen Rechten, aber auch von „Mainstreampolitikern/-politikerinnen“ aufgegriffen wird. Seit den Ereignissen vom 11. September und der Erklärung eines globalen Krieges gegen den Terror, hat sich Rassismus zunehmend gegen ethnisch sichtbare muslimische Minderheiten innerhalb westlicher Gesellschaften und gegen ethnisch gedachte Staaten, die beschuldigt werden die westliche Sicherheit zu gefährden, gerichtet (vgl. ebd.: 38).

### 2.2.3 Ethnizität, Klasse, Geschlecht und Lebenszyklus

Ethnische Unterscheidung ist ausschließlich ein Aspekt sozialer Differenzierung. Darüber hinaus gibt es noch soziale Klassen, Geschlecht und Abschnitte im Lebenszyklus. Keines dieser Merkmale lässt sich auf ein anderes reduzieren, sie überschneiden sich und beeinflussen sich wechselseitig und sind ein Teil von Lifestyle, Kultur und sozialem Bewusstsein. Immigranten-/Immigrantinnengruppen sind genauso heterogen wie der Rest der Bevölke-

rung. Ein/eine Migrant/Migrantin ist ein genderspezifisches Subjekt, das in eine Reihe sozialer Beziehungen eingebettet ist. Im Anfangsstadium internationaler Arbeitsmigration nach 1945 wurde der ausschlaggebende Zusammenhang in Migrationsbewegungen als der zwischen Migration und Klasse gesehen. Heute wird internationale Migration vermehrt in enger Verbindung mit Arbeitskraftdynamiken und sozialer Klasse gesehen, die die Möglichkeiten zur Migration und Bedingungen unter denen diese stattfindet mitgestalten. Es kam zu einem wachsenden Bewusstsein der Verbindungen zwischen Ethnie, Geschlecht und Klasse. Die Rolle von Frauen in der Arbeitsmigration war auch in frühen Stadien der Migrationsforschung durch ihre „Funktion" bei der Erhaltung der Familie und Reproduktion von Arbeitskraft in den Herkunftsländern von Bedeutung. Fakt ist, ein großer Teil der Arbeitsmigration ist weiblich., d.h. es sind auch Frauen die auswandern (vgl. Castles/Miller 2009: 38).

Auch heute noch tendieren Frauen dazu, bei Fabrikarbeit und Beschäftigung mit niedrigem Qualifikationsprofil im Kommunikations- und Servicebereich überrepräsentiert zu sein. Dennoch gibt es in den letzten Jahren auch eine Mobilität zu besseren „Bürobeschäftigungsverhältnissen" in traditionell sozialen Bereichen. Frauen aus Minderheiten sind besonders von Prekarisierung am Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit betroffen. Es haben sich komplexe Muster von Arbeitsteilung entlang ethnischer und Geschlechterlinien entwickelt (vgl. ebd.).

Rassismus und Sexismus beinhalten beide Vorannahmen über soziales Verhalten auf Basis von vermeintlich vorgegebenen biologischen und kulturellen Charakteristika. Die Rolle von Geschlecht bei ethnischen Ausschließungsmechanismen wird auch bei Einwanderungsregulierungen offensichtlich, die teilweise immer noch prinzipiell den Mann als Migranten denken, während Frauen und Kinder seine Angehörige und in einem Abhängigkeitsverhältnis von ihm sind. Großbritannien benutzte beispielsweise geschlechtsspezifische Maßnahmen in der Einwanderungspolitik um den Wachstum „schwarzer" Bevölkerung zu begrenzen. In den 1970er Jahren wurden Frauen vom indischen Subkontinent, die ihren Ehemännern oder Verlobten nachkamen, einem „Jungfräulichkeitstest" am Flughafen Heathrow unterzogen. Die Behörden versuchten ebenfalls afro-karibische und asiatische Frauen daran zu hindern, dass sie ihre Ehemänner nachholten, da der „natürliche" Wohnsitz einer Familie der des Mannes sei (Klug nach Castles/Miller 2009: 40). In vielen Ländern haben Frauen, die als Angehörige ihres Mannes einreisen, keinen eigenen Aufenthaltsstatus, was sie im Fall einer Scheidung von der Abschiebung bedroht macht (vgl. Castles/Miller 2009: 40).

Es existiert oft eine Kluft zwischen den Erfahrungen der Generation, die als Einwanderer ins Zielland gekommen ist, und jenen ihrer Kinder, die im neuen Land aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Diese jungen Leute sind sich der Widersprüche zwischen Chancengleichheit und einer Realität von Rassismus und Diskriminierung in ihrem Leben bewusst. Das kann zu einem Aufkommen von Gegenkulturen und politischer Radikalität führen. Ihrerseits wird die Jugend ethnischer Minderheiten als eine soziale Zeitbombe oder Bedrohung öffentlicher Ordnung wahrgenommen, die durch soziale Kontrollinstitutionen wie Polizei, Schule und wohlfahrtsstaatliche Institutionen entschärft werden soll (vgl. ebd.).

### 2.2.4 Kultur, Identität und Communities

Im Kontext von Globalisierungen dienen Kultur, Identität und Ethnizität als Beweis für einen Widerstand gegen Zentralisierung und Homogenisierung. Dieser Aspekt wurde zu einem zentralen Thema in der Debatte um neue ethnische Minderheiten. Wie weiter oben ausgeführt, dienen kulturelle Unterschiede in der Argumentation um Grenzen zwischen Gruppen zu ziehen. „Ethnische" Kulturen haben eine wesentliche Rolle bei der Gründung einer Community. Wenn eine ethnische Gruppe sich zusammenfügt, bildet sie eine eigene Nachbarschaft. Diese wird von Mitgliedern der Mehrheitsgruppe als Bestätigung ihrer Befürchtungen einer Überfremdung wahrgenommen. Ethnische Communities symbolisieren eine Bedrohung der dominierenden Gruppe und der nationalen Identität. Von dominierenden Gruppen werden solche Communities oft als rückwärtsgewandt oder sich im Stillstand befindend erachtet. Die Pflege der Sprache und Kultur dienen als Beweis für Rückwärtsgewandtheit und die Unfähigkeit, sich an eine fortschrittliche Industriegesellschaft anzupassen. Jene, die sich nicht „assimilieren", sind selbst dafür verantwortlich, dass sie marginalisiert werden. Dabei ist für ethnische Minderheiten ihre Kultur eine wesentliche Quelle für Identität, teilweise gerade als Widerstand gegen Exklusion und Diskriminierung. Die „Herkunftskultur" dient den Menschen dazu ihr Selbstwertgefühl auch dann zu erhalten, wenn ihre Fähigkeiten und Erfahrungen nicht wertgeschätzt werden. Eine statische, „ursprüngliche" Kultur kann auf Dauer dieser Aufgabe nicht gerecht werden, da sie keine nachhaltige Orientierung in einer möglicherweise feindlichen Umgebung anbieten kann. Die Dynamik der Natur von Kultur liegt darin, dass sie eine Verbindung zwischen der Geschichte und Tradition einer Gruppe mit der gegenwärtigen Situation des Migrationsprozesses, in der sie sich befindet, herstellt (vgl. Castles/Miller 2009: 41).

Eine Rückwärtsgewandheit, beispielsweise in Form religiösen Fundamentalismus, kann das Ergebnis einer Modernisierung sein, die als diskriminierend, ausbeuterisch und zerstörerisch für die Identität erlebt wurde. Daraus ergibt sich, dass die Entwicklung ethnischer Kulturen, Stabilisierung persönlicher und der Gruppenidentität sowie die Formierung ethnischer Communities als die Facetten eines einzigen Prozesses zu begreifen sind. Dieser Prozess findet nicht abgesondert und ausschließlich innerhalb der Gruppe statt, er hängt auch von der Interaktion mit dem Staat und seinen verschiedenen Institutionen sowie mit anderen Gruppen im Einwanderungsland und ebenso mit der Gesellschaft im Herkunftsland ab. Immigranten/Immigrantinnen und ihre Nachkommen haben keine statische, geschlossene und homogene Identität, sondern vielmehr dynamische multiple Identitäten, die von einer Vielzahl von kulturellen, sozialen und weiteren Faktoren beeinflusst sind (vgl. ebd.: 40f.).

Kultur wird in den Einwanderungsländern immer mehr politisiert. Je mehr die Vorstellung eines Anspruchs auf eine Vorrangstellung durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie an ideologischer Kraft verliert, desto mehr erfolgen Exklusionsprozesse gegen Minderheiten auf Grundlage kultureller Differenzen. Gleichzeitig kristallisiert sich Politik zum Widerstand von Minderheiten entlang kultureller Symbole. Die politische Bedeutung, die islamischer Bekleidung in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und anderen Einwanderungsländern zukommt illustriert diesen Trend. Dabei entspringt die Verwendung solche Symbole nur bedingt einer „importierten" Ethnizität. Die größte Definitionsmacht einer Community und Identität speist sich aus einem Zusammenspiel von „alten" und den neuen Erfahrungen als ethnische Minderheiten im neuen Land (vgl. ebd.).

## 2.3 Staat und Nation

Im Folgenden wird beschrieben, wie die Verbindung zwischen einer Bevölkerung und einem Staat aufgebaut sein kann. Im Fall von Diaspora ist diese Bindung zweifach von Bedeutung: einerseits geht es um die Bindung zu dem Staat, in dem sich die Personen befinden, andererseits stellt sich die Frage der Bindung an den Staat der „ursprünglichen" Herkunft/Abstammung.

Migration in großem Ausmaß und einer wachsenden Diversität hat bedeutende Auswirkungen auf staatliche Institutionen und nationale Identität. In der heutigen Welt ist die dominante Form politischer Organisation der Nationalstaat. Er leitet seine Legitimität aus seiner

Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und dem Anspruch, die Anliegen der Bevölkerung (der Staatsbürger/Staatsbürgerinnen) zu repräsentieren. Dieser Anspruch impliziert zwei weitere: Erstens, dass ein Konsens über Werte und Interessen besteht und zweitens, dass es einen demokratischen Prozess gibt, durch den der Wille der Staatsbürger/Staatsbürgerinnen zum Ausdruck kommt. Solche Ansprüche sind oft fragwürdig angesichts des Umstands, dass die meisten Länder sich durch Heterogenität der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, Klasse oder anderen Cleavages auszeichnen, während nur eine Minderheit der Staaten durchgehend demokratische Mechanismen verwendet um Werte- und Interessenkonflikte beizulegen. Dennoch ist der Nationalstaat zur globalen Norm geworden (vgl. Castles/Miller 2009: 41).

Die Immigration kulturell vielfältiger Menschen versetzt den Nationalstaat in ein Dilemma: Die Einbindung der Neuankömmlinge als Staatsbürger/Staatsbürgerinnen kann den Mythos kultureller Homogenität auflösen. Die Einbindung zu unterlassen kann ihrerseits zu einer Spaltung der Gesellschaft mit massiven Ungleichheiten und Konflikten führen (vgl. ebd.: 40f.).

Vormoderne Staaten bauten sich auf Basis absoluter Macht eines Monarchen, seltener einer Monarchin über ein bestimmtes Gebiet auf. Innerhalb dieses Gebietes waren alle Menschen mehr Untertanen des/der Monarchen/Monarchin als Bürger/Bürgerinnen. Es bestand kein Konzept einer nationalen Identität, die die Kluft zwischen Aristokratie und „gemeinem" Volk umspannt hätte. Der/die Herrscher/Herrscherin war die „Verbindungsklammer", die alle zusammen hielt. Im Unterschied dazu hat der moderne Staat, wie er sich in Westeuropa und Nordamerika im Rahmen von Modernisierung, Industrialisierung und Kolonialisierung entwickelt hat, eine enge Verknüpfung von kultureller Zugehörigkeit und politischer Identität. Eine ethnische Gruppe wird zur Nation mit einem Nationalstaat, indem sie Souveränität und die Kontrolle über ein bestimmtes Territorium erlangt (vgl. ebd.: 42).

Im modernen Nationalstaat gibt es eine Verknüpfung von nationalem Bewusstsein und demokratischen Prinzipien. Jedes Mitglied der nationalen Gemeinschaft hat die gleichen Rechte auf Partizipation im Willensbildungsprozess. Aus der Verknüpfung von Nationalität und Staatsbürgerschaft ergibt sich teilweise gleichzeitig ein Widerspruch: Liberale Theorien sehen alle Bürger/Bürgerinnen als freie und gleiche Personen an, die im politischen Bereich gleich behandelt werden. Das bedeutet eine Trennung von politischen Rechten und Pflichten einer Person von ihrer Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gruppe auf Grund von Ethnizität, Reli-

gion, sozialer Klasse usw. Die politische Sphäre ist eine universelle, die kulturelle Partikularismen und Unterschiede abstrahiert. Der Widerspruch zur Realität, wie sie sich bei der Bildung von Nationalstaaten darstellt, bei der es ein/eine Staatsbürger/Staatsbürgerin zu sein gleichzeitig bedeutet, ein Mitglied einer nationalen Gemeinschaft zu sein, also grundsätzlich der dominierenden Gruppe in einem Territorium. So ein/eine Staatsbürger/Staatsbürgerin ist immer auch Mitglied der Nation. Nationale (und nationalistische) Ideologien beruhen darauf, dass ethnische Gruppe, Nation und Staat Ausprägungen der selben Gemeinschaft und damit deckungsgleich sind. Jede ethnische Gruppe soll sich als Nation konstituieren und einen eigenen Staat mit den dazugehörigen „Insignien" wie Armee, Flagge, olympischem Team und Postmarken haben. Diese dreifache Übereinstimmung ist tatsächlich kaum vorhanden. Nationalismus war immer eine Ideologie, die vielmehr versucht hat die Bedingungen, die sie als gegeben annahm, selber erst zu schaffen, als es den tatsächlichen Umständen entsprochen hätte. Die historische Entwicklung von Nationalstaaten hat die Ausdehnung der Staatsgewalt und territoriale Einbindung von ethnischen Gruppen mit sich gebracht, die dann zu einer einzigen Nation zusammenwachsen oder nicht. Maßnahmen den Nationalstaat zu konsolidieren können Exklusion, Assimilation bis hin zu Genozid von Minderheiten beinhalten. Es ist möglich relativ kleine Gruppen in einem permanenten Zustand der Unterdrückung und Exklusion von der imaginierten Gemeinschaft zu halten. Das passierte der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma in verschiedenen europäischen Staaten, der indigenen Bevölkerung und den Nachkommen von Sklaven und Sklavinnen in Kolonialgebieten. Politische Dominanz und kulturelle Exklusion werden schwerer, wenn die Unterdrückten eine territoriale Verankerung haben, wie im Fall von Schotten/Schottinnen, Waliser/Waliserinnen oder Iren/Irinnen in Großbritannien oder den Basken/Baskinnen in Spanien (wobei bei diesen Beispielen auch zu beachten ist, dass der Prozess, durch den sie zu Minderheiten wurden die Ausprägung ihres Minderheitenstatus mitbestimmt und sich von dem indigener Bevölkerung oder Sklaven/Sklavinnen unterscheidet) (vgl. ebd.: 43).

Der Umgang mit „alten" Minderheiten hat zur Herausbildung von Strukturen und Einstellungen gegenüber neuen Immigranten/Immigrantinnengruppen beigetragen. Die Angst vor „Ghettos" oder ethnischen Exklaven impliziert, dass Minderheiten dann für am gefährlichsten erachtet werden, wenn sie sich auf einem Territorium konzentrieren. Im Sinn der Idee von Nation ist eine ethnische Gruppe eine potentielle Nation, die bis dahin noch über kein Territorium und keinen Staat verfügt. Die meisten modernen Staaten haben bewusst Anstrengun-

gen unternommen, um eine kulturelle und politische Integration von Minderheiten zu erreichen (vgl. ebd.).

Die Frage bleibt die gleiche, egal ob die Minderheiten alt oder neu sind: Wie kann sich eine Nation definieren, wenn nicht in Begriffen gemeinsamer und einziger ethnischer Identität? Wie können Grundwerte und Verhaltensnormen festgelegt werden, wenn es eine Vielzahl von Kulturen und Identitäten gibt? Eine Antwort sind verschiedene Konzepte der Staatsbürgerschaft jenseits der ethnischen Zugehörigkeit.

### 2.3.1 Staatsbürgerschaft

Soziale und symbolische Verbindungen können eine institutionalisierte Form annehmen. Eine solche ist die Staatsbürgerschaft, die eine institutionalisierte Bindung zwischen dem Staat und Menschen, genauer den Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen innerhalb und außerhalb des Staatsgebietes, herstellt (vgl. Faist 2004: 4). Der wesentliche Punkt liegt in der Definition, wer Staatsbürger/Staatsbürgerin ist, wie Neuankömmlinge die Staatsbürgerschaft erlangen können und was diese bedeutet. Prinzipiell ermöglichen Nationalstaaten ihren Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen nur eine Staatsbürgerschaft, aber Einwanderer/Einwanderinnen und ihre Nachkommen haben Beziehungen zu mehr als nur einem Staat. Sie haben vielleicht die Staatsbürgerschaft mehrerer Staaten oder die Staatsbürgerschaft eines Staates leben aber in einem anderen. Solche Bedingungen führen zu einem transnationalen Bewusstsein und Stellen die Frage „geteilten Loyalität“ in den Raum und untergraben die kulturelle Homogenität einer Nation. Niederlassungen ab einem gewissen Umfang führen zu einer Debatte um Staatsbürgerschaft (vgl. Castles/Miller 2009: 44).

Der/die Staatsbürger/Staatsbürgerin wurde im Rahmen von Werten, Kultur und Interessen der Mehrheit definiert. Darüber hinaus wurde der/die Staatsbürger/Staatsbürgerin in Klassenbegriffen implizit oder explizit gedacht, so dass das Erlangen wichtiger Partizipationsrechte für Mitglieder der Arbeiter-/Arbeiterinnenklasse eine zentrale Aufgabe der Arbeiter-/Arbeiterinnenbewegung war. Die Geschichte von Staatsbürgerschaft war daher eine durch Konflikt um den Bedeutungsgehalt von Kategorien wie zivil und politisch, sowie um sozial Rechte geprägt (Marshall nach Castles/Miller 2009: 44). Das erste Interesse von Migranten/Migrantinnen an Staatsbürgerschaft ist jenes, wie sie diese erlangen können, damit sie einen rechtlichen Status haben, der dem der restlichen Bevölkerung gleichrangig ist. Der Zu-

gang variiert zwischen den Staaten, je nachdem wie die vorherrschende Auffassung von Nation ist (vgl. ebd.).

Castles und Miller unterscheiden die folgenden Idealtypen von Staatsbürgerschaften:

*Reichs-Modell*

Die Zugehörigkeit zu einer Nation definiert sich durch die Untertannenschaft von einem/einer Herrscher/Herrscherin. Dieses Modell geht auf die Zeit von vor der Französischen und Amerikanischen Revolution zurück. Es ermöglicht die Integration verschiedener Bevölkerungsteile eines multiethnischen Reiches, wie es das britische, österreichisch-ungarische oder osmanische Reich waren. Dieses Modell war formell bis 1981 im Vereinigten Königreich gültig, bis es durch ein modernes Staatsbürgerschaftsgesetz ersetzt wurde. In gewissem Umfang hat es auch im Fall der Sowjetunion Anwendung gefunden. Es hat immer auch einen ideologischen Charakter dahingehend gehabt, dass es die gegenwärtige Dominanz einer ethnischen Gruppe oder Nation über alle anderen Bevölkerungsteile verschleierte (vgl. Castles/Miller 2009: 44f).

*Volks- oder ethnisches Modell*

Die Zugehörigkeit zur Nation wird über die Ethnizität (eine gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur) definiert, was bedeutet, dass ethnische Minderheiten von der Staatsbürgerschaft und politischen Gemeinschaft der dominierenden Ethnie ausgeschlossen sind (vgl. ebd.).

*Republikanisches Modell*

Die Nation definiert sich als eine politische Gemeinschaft, die auf einer Verfassung, Gesetzen und Staatsbürgerschaft beruht, die auch Neuankömmlinge einbindet. Neuankömmlinge können ihre Sprache und Traditionen pflegen und ethnische Gemeinschaften bilden, solang sie die Gesetze einhalten. Dieser pluralistische bzw. multiethnische Ansatz wurde in den 1970ern und 80ern in Kanada, Australien und Schweden vorherrschend und wirkte auch auf andere westeuropäische Staaten. In den 1990er Jahren und dem frühen 21. Jh. kam es zu einer Abkehr vom Multikulturalismusprinzip (vgl. ebd.).

Allen diesen Konzepten ist gemeinsam, dass sie Staatsbürgerschaft als Zugehörigkeit zu einer einzigen Nation denken. Die Niederlassung von Migranten/Migrantinnen wird als ein Prozess gesehen, der die primäre Loyalität des/der Migranten/Migrantin gegenüber dem Herkunftsstaat auf den neuen Staat in dem er/sie sich aufhält, überträgt. Dieser Prozess, der lange dauern und sich über Generationen erstrecken kann, zeichnet sich symbolisch durch die Einbürgerung in den neuen Staates aus (Verleihung der Staatsbürgerschaft). Transnationale Theorien argumentieren, dass diese Auffassung auf eine steigende Anzahl von Migranten/Migrantinnen nicht mehr zutrifft. Es kann ein weiterer Idealtyp von Staatsbürgerschaft an Bedeutung gewinnen:

*Transnationales Modell:*

Soziale und kulturelle Beziehungen transnationaler Gemeinschaften gehen über nationale Grenzen hinaus, was zu multiplen und differenzierten Formen von Zugehörigkeit führt. Transnationalismus kann bedeutende Konsequenzen für demokratische Organisationen und politische Zugehörigkeiten in der Zukunft haben. Das geht damit einher, dass sich durch Globalisierung ein bedeutender Teil politischer und ökonomischer Macht hin zu transnationalen Kooperationen und internationalen Einrichtungen verschiebt, die nicht mehr einer demokratischen Kontrolle unterworfen sind. Das Überleben von Demokratie kann davon abhängen, dass neue Wege gefunden werden, Menschen mit multiplen Identitäten und Zugehörigkeiten in politische Organisationen einzubinden, sowie der Sicherstellung der Bürger-/Bürgerinnenbeteiligung an neuen Orten der Macht, unabhängig davon ob auf supranationaler oder subnationaler, öffentlicher oder privater Ebene (vgl. Castles/Miller 2009: 44f).

Die Trennung zwischen Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen und Nicht-Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen wird weniger deutlich. Immigranten/Immigrantinnen, die über viele Jahren über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, können einen besonderen Status erlangen, der einer Staatsbürgerschaft weitgehend gleichrangig ist. Die zugesprochenen Rechte können ein gesicherter Aufenthaltsstatus, Recht einer Beschäftigung nachzugehen oder selbstständig ein Unternehmen zu betreiben, Zugang zu Sozial- und Gesundheitsleistungen sowie Ausbildung und begrenzte politische Rechte auf lokaler/kommunaler Ebene beinhalten. Solche Rechte schaffen einen neuen Rechtsstatus, der mehr ist als der eines/einer Fremden, aber weniger als der von „Voll"-Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen. Solche Rechter werden auch von internationalen Organisationen aufgegriffen und gegenüber Nationalstaaten artikuliert.

Der rechtliche Schutz durch internationale Konventionen variiert vom Ausmaß der Ratifizierung und Implementierung durch die einzelnen Staaten (vgl. ebd.: 45f.).

Die EU hat bisher am weitesten einen neuen Typ von Staatsbürgerschaft umgesetzt: die Unionsbürgerschaft. Durch den Vertrag von Maastricht 1994 wurde eine Unionsbürgerschaft geschaffen, mit dem Recht auf Reisefreiheit und Niederlassungsfreiheit in den Mitgliedsstaaten, aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene und bei Wahlen zum Europäischen Parlament im Aufenthaltsland, Recht auf Schutz durch diplomatische Einrichtungen eines anderen EU-Mitgliedslandes in einem Drittstaat und das Recht sich an einen Ombudsmann zu wenden. EU-Bürger/Bürgerinnen außerhalb des Staates ihrer Staatsbürgerschaft haben jedoch kein Wahlrecht zum nationalen Parlament des Aufenthaltsstaates. Gleichzeitig ist die EU nach wie vor in einen Schengenraum, der nicht alle EU-Mitglieder einschließt, aber einige Nicht-Mitglieder, und diese vom Rest rennt. Für die Mehrheit der Migranten/Migrantinnen, die außerhalb der EU kommen, hat die Unionsbürgerschaft wenig beigetragen. Der europäische Integrationsprozess ist weiter vorangeschritten: 1997 übertrug der Vertrag von Amsterdam Kompetenzen bei Migration und Asyl auf EU-Ebene. Die EU legt gemeinsame Standards gegenüber Migranten/Migrantinnen und Asylwerbern/Asylwerberinnen fest. Dabei ist die konkrete Ausgestaltung und Implementierung im Kompetenzbereich der einzelnen Nationalstaaten. Vorschläge der Europäischen Kommission bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber Wirtschaftsmigration wurden durch Mitgliedsstaaten blockiert (vgl. ebd.: 46).

Die Frage die sich auf lange Sicht stellt ist die, wie demokratische Staaten mit einer Bevölkerung funktionieren können, die sich unterteilt in „Voll"-Staatsbürger/Staatsbürgerinnen, Quasi-Staatsbürger/Staatsbürgerinnen und Fremde? Migrationen werden anhalten und eine wachsende Zahl von Menschen wird Zugehörigkeiten zu mehr als einer Gesellschaft haben. Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften werden häufiger. Beinahe alle Einwanderungsländer haben ihre Staatsbürgerschaftsgesetze in den letzten 40 bis 50 Jahren geändert, teilweise auch mehrfach. Auswanderungsländer wie Mexiko, Indien oder die Türke haben ebenfalls ihre Saatsbürgerschaftsgesetze geändert, um leichter Beziehungen zu ihren (nationalen) Angehörigen im Ausland halten können (vgl. ebd.).

Ein Hauptanliegen der Aufnahmestaaten ist es, die zweite und folgende Generation der Einwanderer/Einwanderinnen zu integrieren. Das hat zur Folge, dass die Bedeutung von

Staatsbürgerschaft dabei ist sich zu ändern und dass exklusive Bindungen an einen einzelnen Staat zurückgehen (vgl. ebd.: 47).

## 2.4 Rücküberweisungen – Remittances

Remittances sind eng mit transnationaler Migrationstheorie verbunden. Während frühere Theorien davon ausgegangen sind, dass Migranten/Migrantinnen ihre Bande an das Herkunftsland mit der Integration ins Aufnahmeland und mit dessen Staatsbürgerschaft lösen, beschreiben neuere Theorien das Phänomen, dass zumindest ein Teil der Migranten/Migrantinnen die Verbindungen zu der Community aus der sie kommen behalten und eine weiter Bindung zur Community in die sie kommen aufbauen. Von verschiedenen Autoren/Autorinnen werden diese Menschen unter Begriffen wie „transnational migration circuits", „transnational social fields", „transnational communities", „binational societies" oder „Diaspora" gefasst. Einige Autoren/Autorinnen wie Levitt reservieren den Begriff Diaspora für einen Personenkreis, der sich von anderen transnationalen Communities dadurch unterscheidet, dass er durch Vertreibung bzw. einem unfreiwilligen Exil zur Diaspora wurde. Diese Diaspora trägt die Erinnerung an eine verlorengegangene oder gedachte Heimat, die es wiederaufzubauen gilt (vgl. Levitt 1998: 928).

Einige Autoren/Autorinnen sehen in transnationalen Bindungen kein neues Phänomen, sondern einen Teil von Migration und dem Leben von Migranten/Migrantinnen, wie es sie bzw. ihn schon in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten auch gegeben hat. Diese Argumentation geht in die Richtung, in wie weit nicht jeder/jede Migrant/Migrantin ein/eine Transmigrant/Transmigrantin ist und transnationale Beziehungen vielleicht nur durch Telefonate und ohne gelegentliche Besuche im Herkunftsland aufrecht erhält, und ob das in früheren Jahrhunderten mit Briefen nicht genauso der Fall war? (vgl. ebd.).

Es gibt einige Faktoren, die das Aufkommen der Bedeutung transnationaler Aspekte in der heutigen Zeit forcieren:

1. Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten sind einfacher geworden und sind einer breiteren Menschenmenge zugänglich.
2. Herkunftsländer messen Migranten/Migrantinnen eine größer werdende Bedeutung zu.

3. Diese Sendeländer unternehmen Anstrengungen, sich über Serviceleistungen an Migranten/Migrantinnen und deren Kinder zusätzlich zu legitimieren.
4. Die Aufnahmestaaten erlangen mehr Bedeutung für die ökonomische und politische Entwicklung in den Sendeländern.
5. Soziale und politische Marginalisierung von Migranten/Migrantinnen in den Einwanderungsländern (Smith nach Levitt 1998: 928).

Die stärker werdende Verbindung zwischen Herkunfts- und Zielland über Migranten/Migrantinnen schafft einen öffentlichen Raum. In diesem können Migranten/Migrantinnen und Nicht-Migranten/Migrantinnen zusammenkommen und über gemeinsame Anliegen debattieren und Lösungen verhandeln. Das Entstehen solcher Spähren allein gibt keine Richtung vor, in der dieser Raum genutzt wird. Genauso kann er auch ungenützt bleiben. Er kann sich auch wieder auflösen, wenn sich Migranten/Migrantinnen im Zielland derart integrieren, dass sie die Bande zum Herkunftsland auflösen. In diesem Raum können aber auch Migranten/Migrantinnen mit Nicht-Migranten/Migrantinnen in ihren Herkunftsländern parallel Aspekte ihres Lebens ausgestalten, wobei das nicht auf Augenhöhe geschehen muss (vgl. ebd.).

In den folgenden zwei Abschnitten werden Rücküberweisungen behandelt, die Migranten/Migrantinnen aufgrund ihrer Bindung zwischen zwei Orten senden.

### 2.4.1 Soziale Remittances

Im Fall von Miraflores, einer Siedlung in der Dominikanischen Republik, die Levitt in ihrer Forschung untersucht hat, wurde dieser öffentliche Raum zu einer transnationalem Gemeinschaft, einer Community, die das Leben in Miraflores mit dem in Boston verbindet. Diese Verbindung entsteht dadurch, das mehr als 65% der Haushalte in Miraflores Angehörige in Boston haben. Miraflores ist nur ein Beispiel, mit einer besonderen Verbindung durch Migranten/Migrantinnen zwischen der Dominikanischen Republik (Miraflores) und den USA (Boston). Dennoch konnte Levitt aus dieser Untersuchung einige Merkmale sozialer Remittances erkennen und überprüfen und eine systemische Erfassung dessen anstellen, was transferiert, wie es transferiert, wie und aus welchen Gründen das transferierte angenommen wird (vgl. ebd.).

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Untersuchung von Levitt betrachtet, die ein Analyseschema bieten um eine systematische Erfassung sozialer Remittances durchführen zu können.

Levitt definiert soziale Remittances als: „ideas, behaviors, identities, and social capital that flow from receiving- to sending-country communities. They are north-to-south equivalent of the social and cultural resources that migrants bring with them which ease their transition from immigrants to ethnics." (Levitt 1998: 927).

*Wie entstehen soziale Remittances?*

Wie schon erwähnt wurde, schaffen die Resultate aus Globalisierungsprozessen in ökonomischen, politischen und kulturellen Bereichen die Bedingungen für die Ausgestaltung transnationaler Communities heutiger Ausprägung. Sind Migranten/Migrantinnen im Zielland einmal angekommen, interagieren sie in unterschiedlichem Ausmaß mit der neuen Umgebung. Sie interpretieren neue Erfahrungen mit der Aufnahmegesellschaft nach jenen Referenzen, die sie in ihrer Heimat gebildet haben und ins neue Land mitbringen. Dadurch sind die im Aufnahmeland neu entwickelten Verhaltensweisen und Ansichten auch ein Resultat von Verhalten und Ansichten, die aus dem Herkunftsland herrühren. Das Ausmaß in dem Migranten/Migrantinnen neue Sichtweisen, Verhalten und Gewohnheiten entwickeln, hängt auch von der Intensität des Austauschs mit der neuen Umgebung ab. Diese stellt einen sozioökonomischen Rahmen, in dem sich Migranten/Migrantinnen bewegen dar. Verfügen sie über ausreichend finanzielle Ressourcen und Ausbildung können sie selbstständiges Unternehmertum betreiben wie beispielsweise einen Einzelhandel. Dadurch kommen sie mit einem weiteren Personenkreis in Kontakt, als im Fall als Reinigungskraft beispielsweise in einem Bürogebäude, in dem sie überwiegend alleine und vielleicht auch in der Nacht arbeiten. Durch mehr Kontakt kommen sie mit mehr Facetten des Lebens in der neuen Gesellschaft in Berührung, was seinerseits die Reflexion über bestehende Praktiken und in Folge die Wahrscheinlichkeit erhöht, Neues in alte Routinen zu inkorporieren. Findet Kontakt nicht in einer solchen Form statt, können Lebensweisen durch Beobachtung erfahren werden. Das tritt besonders für den Personenkreis zu, der keine aktiven Kontakte zur neuen Umgebung unterhält. Solche Personen bewegen sich überwiegend innerhalb der eigene Community. Von anderen Lebensweisen erfahren sie durch eigene (passive) Beobachtung, TV-Konsum und Zeitungen, oder durch Erzählungen der Erfahrungen anderer Mitglieder der Community. Sie erfahren die neue Umgebung nicht aktiv, weil

sie die Struktur ihres Alltages nicht in zumindest ausreichend enge Berührung mit ihr bringt. Eine solche „abgeschiedene" Lebensführung unterscheidet sie von Personen, die durch alltägliche Begegnungen in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Gesundheits-, Bildungs-, Schulwesen, dem Arbeitsplatz oder auf der Arbeitssuche neue Erfahrungen machen und teilweise gezwungen sind, sich neue Fähigkeiten anzueignen, um unter den veränderten Bedingungen zurechtzukommen. Natürlich gibt es auch Personen, die aktiv auf der Suche nach Neuem um dessen selbst willen sind und nicht nur um zurechtzukommen. Dabei kombinieren sie neue Erfahrungen und bringen diese kreativ in bestehende Praktiken ein, wodurch sich auch ihr kulturelles „Repertoire" erweitert. Dadurch werden alte Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Praktiken aufgegeben (Bsp. Totenrituale einiger Kulturen), neue Praktiken nicht entwickelt weil das Leben aus der Heimat am neuen Ort gänzlich „nachgebaut" wird, werden gänzlich neue Fähigkeiten erworben (Bsp. Arbeitsmarkteintritt von Frauen) bzw. Mischformen entwickelt (Bsp. Mix von Kleidungsstilen) (vgl. ebd.: 930f.).

*Was wird ausgetauscht?*

Etwas wesentliches das Migranten/Migrantinnen in Aufnahmegesellschaften erfahren und in ihre Herkunftscommunities transferieren sind normative Strukturen. Normative Strukturen sind Normen, Werte und Glaubenssysteme. Sie beinhalten Normen auf individueller Ebene wie zwischenmenschlicher Beziehungen und Begegnung, familiäre Verantwortung, alters- und geschlechtsspezifisches Verhalten, Rolle von Nachbarschaft, Beteiligung in der Gemeinde, soziale Mobilität usw. Auf Organisationsebene werden Erwartungen und Anforderungen an Einrichtungen wie religiöse Organisationen („Kirchen"), den Staat oder Gerichte übertragen. Rollenbilder, die etwa der Klerus, Politiker/Politikerinnen oder Richter/Richterinnen auszufüllen haben, werden ausgetauscht. Dabei können normativ gesehen positive wie negative Vorstellungen aus den Aufnahmegesellschaften übernommen und transferiert werden (vgl. ebd. 933f.).

Bei Rückkehrern/Rückkehrerinnen und Besuchern/Besucherinnen aus den USA nach bzw. in Miraflores, nehmen die Nicht-Migranten/Migrantinnen eine mehr individualistische und materialistische Veränderung an den Migranten/Migrantinnen wahr. Die traditionelle Orientierung hin zur Gemeinschaft hat sich zu einer aufs Individuum hin umgekehrt und die Bereitschaft, sich in der Gemeinde zu beteiligen hat abgenommen. Es wird eine Veränderung in der Wertehaltung wahrgenommen. Die Bildung der eigenen Identität bzw. deren Wahrneh-

mung ändert sich mit einem durch Migration veränderten sozialen Status. Diese Erfahrungen werden in die Herkunftsgesellschaften hineingetragen. Ein markantes Beispiel dafür sind veränderte Frauen-Identitäten und neue Konzepte des Rollenverhältnisses Mann-Frau (vgl. ebd.).

Aus diesen normativen Strukturen leiten sich sogenannte Anwendungsstrukturen ab. Gemeint sind aus den Werthaltungen und Normen resultierende Praktiken. Auf individueller Ebene sind das beispielsweise Haushaltsarbeit, Muster ziviler und politischer Beteiligung oder religiöse Praktiken. Auf organisatorischer Ebene sind es Formen von Mitgliederrekrutierung und -sozialisierung z.B. politischer Parteien, sowie Strategien, Führungsstile und Formen des Kontakts unter Organisationen. Auswirkungen solcher Praktiken werden beispielsweise an Hand von Siedlungsstrukturen und Architektur sichtbar. Individualistische Werte, die aus den Erfahrungen von Migranten/Migrantinnen aus stärker auf das Individuum orientierten Gesellschaften und urbanisierten Räumen wurden in Herkunftsgemeinschaften mit Werten hoher nachbarschaftlicher Interaktion und Gemeinschaftsorientierung transferiert Das wird in der Bauweise der Häuser sichtbar, die sich Migranten/Migrantinnen (auch ohne selbst vollständig zurück emigrieren zu wollen) bauen. Diese Häuser haben eine stärkere architektonische Ausrichtung hin zu Innenhöfen und weisen hohe Mauern um die Anwesen auf, wo zuvor noch eine offene Bauweise zur Straße und Nachbarschaft hin üblich war.. Dadurch wird die Nachbarschaft zurückgedrängt (vgl. ebd.: 934).

An sich lässt sich so eine Entwicklung nicht normativ Verorten. Auf der einen Seite steht der Verlust eines sozialen Gefüges mit größerem Zugehörigkeitsgefühl innerhalb der Familie, zwischen Nachbarn und der Gemeinde. Auf der anderen Seite müsste für die Beibehaltung dessen der neu erfahrene Wert von mehr Individualität und insbesondere Privatsphäre aufgegeben werden, der in Großstädten und Gesellschaften mit mehr Rückzugsmöglichkeiten für den/die Einzelnen/Einzelne erlebt wird.

Auf organisatorischer Ebene werden die Strukturen wie sie in den Aufnahmeländern erfahren werden übertragen. Das wird deutlich bei Wahlkampfstrategien von Parteien sichtbar, die einem vereinheitlichtem westlichen Modus mit Plakatkampagnen und TV-Shows folgen (vgl. ebd.: 935f.).

Neben normativen Strukturen und den daraus folgenden Praktiken wird auch Sozialkapital übertragen. Sozialkapital kann sich aus dem im Ausland durch Migranten/Migrantinnen erreichten Einfluss und Prestige ergeben. Das Beispiel der in Miraflores erkrankten Schwester

des Präsidenten des „Miraflores Development Committee“ in Boston zeigt, wie transferiertes Sozialkapital zur Anwendung kommen kann: Die Schwester in Miraflores erkrankt und ihre Familie ersucht die Ärzte im Krankenhaus sie zuhause zu untersuchen. Als diese ablehnen erklärt die Familie zornig, dass es ihr Bruder war, der die Renovierung des Krankenhauses finanziert (wohl vielmehr organisiert) hat. Daraufhin war eine Untersuchung der Schwester zu hause möglich (vgl. ebd.). Das ist nur ein Beispiel wie das Verhalten eines/einer Migranten/Migrantin im Aufnahmeland direkt daran gekoppelt sein kann, wie er/sie oder seine/ihre Familienmitglieder in den Heimatgemeinden behandelt werden. An dem genannten Beispiel zeigt sich wie das Kapital Prestige transferiert werden kann. Daneben kann auch ein in den Augen der Community Fehlverhalten des/der Migranten/Migrantin soziale Folgen für die Nicht-Migranten/Migrantinnen dieser Person (z.B. der Familie) haben (vgl. ebd.: 935f.).

*Transfermechanismen:*

Soziale Remittances werden bei der Rückkehr ins oder Besuchen der Sendeländer, bei Besuchen von Nicht-Migranten/Migrantinnen bei Familienmitgliedern im Ausland, durch Videos, Telefonate oder Briefe an die Herkunftscommunity weitergegeben. Sie werden durch Individuen, Individuen in ihrer Funktion in Organisationen, informelle Netzwerke oder lose verbundene Gruppen transferiert. Dabei unterscheidet sich die Weitergabe sozialer Remittances von der Verbreitung globaler Kulturen auf vier Weisen:

1. Die Abläufe bei sozialen Remittances sind nachvollziehbar. Das Aufkommen globaler Kulturen und Institutionen auf globaler Ebene und wie sich diese unterscheiden ist im Gegensatz dazu nicht vollständig klar. Soziale Remittances folgen bekannten Pfaden (Kanälen), ihr Ursprung und Ziel sind bekannt. Migranten/Migrantinnen wie auch Nicht-Migranten/Migrantinnen können klar angeben, wie sie von einer bestimmten Idee oder Praxis gelernt haben.
2. Andere Arten globaler Transfers erfolgen manchmal unsystematisch und bisweilen ohne beabsichtigt zu sein. Nicht-Migranten/Migrantinnen können anfangen Forderungen nach einem Wandel des politischen System oder die Verantwortlichkeit ihrer Politiker/Politikerinnen zu stellen, weil sie aus medialer Berichterstattung von Missständen erfahren. Die Kommunikation über TV oder Radio wendet sich viel weniger spezifisch an eine Gruppe oder Individuen, als es der Fall bei sozialen Remittances ist. Wenn Angehörige ihre Erfahrungen aus dem Ausland, dass eine andere Form der Poli-

tik möglich ist, direkt an ihre Angehörigen in den Herkunftscommunities weitergeben und diese ermutigen Forderungen zu stellen, dann ist das ein zielgerichteter Transfer. Gerade diese persönliche Verbindung wirkt auf die Wahrscheinlichkeit, dass neue Ideen eher aufgenommen werden. Nicht-Migranten/Migrantinnen können genau angeben, wann und wieso sie ihre Ansichten geändert haben und angefangen haben anders zu handeln.

3. Der Transfer sozialer Remittances findet meist zwischen Personen statt, die sich persönlich kennen oder überlappende soziale Beziehung haben. Meist sind es Familienmitglieder, die neue „Referenzen" bringen. Dieser Unterschied zur gesichtslosen Verbreitung von „Massenkultur" ist wesentlich. In der Regel findet der Transfer über „einfache" Leute statt. Sind Eliten an der Weitergabe beteiligt, so steigert das die Wahrscheinlichkeit der neuen Ideen anklang zu finden, weil Eliten mehr Potential Gehör zu finden zugesprochen wird.
4. Ein weiterer Unterschied geht aus der Geschwindigkeit hervor, in der Remittances und Globalkulturen Verbreitung finden. Eine sich ausdehnende globale Kultur kann den Weg für Remittances ebnen und dafür sorgen, dass diese schneller übernommen werden. Das beispielsweise durch US-Medien verbreitete Konsumverhalten wird von Nicht-Migranten/Migrantinnen nachgeahmt. Damit sind sie anderen Strömungen gegenüber, die von Migranten/Migrantinnen übertragen werden auch aufgeschlossener, weil diese in dem Rahmen der Kultur gesehen werden, der man nacheifert. Die Forderung nach mehr ökonomischer und politischer Partizipation von Frauen wird beispielsweise durch den globalen Diskurs über die Gleichberechtigung der Frau gefördert. Liefern Migranten/Migrantinnen auch Beispiele dafür, wie diese Forderungen auch in der Umsetzung aussehen, verlieren sie etwas von dem abstrakten und fremden Charakter und werden leichter annehmbar (vgl. Levitt 1998: 36f.).

*Einflussgrößen auf die Wirkung sozialer Remittances:*

Zunächst hängt die Wirkung einer Remittances von ihrer Art selbst ab. Werte und Glaubenssysteme sind variable Größen, die sich in einem Prozess ständiger Überprüfung und Relativierung befinden. Ihre Wandelbarkeit und der Umstand, dass sie von Migranten/Migrantinnen auch angepasst werden, macht sie schwer erfassbar und kann ihre Auswirkungen schmälern. Manche Remittances lassen sich auch kaum „verpacken" um transferiert zu werden. Weil sie

so komplex sein können (z.B ganze Weltanschauungen), werden sie in kleinere Teile heruntergebrochen, was allerdings die Möglichkeiten von Fehlinterpretation vermehrt. Andere Werte/Normen wiederum sind simpel, sie fließen von einem Ende des Transferkanals zum anderen und werden an diesem angenommen oder abgelehnt. Eine Wahlkampfstrategie ist in diesem Sinn simpel genug um verhältnismäßig leichter übertragen zu werden als das bei abstrakte Werten der Fall ist (vgl. Levitt 1998: 938).

Einen weiteren Einfluss hat die Ausgestaltung transnationaler Organisationssysteme und sozialer Netzwerke. Am effizientesten findet die Übertragung dann statt, wenn die Verbindungen zwischen den Systemen eng und dicht sind. Der Transfer über lose, mehr informelle Netzwerke sind weniger effektiv und anfälliger für Interferenzen durch einen anderen kulturellen Austausch. Als Beispiel dient das transnationale aber nur lockere Netzwerke des Klerus zwischen Dominikanischer Republik und den USA (wobei der Kirche auch engere Netzwerke unterstellt werden könnten). Sie übertragen katholische Aspekte, sind jedoch aufgrund ihrer weiten und offenen Strukturen anfällig für Einflüsse evangelischer Kirchen, die in eine Mischform münden. Je mehr auch eine Organisation im Aufnahmeland die Strukturen aus dem Herkunftsland widerspiegelt (etwa bei Migranten-/Migrantinnenorganisationen) desto direkter fließen Remittances und der Effekt ist größer (vgl. ebd.: 938f.).

Natürlich hat auch der/die Träger/Trägerin, der/die die Remittance überbringt, Einfluss darauf, wie diese ankommt. Personen mit einem höheren sozialen Status wird mehr Gehör geschenkt. Kulturell bedingt spielt das Alter, das Geschlecht und das Vermögen eine Rolle, ebenso ob die Person eine Führungsrolle in der Community einnimmt. Sind die Empfänger/Empfängerinnen sozialer Remittances gleichzeitig auch Empfänger/Empfängerinnen ökonomischer Remittances vom/von Träger/der Trägerin (bei sozialen Remittances ist der/die Träger/Trägerin gleichzeitig auch der/die Sender/Senderin), dann stehen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesem/dieser, aus dem sich wiederum ein Druck aufbaut, auch die sozialen Remittances anzunehmen. Die Übernahme bestimmter Remittances kann auch ein Symbol für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit höherem ökonomischen oder sozialem Status sein (vgl. ebd.: 939).

Die Eigenschaften der „Zielgruppe“ von Remittances spielt eine weiter Rolle dabei, wie weit diese Anklang finden. Geschlecht, Klasse bzw. die Lebensphase in der sich die Person befindet wirken darauf ein, welchen Einfluss Remittances auf sie ausüben, ob sie diese anneh-

men oder ablehnen. Das Ausmaß in dem eine Familie über finanzielle Ressourcen verfügt macht sie für manche Remittances mehr oder wenig empfänglich, da sie in Abhängigkeitsverhältnissen stehen können. Das zeigt sich auch bei Frauen, die mehr oder weniger abhängig sind von ihren Ehemännern und deren Einkommen. Haben sie eigene Einkünfte, ist nicht nur das Gesamteinkommen der Familie breiter gestreut und bedeutet einen Zugewinn an Wahlmöglichkeit, sondern bietet für die Frau selbst mehr Wahlfreiheit. Die Lebensphase ist ebenfalls ein relevanter Faktor. Junge unverheiratete Frau und Männer sind flexibler in ihren Werthaltungen und Entscheidungen als das bei verheirateten  mit Kindern der Fall ist (vgl. ebd.: 939f.).

Es kommt auch auf die Unterschiede zwischen dem Sende- und Aufnahmeland an. Je ähnlicher sich die Gedankenmodelle und Wertstrukturen allgemein in beiden Ländern sind, in einem desto höheren Ausmaß werden Remittances angenommen/umgesetzt. Gegensätzliche Orientierungen hingegen schaffen Barrieren auch für solche Remittances, die nicht einer gegensätzlichen Orientierung entspringen, sondern relativ neutral in dieser Polarität stehen. Sie werden in diesem ablehnenden Rahmen gesehen und gewissermaßen als eine Vorverurteilung abgewiesen. Auch dadurch wird deutlich, dass Remittances pfadabhängig sind und bereits eingeschlagenen Wegen (kognitive, normative, strukturelle Bedingungen) folgen. Das Beispiel von Miraflores zeigt, dass Veränderungen im katholisch-religiösen Bereich einfacher übernommen werden, weil schon zuvor der Unterschied zwischen der Dominikanischen Republik und den USA geringer war als etwa der im politischen Bereich. In diesem haben es Veränderungen schwerer, weil sie in einem höheren Ausmaß vom „business as usual“ abweichen (vgl. ebd.: 40).

Ein Größen- und Machtunterschied zwischen den Ländern spielt auch eine Rolle in diesem Prozess. Kleinere und schwächere Staaten übernehmen eher Remittances aus größeren und mächtigerer, als das umgekehrt oder bei „gleichrangigen“ Ländern der Fall ist. Was hier mit hineinspielt ist auch das Bestreben der Empfänger von Remittances so zu sein, wie die „reichen und modernen“ Staaten (vgl. ebd.).

Eigenschaften des Transferprozesses als solches wirken sich so aus, dass Remittances, die in einem „Paket“ mit anderen Remittances, die angenommen werden, übermittelt werden, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben ebenfalls Anklang zu finden. Erfolgen Remittances in einem Kanon globaler Prozesse und über vielfältige Kanäle haben sie einen höheren Effekt. Werden

veränderte Lebensweisen nicht nur von Migranten/Migrantinnen berichtet und vorgelebt sondern auch übers Fernsehen aus anderen Teilen der Welt kennengelernt, werden sie eher übernommen. Ein weiterer Effekt der sich auswirkt läuft damit parallel: Je mehr Remittances in kurzer Zeit transportiert werden, desto mehr von ihnen werden angenommen als wenn sie vereinzelt über längere Zeit kommen (vgl. ebd.: 41).

*Kosten und Nutzen sozialer Remittances:*

Soziale Remittances können sich positiv wie auch negativ auswirken, was auch von den Nicht-Migranten/Migrantinnen so wahrgenommen wird. Sie erfahren zahlreiche positive Veränderungen, die unmittelbar und nicht ausschließlich finanziell ihre Lebensverhältnisse verbessern. Es wurde nicht nur ein organisierteres politisches System mit mehr Fairness nach Miraflores transferiert, sondern auch ein anderer Umgang staatlicher Einrichtungen mit den Menschen. Dem gegenüber steht die Vermittlung negativer Rollenbilder. Zuvor hatten die Bewohner von Miraflores einen überwiegend negativen und distanzierten Bezug zum Rechtssystem. Sie umgingen und wichen ihm aus, um so möglichst wenig von ihm und seinen korrupten Ausläufen beeinflusst zu sein Durch Migration erfuhren sie von einer anderen Ausgestaltung eines Rechtssystems in den USA und dem Schutz, den es gerade auch für Immigranten/Immigrantinnen bietet. Gleichzeitig wurde von einer Gruppe die Kultur der Umgehung des Gesetztes in die USA mitgenommen, die dort zum eigenen Vorteil gelebt und zu einer Mischform entwickelt wurde (was nicht bedeuten soll, dass diese Kultur der Unterwanderung in den USA nicht schon vorhanden war). Die Manipulation eines Arbeitsunfalls für Entschädigungszahlungen oder Gewinn aus Drogengeschäften sind nur plakative Beispiele. Das in die Herkunftscommunity transportierte Bild spiegelt sich im Interview einer Bewohnerin von Miraflores wieder in dem sie sagt, dass manche in einem Jahr großes Vermögen mit Drogengeschäften in den USA gemacht haben, sich drei Häuser und einen Jeep kaufen und noch 1 Million auf der Bank haben, während ihr Bruder nach 10 Jahren in den USA keine 100 Dollar auf der Bank hat (vgl. Interviewe in Levitt 1998: 943).

Es werden sowohl Bilder eines Rechtssystems weitergegeben, die Forderungen an das heimische wecken, genauso wie welche „Vorteile“ es hat, eben dieses zu umgehen, besser gesagt zu manipulieren, denn der Eigennutz resultiert daraus, dass ein wirksames Rechtssystem beispielsweise Schutz für Einwanderer/Einwanderinnen bietet, auf den man gerne zurückgreift,

um dann gleichzeitig ebendieses zu umgehen und Profit aus der Unterwanderung zu schlagen (vgl. Levitt 1998: 942ff.).

Die Untersuchung sozialer Remittances an Hand des Fallbeispiels von Miraflores und seinen Migranten/Migrantinnen in Boston schafft durch die Analyse ein Verständnis, dass auf andere Staaten übertragen werden und die Ergebnisse bestätigen kann. Die Beispiele von Indien, Marokko und der Türkei gliedern sich ein. Auch diese haben ein positives Bild von Migration und sozialen Remittances, durch die neue Erfahrungen, Verhaltensweisen und Fähigkeiten zu einer nützlichen Entwicklung beigetragen haben. Auch der negative Aspekt wird bestätigt, wenn beispielsweise die Erfolgsgeschichten geglückter Migration ein Bild von geringen Wanderungsrisiken und guten Arbeitschancen vermitteln und dadurch eine Kultur der Auswanderung junger Menschen schaffen. Die Abwesenheit junger Menschen in ihren produktivsten Jahren hat negative Auswirkungen auf die ökonomische und soziale Entwicklung in den Senderegionen. Ein „Rückimport" kriminellen Verhaltens durch Jugendliche, die im Ausland in gewalttätige Gruppen – Gangs – geraten und bei ihrer Abschiebung diese Kultur der Gewalt in Gebiete bringen, in denen sie bis dahin nicht vorhanden war, ist ein anderes Negativbeispiel sozialer Remittances (vgl. Castles/Miller 2009: 62f.).

„Positiv social remittances will not, in and of themselves, bring about social reform." (Levitt 1998: 944). Sie sind vielmehr ein Werkzeug, mit dem etwas geschaffen werden kann, eben positiv wie negativ, je nach Absicht der Hand die sie benutzt.

Bisher war die Rede von sozialen Remittances, die aus den Aufnahmeländer und -gesellschaften in die Herkunftscommunities transferiert werden. Ein Phänomen bei Migration, dass lange Zeit Aufmerksamkeit bekommen hat und bei sozialen Remittances besonders relevant ist, ist das des *Brain Drain* – heute zum Konzept von *Brain Circulation* abgeleitet. Brain Drain beschreibt die Abwanderung von ausgebildeten, qualifizierten Fachkräften in Länder, in denen die Aussicht auf höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, eine den Qualifikationen entsprechende oder überhaupt eine Anstellung besteht. In diesem Fall findet der Transfer vom Sende- ins Aufnahmeland statt, weshalb der Begriff Remittance nur bedingt zutreffend ist. Man kann hierbei von Transfer sozialem bzw. Humankapitals sprechen. Ins Konzept von Re-

mittances gliedert sich diese Phänomen wieder ein, wenn es zu Brain Circulation wird (weiter unten).

In ihren Heimatländern haben Personen die auswandern teilweise gar nicht die Perspektive eine ihrer Ausbildung und dem persönlichen Interesse entsprechende Beschäftigung zu bekommen. In Gegenden, in Ländern mit hoher Arbeitslosenrate ergibt sich die Problematik, Arbeit auch weit unterhalb der eigenen Qualifikation zu bekommen. Die Aufnahmeländer haben teilweise aktiv eine Nachfrage nach diesen Arbeitskräften weil sie den eigenen Bedarf selbst nicht befriedigen können und beispielsweise für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens mit Krankenhauspersonal auf ausgebildete Arbeiterkräfte aus dem Ausland angewiesen sind. Für diese Migranten/Migrantinnen entsteht somit ein Migrationskorridor, der nicht allein deswegen genutzt wird um den gewünschten Beruf auszuüben, sondern weil das ein Weg ist, in die Zielländer zu gelangen. Für die Herkunftsländer kann das ein Abfluss von vielleicht nicht benötigten Arbeitskräften sein. In manchen Fällen ist es ein empfindlicher Verlust von Fachpersonal, der den Erhalt bestimmter Bereiche wie Gesundheit, Industrie oder Technik im Land kritisch macht. Besonders sensibel ist das in manchen afrikanischen Staaten wie Malawi, das eine hohe HIV-Aids-Rate in der Bevölkerung aufweist, aber der Großteil der Ärzte/Ärztinnen und Krankenschwestern/-pfleger aufgrund besserer Bezahlung nach Großbritannien auswandert. Es gibt Bemühungen solche Spannungen zwischen Aus- und Einwanderungsländern über Abkommen zu handhaben, die Quoten oder „Kompensationszahlungen" der Aufnahme- an die Herkunftsländer festlegen (vgl. Castles/Miller 2009: 63ff.).

Es wird von Regierungen auch argumentiert, dass diese Migration von Fachkräften zu beiderseitigem Nutzen ist. Dabei wird davon ausgegangen, dass Fachkräfte, die keine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit finden, der heimischen Wirtschaft durch ihre Auswanderung keinen Schaden zufügen. Ihre Motivation zu emigrieren liegt nicht nur in der Aussicht auf bessere Bezahlung in den Zielländern, sondern weil die Arbeitsbedingungen im eigenen Land schlechter, der Lebensstandard und die Beschäftigungsmöglichkeiten niedriger sind. Sind diese Arbeitskräfte im Ausland, ergibt sich ein Nutzen für die Herkunftsländer dadurch, dass sie Remittances überweisen, sowohl finanzielle als auch soziale, wie beispielsweise Technologien, Wissen und Erfahrungen. Davon profitieren die Sendeländer kurzfristig und langfristig, indem die eigene Situation verbessert wird, wodurch die Migranten/Migrantinnen wiederum angelockt werden können, zurückzukehren, da sie nun bessere Bedingungen in den Herkunftsländern vorfinden (vgl. ebd.: 65ff.).

Auch die EU schlägt mit ihren Bemühungen ausländischen Fachkräften Anreize zu schaffen in diese Richtung (vgl. ebd.). 2006 eröffnete die EU ein Jobcenter in Mali um Arbeiter/Arbeiterinnen zu rekrutieren, und damit gleichzeitig auch die Motivation illegal in die EU einzureisen zu senken (vgl. ebd.: 70).

Diese Form des Austausches von Remittances ist eng verknüpft mit der zirkulären Form der Migration. Eben diese zu steuern haben Regierungen in der Vergangenheit nicht geschafft. Aus temporären Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen, Gastarbeitern/Gastarbeiterinnen wurden Ansässige und teilweise auch Staatsbürger/Staatsbürgerinnen und neue Ethnien. Aus den ursprünglichen Absichten nach einer bestimmten Zeit, oder wenn ein gewisses ökonomisches Ziel erreicht wurde in das Herkunftsland zurückzukehren, haben sich im Lauf des Aufenthalts geändert, Familienmitglieder wurden nachgeholt oder Familien neu gegründet – der Lebensmittelpunkt hat sich verlagert. Staaten mit einem Rechtssystem, das die Menschenrechte entsprechend berücksichtigt, konnten diesem Wandel nicht ohne weiteres gänzlich den Riegel vorschieben, andere Staaten wiederum tun das auch heute (Bsp. Golfstaaten) (vgl. ebd. 67f.).

Der Grund warum es weiter Bemühungen gibt eine Politik mit dem Ziel der Förderung von zirkulärer Migration zu entwerfen ist der, eine Win-Win-Win Situation zu schaffen. Der Aufnahmestaat profitiert durch die Abdeckung des Bedarfs nach Arbeitskraft ohne sich weitreichenden Fragen von Integration und Veränderung der Gesellschaft zu stellen. Der Sendestaat profitiert vom Transfer von finanziellen Remittances, Wissen und Fähigkeiten und die Migranten/Migrantinnen ihrerseits von Arbeitsplätzen und höheren Einkommen. Global gesehen ist ein nennenswerter Teil der Migranten/Migrantinnen aber undokumentiert, oft illegal angestellt. Manche Arbeitgeber/Arbeitgeberinnen haben einen Bedarf gerade an illegal Beschäftigten, was oft undokumentierte Migranten/Migrantinnen sind, da sie geringer bezahlt und besser kontrolliert (auch ausgebeutet) werden können. Seasonsarbeiter/Seasonsarbeiterinnen sind ein bekanntes Beispiel zirkulärer Migration. In Hochzeiten des Bedarfs werden sie überwiegend in Gastronomie, Tourismus oder Landwirtschaft eingesetzt und nach Abklingen des Bedarfs kehren sie in ihre Herkunftsländer zurück. Wie politische Maßnahmen aussehen können, wenn die temporären Migranten/Migrantinnen nicht wie gewünscht wieder zurückkehren bietet auch hier die EU bzw. deren Mitgliedsländer ein Beispiel. Sie haben meist mit afrikanischen Staaten Abkommen getroffen, die die Aufnahme von ausgewiesenen Migranten/Migrantinnen aus der EU beinhalten. Davon betroffen sind natürlich auch Asylsu-

chende, deren Fluchtgründe nicht anerkannt werden. Die EU gibt auch Fördergelder an Drittstaaten für Grenzkontrollen (vgl. ebd.).

## 2.4.2 Ökonomische Remittances

Noch Ende 2011 korrigierte die Weltbank die Zahl der dokumentierten globalen Rücküberweisungen für dasselbe Jahr nach oben auf US$ 483 Mrd.. Davon gingen US$ 351 Mrd. in Entwicklungsländer. Für 2014 wird ein Anstieg auf US$ 593 Mrd. erwartet und das sind nur die offiziell registrierten Geldflüsse. Von Sendungen, die über nicht registrierte Kanäle fließen erwartet man, dass sie das Ausmaß der offiziellen Zahlen übersteigen (vgl. Ratha 2011). Manche gehen davon aus, dass diese gleich bis doppelt so hoch sind wie die registrierten.

Diese Form von Rücküberweisungen lässt sich aufgrund ihrer Form als Devisenfluss leichter erfassen (sofern sie dokumentiert erfolgen), als soziale Remittances.

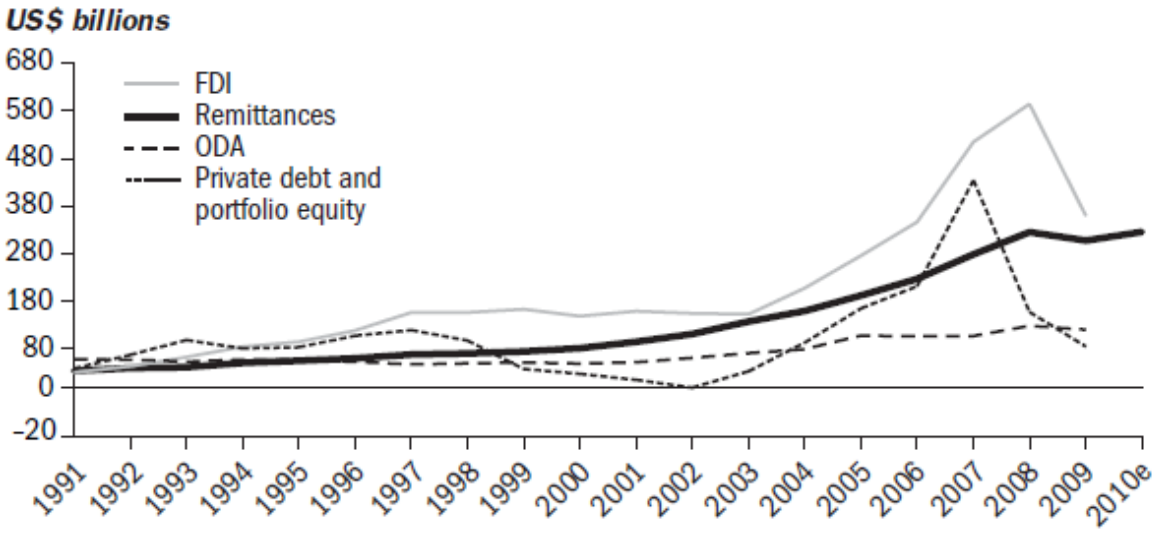


***Abbildung 1: Globale Remittances 1991-2010***

FDI: Foreign Direct Investment
ODA: Official Development Assistance

*Quelle: Weltbank 2011.*

Die offizielle Summe von US$ 481 Mrd. Remittances übersteigen das Ausmaß staatlicher Entwicklungshilfen. Für viele Empfängerstaaten sind sie die größte Quelle von Kapital aus dem Ausland. Aus obiger Grafik geht auch hervor, dass Remittances auch krisenbeständiger sind:

Während die offizielle Entwicklungshilfe mit der Wirtschaftskrise 2008 einen Knick erfährt sind Remittances weiter im Steigen. Die genaue Zahl der Geldsendungen zu erfassen ist deshalb nicht möglich, weil viele Migranten/Migrantinnen keine offiziellen Kanäle nutzen. Bei der Nutzung von Einrichtungen wie Western Union oder Money Gram fallen teilweise hohe Gebühren an, so dass das Geld selbst bei Besuchen oder durch Bekannte weitergegeben wird. Welche Bedeutung diesem Thema beigemessen wird, lässt sich auch daran ablesen, dass die Weltbank eine Internetplattform eingerichtet hat um Transferkosten bei verschiedenen Dienstleistern vergleichen zu können (http://remittanceprices.worldbank.org/). Hinzu kommt, dass solche Einrichtungen an den Orten der Empfänger/Empfängerinnen vorhanden sein müssen.

Die meiste globale Migration finde innerhalb einer Süd-Süd-Bewegung statt und etwa 10-29 % aller Remittances in Entwicklungsländer erfolgen aus anderen Entwicklungsländern. Diese Zahl erscheint angesichts der Relation des gesamten Migranten-/Migrantinnenstocks zu Remittancesflüssen gering, jedoch sind die Einnahmemöglichkeiten für Migranten/Migrantinnen in anderen Entwicklungsländern entsprechend niedriger als in entwickelten Industriestaaten des Westens, wodurch sich die Ungleichverteilung ergibt. In absoluten Zahlen gemessen sind China und Indien die größten Empfänger von Rücküberweisungen, wobei die Zahl der Auswanderer/AuswandererInnen gemessen an der Gesamtbevölkerung verhältnismäßig gering ist. In kleineren Ländern können Remittances ein beträchtliches Ausmaß in Relation zum nationalen BIP erreichen (vgl. Weltbank 2011).

| Land | Remittances in US$ Mrd. | Land | Remittances in US$ Mrd. |
|---|---|---|---|
| 1. Indien | 55,0 | 4. Philippinen | 21,6 |
| 2. China | 51,0 | 5. Frankreich | 15,9 |
| 3. Mexiko | 22,6 | 6. Deutschland | 11,6 |

***Tabelle 1: Top Empfängerländer Remittances 2010 absolut***

*Quelle: Weltbank 2011.*

Aus der Auflistung geht hervor, dass Indien und China 2010 die größten Empfänger von Remittances in absoluten Zahlen sind. Etwas abgeschlagen folgen Mexiko und die Philippinen,

doch an fünfter und sechster Stelle kommen schon Frankreich und Deutschland, zwei europäische Staaten.

Die Reihung ändert sich, wenn das Ausmaß der Remittances am BIP des jeweiligen Landes gemessen wird:

| Land | Remittances in % BIP | Land | Remittances in % BIP |
|---|---|---|---|
| 1. Tadschikistan | 35 | 4. Moldawien | 23 |
| 2. Tonga | 28 | 5. Nepal | 23 |
| 3. Lesotho | 25 | 14. Bosnien-Herzegowina | 13 |

***Tabelle 2: Top Empfängerländer Remittances 2009 in % des BIP***

*Quelle: Weltbank 2011.*

Rücküberweisungen in die Herkunftsländer können im Lauf der Zeit zurückgehen, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage. Das Beispiel der Türkei zeigt eine Rückgang von US$ 5,4 Mrd. in 1998 auf US$ 1,7 Mrd. in 2003. Die Abnahme lässt sich dadurch erklären, dass Migranten/Migrantinnen weniger und seltener Geld geschickt haben, weil sie ihren Lebensmittelpunkt zunehmend in die Aufenthaltsländer verlegt haben, deren Staatsbürgerschaften angenommen haben oder unabhängig von der Staatsbürgerschaft sich dauerhaft niedergelassen haben. Es ist auch zu erwarten, dass die Nachkommen der ersten Generation in einem immer weiter abnehmenden Ausmaß Geld zurücksenden. Diese Entwicklung muss sich nicht zwangsläufig ergeben. Migranten/Migrantinnen bzw. deren Nachkommen können transnationale Beziehungen aufbauen und diese aufrecht erhalten, auch dann, wenn sie die Staatsbürgerschaft des neuen Staates angenommen haben und weiter ihren Familien Geld senden (vgl. Castles/Miller 2009: 60).

Remittances von Migranten/Migrantinnen sind das Ergebnis ihrer zum Teil harten Arbeit und gewissermaßen die Gewinnausschüttung dafür, dass sie ein Risiko eingegangen sind. Sie schicken Geld um die Lebensverhältnisse der daheimgebliebenen zu verbessern (Ernährung, Gesundheit) oder um temporäre Rechnungen zu bezahlen, die durch Hochzeiten, Beerdigungen oder andere Zeremonien anfallen. Sie tragen in Summer zur Reduktion von Armut bei. In

den USA haben sich mexikanische Einwanderer/Einwanderinnen zu „Home Town Assosiations" zusammengeschlossen und kollektiv Remittances an ihre Gemeinden in Mexiko überwiesen. Diese Initiativen werden von der mexikanischen Regierung gefördert, in dem diese für jeden geschickten US-Dollar einen weiteren beisteuert. Einige kommunale Gemeinden steuern einen weiteren US-Dollar hinzu so das aus $ 1 dann $ 3 werden (Tres por Uno). Solche kollektiven Projekte beliefen sich im Jahr 2005 auf US$ 20 Mio. und wurden mit weiteren US$ 60 Mio. von Regierung und Gemeinden gefördert. Derartige kollektive Projekte mit staatlichen Förderungen stellen nur einen Teil am Gesamtaufkommen von Remittances, die sich im Fall von Mexiko im Jahr 2006 auf US$ 20 Mrd. beliefen, also das tausendfache. In den Herkunftsländern wird das Geld meist lokal in eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und in Bildungseinrichtungen investiert, was zu einer Steigerung der Produktivität der Arbeitskräfte (bessere Qualifizierungen) führt. Investitionen in die Landwirtschaft ermöglichen höhere Erträge und damit auch ein Mehr an Lebensabsicherung und eines etwaigen Gewinns. Der Ankauf von Motorfahrzeugen kurbelt die Wirtschaft genauso an, wie möglicherweise dekadent ausgerichtete Hochzeiten, durch die nicht nur die lokale Wirtschaft kurzfristige Erträge gewinnt, sondern mit diesem Gewinn wiederum Investitionen tätigt (vgl. ebd.: 60f.).

Neben solchen positiven Effekten von Remittances gibt es eine andere, negative Seite, die sich schon bei sozialen Remittances gezeigt hat: Auch Flüchtlinge, die eine Arbeit finden schicken Remittances. Landet ihr Geld in einer Konfliktregion kann es dazu dienen, dass der Konflikt mit diesen Ressourcen gefüttert wird, etwa indem es für Waffeneinkäufe verwendet wird. Dem gegenüber steht natürlich ihr Beitrag zum Wiederaufbau. Weniger drastisch in der bildlichen Darstellung ist ein weiterer Effekt der, dass es für die Jugend zu einer Normalität wird auszuwandern und in wohlhabenderen Regionen nach Arbeit zu suchen. Damit Verbunden ist ein Abfließen von Arbeitskraft, der auch zu einer Veränderung der sozialen Zusammensetzung einer Gesellschaft beiträgt. Mit gesteigerten finanziellen Ressourcen schaffen Migranten/Migrantinnen auch eine (ökonomisches) Ungleichheit zwischen sich und Nicht-Migranten/Migrantinnen in den Gemeinden im Herkunftsland. Das gleiche geschieht auch zwischen jenen, die Verwandte im Ausland haben und die keine haben. In weiterer Folge kann es auch zu einem Anstieg des Preisniveaus kommen. Preise für Land oder andere begrenzte Güter können angehoben werden, da sich eine zahlungskräftigere Nachfrageseite bildet (vgl. ebd.: 61).

Ein Aspekt den Castles und Miller vernachlässigt sehen, ist der Anteil von Kapitalflüssen, die aus den Herkunftsregionen in die Zielländer der Migranten/Migrantinnen fließt um dort beispielsweise Ausbildungsgebühren zu bezahlen oder die Zeit bis zu einem Beschäftigungsverhältnis zu überbrücken (vgl. ebd.: 60f.).

Es gibt keinen Automatismus, der aus Remittances eine nachhaltige Entwicklung macht. Die Politik der Länder, die Rücküberweisungen empfangen stehen in der Verantwortung ein Klima zu schaffen, dass Investitionen anlockt (Bsp. Mexikos Tres por Uno), für ein gesichertes Finanzsystem mit stabiler Währung sorgt und gegen Korruption vorgeht. Castles und Miller resümieren folglich: „development initiatives are needed to mobilize productive remittances – not the other way round." (Castles/Miller 2009: 62).

# 3 Migration aus Bosnien-Herzegowina

Migrationsbewegungen sind mit der Menschheitsgeschichte eng verbunden. Daher ist auch Migration von und nach Bosnien-Herzegowina ein Prozess, der von je her stattgefunden hat. Da sich Bosnien-Herzegowina auch an den Grenzen großer Reiche wie dem Osmanischen Reich und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie befand, fand auch eine Immigration mit der kommenden Macht bzw. eine Emigration mit der zurückweichenden Macht statt. Durch diese Einbindung in Großreiche, war Bosnien-Herzegowina auch die Peripherie, aus der in die Zentren ausgewandert wurde, was Migrationskorridore geschaffen hat, die bis heute bestehen (z.B. Österreich). Mit dem Rückzug der Osmanen aus dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas fand eine Emigration in die Türkei statt um der neuen Macht Österreich-Ungarn zu „entfliehen". In der heutigen Türkei gibt es eine nennenswerte Zahl von Nachkommen dieser Menschen, die für in der Wahrnehmung der heutigen Diaspora, zumindest für die offiziellen Einrichtungen Bosnien-Herzegowinas, keine Rolle spielen.

Wien wurde zu einer zentralen Anlaufstelle für Emigranten/Emigrantinnen aus dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas, das Teil des damaligen Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen war. Die Auswanderung nach Wien kann auch als eine kulturelle und wissenschaftliche bezeichnet werden (an der Universität Wien wurde das erste Institut für Slawistik gegründet). Die Verbindung zu Österreich reicht einige Jahrhunderte zurück. Dabei gab es auch eine Immigration aus Österreich auf den Balkan: auf kaiserlichen Geheiß siedelten sich als Donauschwaben bezeichnete Menschen auf dem Gebiet des späteren Jugoslawien an. Nach dem 2. Weltkrieg bzw. davor verließen viele von ihnen die neue Heimat, die über Generationen die einzige für sie war bzw. sahen sich gezwungen diese zu verlassen. Mit dieser Emigrationsbewegung verließ auch eine Anzahl von Menschen, da sie in Verbindung zu Ustašas und Četniks standen (ohne dass sie alle tatsächlich in Kriegshandlungen und -gräuel verwickelt gewesen waren), jenes Jugoslawien, das nun von den Partisanen unter Josip Broz, genannt Tito begründet wurde.

Durch Migrationsbewegungen in der Region, die sich als Jugoslawien vereinen sollte, ging man vor dem 2. Weltkrieg von 1,5 Mio. Migranten/Migrantinnen und deren Nachkommen außerhalb Jugoslawiens aus (Enciklopedija Jugoslavije, Vol. 4 (1960), Zagreb, S. 602 nach Baletić/Baučić 1975: 64).

Näher soll hier nicht auf die Historie vor 1945 eingegangen werden. Einen guten Abriss der Geschichte Jugoslawien findet sich in Sundhaussens „Geschichte Jugoslawiens 1918-80“ (Sundhaussen 1982) bzw. zur Geschichte Bosnien-Herzegowinas in Neweklosky's „Die bosnisch-herzegowinischen Muslime“ aus der Reihe „österreichisch-bosnische Beziehungen Band 1“ (Neweklowsky 1996).

In der Zeit nach 1945 lassen sich zwei nennenswerte Emigrationswellen aus Jugoslawien bzw. Bosnien-Herzegowina ausmachen: die Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen der 1960er und 70er Jahre und die Kriegsflüchtlinge der 1990er Jahre. Beide Phasen beschreiben die größte Auswanderung aus Bosnien-Herzegowina und auf ihnen liegt der Fokus der Betrachtung im folgenden Abschnitt

Nach dem Friedensvertrag von Dayton 1995 blieb eine große Rückmigration aus. Im Gegenteil, die Emigration hielt und hält bis heute an, wenn auch in einer kleineren Zahl. Das hat sowohl für die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas, als auch die Regierung und Wirtschaft des Staates Konsequenzen. Auf diese wird im drauf folgenden Abschnitt eingegangen.

## 3.1 „Gastarbajteri“ – Emigration der 1960er und 70er Jahre

Der Begriff Gastarbajteri ist aus dem deutschen Sprachgebrauch in den damals serbo-kroatischen aufgenommen worden und zeugt davon, welche Bedeutung die jugoslawischen Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen in Deutschland und Österreich innerhalb Jugoslawiens hatten. Doch wo liegen die Wurzeln dieser Auswanderung?

Nach dem für die Partisanen siegreichen Ende des 2. Weltkrieges wurde ein neues, sozialistisches Jugoslawien gegründet. Der Krieg hatte beträchtliche Spuren im neuen Staat, der dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen nachfolgte, hinterlassen: rund zwei Mio. Tote und Zerstörung. Für den Wiederaufbau, die Industrialisierung und den ganzheitlichen Aufschwung des Landes wurden Menschen benötigt, die das bewerkstelligen sollten. Auswanderung aus Jugoslawien stand dazu im Widerspruch, so dass die Regierung diese verbot und sich um eine Rückkehr von Emigranten/Emigrantinnen bemühte, die schon im Ausland waren. Bis Mitte der 1960er Jahre setzte auch ein wirtschaftlicher Aufschwung im Land ein, jedoch kamen die wirtschaftlichen Entwicklungen den demographischen nicht nach. Geburten-

starke Jahrgänge drängten auf den Arbeitsmarkt, der nicht für alle ausreichende Arbeitsplätze schaffen konnte. Die Führung des Landes erkannte die Vorteile (teilweise die Notwendigkeit) einer temporären Arbeitsmigration in westliche Staaten, die gerade einen Bedarf an Gastarbeitern/Gastarbeiterinnen hatten. Als Ausnahme unter den sozialistischen Staaten wurde 1962 in Jugoslawien ein Gesetz erlassen, dass die Sanktionierung von zuvor illegal ausgewanderten Personen bei ihrer Rückkehr aufhob. 1963 schließlich wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, in dem die Beschäftigung von jugoslawischen Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen im Ausland geregelt wurde. Ab 1965 wurde die zirkuläre Arbeitsmigration nicht nur geregelt, sie wurde staatlich forciert (vgl. Goeke 2007: 132f.; Ivanović 2010: 90).

Als Jugoslawien die Arbeitsemigration als notwendige Folge der sozioökonomischen Bedingungen im Land akzeptierte, wurden Anwerbeabkommen mit westeuropäischen Staaten geschlossen. Gründe für die Rekrutierung durch die Aufnahmeländer war ein Arbeitskräftemangel, dem gegenüber eine hohe Arbeitslosigkeit in den Entsendeländern stand (vgl. Wollner: 2010: 81). Österreich war 1964 das erste Land mit dem Jugoslawien ein solches Abkommen unterzeichnete. 1966 folgten Frankreich und die Schweiz, 1967 Schweden, 1968 die Bundesrepublik Deutschland, 1969 Australien und 1970 die Niederlande, Belgien und Luxemburg (vgl. Goeke 2007: 133). In bilateralen Verträgen wurden Sozialversicherungen für die Migranten/Migrantinnen ausverhandelt (vgl. Baletić/Baučić 1975: 64f.). Die Zahl der Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen stieg sprunghaft an. Die Hälfte von ihnen wurde über staatliche Behörden vermittelt, die andere fand über Netzwerke oder völlig eigenständig eine Arbeit im Ausland (vgl. Goeke 2007: 133).

Wie die Kommunikation der Anwerbestelle in Belgrad mit der Stelle in Wien beispielsweise aussah, lässt sich am folgenden Dokument ablesen:

> „Wie wir Ihnen bereits telefonisch mitgeteilt haben, liegt der Hauptgrund der vielen Absagen der Mädchen darin, dass ihnen die in obigen Aufträgen angebotene Entlohnung zu gering ist. Die Arbeiterinnen in Slowenien haben noch andere Beschäftigungsangebote österreichischer Firmen zur Auswahl und entscheiden sich, meist im letzten Moment, dann für das bessere Angebot. Für neu angeworbene und untersuchte Ersatzkräfte gilt leider dasselbe. (Letztes Jahr wurden die Arbeiterinnen aus dem Raum Serbien auswählt und es hat alles geklappt, da die Mädchen dort nicht so verwöhnt sind und froh sind, einen Arbeitsplatz zu finden)." (Korrespondenz zwischen Kommission in Belgrad und der Arbeitsgemeinschaft für die Anwerbung jugoslawischer Arbeiterinnen für ein österreichisches Fischunternehmen aus 1967 nach Vida 2010: 71, Hervorhebung im Original).

In der folgenden Tabelle lässt sich die rasante Entwicklung der Auswanderung durch Anwerbeabkommen ablesen:

| Jahr: | Arbeitsmigranten/ Arbeitsmigrantinnen: | Jahr: | Arbeitsmigranten/ Arbeitsmigrantinnen: | Jahr: | Arbeitsmigranten Arbeitsmigrantinnen: |
|---|---|---|---|---|---|
| 1954 | 3 000 | 1962 | 50 000 | 1970 | 550 000 |
| 1955 | 3 500 | 1963 | 90 000 | 1971 | 660 000 |
| 1956 | 4 000 | 1964 | 115 000 | 1972 | 760 000 |
| 1957 | 4 500 | 1965 | 140 000 | 1973 | 860 000 |
| 1958 | 10 000 | 1966 | 210 000 | 1974 | 810 000 |
| 1959 | 15 000 | 1967 | 220 000 | 1975 | 770 000 |
| 1960 | 18 000 | 1968 | 230 000 | | |
| 1961 | 30 000 | 1969 | 420 000 | | |

***Tabelle 3: Migration aus Jugoslawien 1954 bis 1975***

*Quelle: Zentrum für Migrationsstudien der Universität Zagreb, in: Baletić/Baučić 1975: 65.*

Die Phase wachsender Auswanderung dauerte bis 1973 an. In den frühen Jahren nach dem 2. Weltkrieg waren es mehrheitlich politische Motive, die die Menschen die Entscheidung für Emigration fällen ließen. Mit den Anwerbeabkommen sind diese nicht weggefallen, wurden aber zahlenmäßig durch ökonomische überlagert bzw. konnten sich mit ihnen tarnen. Neben den ökonomischen Gründen sind aber auch Motive wie Emanzipationsdrang und Abenteuerlust ein Faktor und haben einen Einfluss auf die Entscheidung auszuwandern (vgl. Goeke 2007: 133).

Mit der Ölkrise 1973 setzte die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften in den Aufnahmeländern aus und es folgte ein Rekrutierungstop von Gastarbeitern/Gastarbeiterinnen. Die jugoslawische Regierung selbst begann die Rückkehr der Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen zu verfolgen. Ein Grund war auch die Besorgnis der Regierung Jugoslawiens über die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei. Eine Auswertung der jugoslawischen Armee ergab, dass sich eine wesentliche Anzahl (die gesamte dritte Armee) der Wehrpflichtigen zu Arbeitszwecken im Ausland befand (vgl. Ivanović 2010: 90f.). Geschätzte 130 000 Migranten/Migrantinnen kehrten 1974 und 1975 nach Jugoslawien zurück (vgl. Baletić/Baučić 1975: 65).

Im Zeitraum von 1971 bis 1977 überwiesen jugoslawische Emigranten/Emigrantinnen US$ 9 Mrd. aus europäischen Staaten. Jugoslawische Banken hatten das Potential dieser Remittances erkannt und handelten mit österreichischen und deutschen Banken günstigere

Transfers aus und richteten zweisprachige Devisensparbücher ein. Dennoch, der Großteil der Rücküberweisungen erfolgte über inoffizielle Kanäle, was zum Teil durch ein wenig vertrauensvolles Verhältnis der Jugoslawen/Jugoslawinnen zu Banken erklärt werden kann (vgl. Ivanović 2010: 91f.).

Das Geld wurde oft für lokale Infrastrukturmaßnahmen und in den Kommunen verwendet. So wurden Straßen asphaltiert, Strom- und Wasserleitungen verlegt und Schulen errichtet. Im Zeitraum von 1971 bis 1973 beteiligten sich geschätzt 37 Gemeinden in Bosnien-Herzegowina an Infrastrukturprojekten mit Selbstbeitragsfinanzierung. Es ergingen regelrechte Sammelaufrufe für solche Projekte in Gemeinden mit hohem Anteil an Arbeitern/Arbeiterinnen im Ausland, bei denen Sammler/Sammlerinnen von Tür zur Tür gingen (vgl. Ivanović 2010: 92f.). Das Interesse an diesen Remittances war nicht nur auf die kommunale Ebene beschränkt. Die Regierung beschloss 1973:

> „Bedingungen [zu] schaffen, um die Staatsmittel mit den Mitteln der Arbeiter/innen im Ausland zu verbinden, sowie Stimulationselemente [zu] erarbeiten, um das Sparen im Inland zu erhöhen und dadurch heimische Betriebe zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen." (Präsidium Jugoslawiens 05.02.1973 nach Ivanović 2010: 93).

Selbstständiges Unternehmertum war in Jugoslawien Beschränkungen unterworfen, Kapitalgesellschaften gänzlich verboten. Trotzdem gab es Zusammenschlüsse von Migranten/Migrantinnen in ihren Heimatgemeinden, um Produktionsstätten zu errichten. Diese waren gegen anfänglichen Widerstand seitens der Regierung gegründet und die Investoren hatten nur insofern einen Einfluss auf die Fabriken, als sie Familienangehörige dort beschäftigen konnten. Bis Ende der 1970er entstanden geschätzte 30 solcher „Devisenfabriken" in ganz Jugoslawien. Solche Investitionen stellten jedoch eine Minderheit in der Verwendung von Remittances dar und ihre Stellung in der sozialistischen Wirtschaft war genau so wie ihre Rentabilität nicht unbestritten (vgl. Ivanović 2010:94ff.).

In den Folgejahren der Ölkrise kehrten viele Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen nach Jugoslawien zurück. Bis 1975 waren es rund 130 000. Ihnen gegenüber standen geschätzte 40 000 Emigranten/Emigrantinnen gegenüber, die trotz Krise auf der Suche nach Arbeit ins europäische Ausland gingen (vgl. Baletić/Baučić 1975: 65). Zusätzlich zu den 770 000 Jugoslawen/Jugoslawinnen, die sich 1975 in europäischen Staaten aufhielten, kommen mehr als 200 000 in Australien, Kanada und den USA hinzu. In Summe sind das 970 000. Vergleicht man diese mit 4 700 000 Beschäftigten in Jugoslawien selbst, ergibt sich dass auf 100 Beschäf-

tigte in Jugoslawien 20 Jugoslawen/Jugoslawinnen im Ausland arbeiteten (vgl. ebd.: 1975: 65f.).

Dass diese Arbeitskräfte in Jugoslawien nicht fehlten, ergibt sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes: die nachholende Industrialisierung setzte weitaus mehr Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor frei, als diese im sekundären oder tertiären Sektor aufgenommen werden konnten. In den 60er Jahren führte diese Entwicklung zur Erkenntnis in der Führung des Landes, dass Arbeitsemigration aus Jugoslawien auf Grund der ökonomischen Bedingungen eine Notwendigkeit war.

Nach dem 2. Weltkrieg galt Jugoslawien als eines der am wenigsten entwickelten Länder Europas. Die Wirtschaft bestand größtenteils aus Landwirtschaft. Noch vor dem 2. Weltkrieg lag der Anteil der Beschäftigten, gemessen an der Gesamtbevölkerung, bei weniger als 6%, was 920 000 Personen entspricht. Im letzten Kriegsjahr ging die Zahl auf rund die Hälfte, 461 000 zurück. Nach Kriegsende stieg die Zahl der Beschäftigten bis 1948 auf 1 517 000, 1953 auf 1 886 000, 1961 schon auf 3 242 000, 1970 auf 3 850 000, bis auf 4 514 000 in 1974 kontinuierlich an. Dennoch, gemessen an der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens waren im Jahr 1974 nur 21,3% der Bevölkerung in einem Beschäftigungsverhältnis. Im Vergleichszeitraum 1948 bis 1971 ging der Anteil der im Agrarbereich Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung von 67,2% auf 36,4% zurück. Gleichzeitig nahm der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft, gemessen an der gesamten werktätigen Bevölkerung, von 74,2% auf 38,5% ab. Landwirtschaft hatte eine weiter Rolle für Jugoslawien: Von der gesamten Fläche des Staates waren nur rund 39,6% Ackerfläche bzw. landwirtschaftlich nutzbar. Allmählich stieg die Bevölkerungsdichte in den landwirtschaftlich nutzbaren Regionen von 73,1 EinwohnerInnen/km² auf 90 in 1961. In diesem Jahr lag der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung, gemessen an der Gesamtbevölkerung, noch bei 56,3%, erwirtschaftete aber nur 23,2% des Volkseinkommens (vgl. ebd.: 66f.).

Neben dem Aspekt, dass in Jugoslawien mehr Arbeitskräfte zur Verfügung standen als Arbeitsplätze geschaffen wurden, ist auch der Lohnunterschied zu weiter entwickelten west- und zentraleuropäischen Staaten ein Faktor für die Entscheidung zu emigrieren. Das Durchschnittseinkommen eines/einer Angestellten in Jugoslawien lag 1961 bei rund US$ 80. Das Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland hingegen bei rund US$ 255, also um fast 220 % über dem in Jugoslawien. Die höheren Kosten der Lebenshaltung in der BRD gli-

chen lediglich einen Teil des Lohnunterschiedes aus. Während des Auslandsaufenthaltes reduzieren die Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen ihre Ausgaben und erhöhen ihre Sparquote (vgl. ebd.: 69).

Hinzu kommt, dass das Geld in Deutscher Mark (DM) bedingt durch den Wechselkurs in Jugoslawien einen höheren Wert hatte als in der BRD und zwar um 31,5% im Jahr 1970. Nach einer Abwertung des Dinars 1971 sogar um 57,7%. Zusätzlich wurde beim Kauf von Industriegütern in Jugoslawien bei Bezahlung mit DM ein Rabatt von 10% (nach 1973 wurden es weniger) gewährt. Die Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen hatten damit also eine gewisse Funktion als „Devisenhändler" bzw. „Devisentransporteure" inne (vgl. ebd.: 67f.).

Zu diesen primär ökonomischen Gründe für eine Emigration aus Jugoslawien kommen geringe Aussichten einen den eigenen Wünschen entsprechenden Arbeitsplatz zu bekommen sowie eine relative Wohnungsknappheit in den urbanen Räumen dazu (vgl. ebd.: 67f.).

Der Zensus vom 31.03.1971 nahm erstmals auch Personen unter Berücksichtigung, die im Ausland beschäftigt waren. Bei der Erhebung wurden 671 908 Personen in temporärer Beschäftigung im Ausland erfasst (Abweichung zu Daten in Tabelle 3, da dort nur europäisches Ausland berücksichtigt wurde). Von dieser Anzahl weicht die Summe von 790 500 Jugoslawen/Jugoslawinnen im Ausland ab. Diese Zahl ergibt sich aus der statistischen Erfassung der Migranten/Migrantinnen in den Aufnahmeländer. Aus der Differenz ergibt sich, dass der jugoslawische Zensus 15% der im Ausland arbeitenden Menschen nicht abdeckt. Die Abweichung der Zahlen für Europa ist mit 7,7% deutlich geringer als die für Übersee mit 47,7% (vgl. ebd.).

Aus der Bevölkerungserhebung wird auch ersichtlich, dass die Frauenbeschäftigungsquote in Jugoslawien mit 31,8% ähnlich dem Prozentsatz von 31,4% unter Migrantinnen war. Es fällt auch auf, dass aufgeschlüsselt nach dem Alter Frauen in den Kategorien unter 25 Jahren stärker präsent waren als Männer:

| Alter | Summe % | Männer % | Frauen % |
|---|---|---|---|
| 65 und mehr | 0,5 | 0,4 | 0,6 |
| 60-64 | 0,6 | 0,6 | 0,7 |
| 55-59 | 0,9 | 1,0 | 0,8 |
| 50-54 | 1,4 | 1,5 | 1,2 |
| 45-49 | 4,0 | 4,2 | 3,6 |
| 40-44 | 8,5 | 9,5 | 6,3 |
| 35-39 | 13,3 | 14,8 | 9,8 |
| 30-34 | 17,5 | 19,4 | 13,3 |
| 25-29 | 19,8 | 21,2 | 16,8 |
| 20-24 | 24,6 | 22,5 | 29,2 |
| Unter 20 | 8,1 | 4,3 | 16,3 |
| unbekannt | 0,8 | 0,6 | 1,4 |
| Summe | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

***Tabelle 4: Altersstruktur der Migranten/Migrantinnen***

*Quelle: Baletić/Baučić 1975: 69.*

Aus dieser Aufschlüsselung geht auch hervor, dass die zahlenmäßig am stärksten vertretene Gruppe die der 20-24 Jährigen war. Für den Unterschied zwischen Männern und Frauen in den Kategorien unter 25 spielt auch der Militärdienst der Männer eine Rolle. Der Altersunterschied setzt sich aber fort: 48% der Männer, aber 62,3% der Frauen waren jünger als 30. In Summe waren 83,3% jünger als 40. In Relation zur Gesamtbevölkerung Jugoslawiens waren 11,1% der 20-24 jährigen und 20,5% der 25-29 jährigen im Ausland beschäftigt (vgl. Baletić/Baučić 1975: 69f).

Das Argument, dass besser ausgebildete Arbeiter/Arbeiterinnen eher adäquate Arbeitsplätze im Ausland suchten, wird durch die Ergebnisse der Auszählung in Bezug auf die Ausbildung relativiert:

| Ausbildungsgrad | Gesamtbevölkerung über 10 Jahre (%) | MigrantInnen (%) | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Summe | Männer | Frauen |
| Höhere Ausbildung | 2,9 | 1,5 | 1,6 | 1,4 |
| Höhere Berufsbildende Schule | 4,3 | 3,0 | 2,5 | 3,9 |
| Gymnasium | 2,0 | 1,2 | 0,8 | 2,2 |
| Schule für ausgebildete und höher ausgebildete ArbeiterInnen | 9,0 | 16,6 | 20,5 | 7,8 |
| Grundschule (8 Schulstufen) | 14,6 | 19,8 | 16,2 | 27,6 |
| 4.-7 Schulstufen der Grundschule | 42,5 | 46,1 | 47,3 | 43,5 |
| Keine oder nur 1-3 Schulstufen der Grundschule | 24,3 | 10,1 | 9,8 | 11,3 |
| Unbekannt | 0,4 | 1,7 | 1,3 | 2,3 |
| Summe | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

***Tabelle 5: Ausbildungsgrad Migranten/Migrantinnen***

*Quelle: Baletić/Baučić 1975: 70.*

Es ist ersichtlich, dass die Migranten/Migrantinnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bis zur Mittelschule besser ausgebildet waren. Ab ungefähr der Pflichtschule kehrt sich das Ausbildungsniveau zwischen Männern und Frauen um, so dass Frauen mit höhere Ausbildung prozentual stärker bei Migranten/Migrantinnen vertreten waren als Männer. Nur etwa 10% der Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen hatten eine Anstellung mit höherem Anforderungsprofil im Ausland angenommen, als sie diese in Jugoslawien hatten. 40% der Auswanderer/Auswanderinnen hatten vor der Emigration eine Beschäftigung in Jugoslawien (vgl. Baletić/Baučić 1975: 70f.).

Ferner lassen sich bestimmte Korridore zwischen den Herkunftsregionen und den Aufnahmeländern erkennen. Die Hälfte der jugoslawischen Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen ging in die Bundesrepublik Deutschland. Diese kamen überwiegend aus westlichen Gebieten und jenen, die nur kurzfristig am Emigrationsprozess teilnahmen. Nach Frankreich emigrierten überwiegend Menschen aus Serbien, nach Österreich aus Nordost- und Nordwest-Serbien sowie Zentral- und Nord-Bosnien, besonders aus der Herzegowina. Die folgende Grafik zeigt die Regionen mit der höchsten Auswanderung aus Jugoslawien:

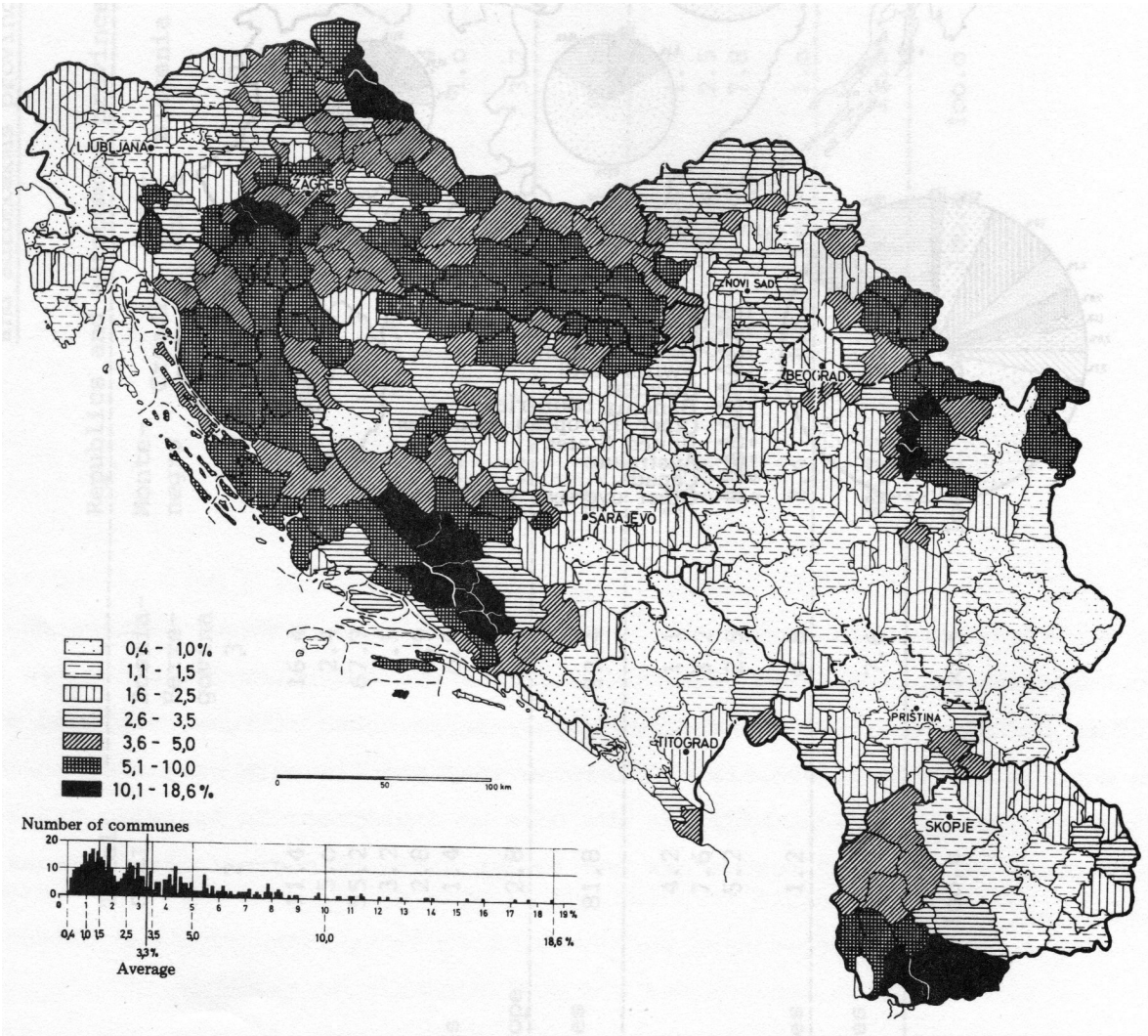


***Abbildung 2: Herkunftsregionen Jugoslawien 1975***

Quelle: Baletić/Baučić 1975: 78.

Es wird deutlich, dass die Regionen, die als weiter entwickelt waren eher die höheren Auswanderungsraten hatten. Im Fall Bosnien-Herzegowinas war der Westen aufgrund seiner Geographie und Karstböden weder für die Landwirtschaft von größerer Bedeutung, noch ließ sich ein wirtschaftlicher Aufschwung erkennen (vgl. Baletić/Baučić 1975: 78).

Interessant ist auch, dass diese erste Migrationswelle aus Bosnien-Herzegowina aus dem Norden und Südwesten emigrierte. Die größte Zahl der zweiten Migrationswelle, den Flücht-

lingen ab 1992, stammt aus dem Norden, Nordosten und Südosten (Interview Konsul Ševarika).

Aus einer Erhebung von 1971 lässt sich auch eine zahlenmäßige Aufschlüsselung nach Herkunftsregion erstellen:

| Republik/ autonome Provinz | Bevölkerung | | Im Ausland Beschäftigte | | Migrationsrate |
|---|---|---|---|---|---|
| | absolut | % | Absolut | % | |
| Bosnien-Herzegowina | 3 743 000 | 18,3 | 152 835 | 19,3 | 1,8 |
| Montenegro | 580 000 | 2,6 | 10 685 | 1,8 | 2 |
| Kroatien | 4 423 000 | 27,6 | 268 340 | 34,0 | 6,1 |
| Makedonien | 1 647 000 | 8,0 | 71 810 | 9,1 | 4,4 |
| Slowenien | 1 725 000 | 8,4 | 56 150 | 7,1 | 3.,3 |
| Serbien | 5 242 000 | 25,6 | 131 615 | 16,7 | 2,6 |
| Vojvodina | 1 950 000 | 9,5 | 72 540 | 9,2 | 3,7 |
| Kosovo | 1 245 000 | 6,0 | 26 525 | 3,3 | 2,1 |
| Jugoslawien | 20 505 000 | 100,0 | 790 500 | 100,0 | 3,9 |

***Tabelle 6: Herkunftsrepublik/-provinz der Migranten/Migrantinnen***

*Quelle: Statistik Jugoslawien, Statistiken der Aufnahmeländer nach Baletić/Baučić 1975: 73.*

In der nachstehenden Tabelle sind die Aufnahmeländer der Auswanderer/Auswanderinnen der ersten Migrationswelle aufgelistet:

| Aufnahmeland | Migranten/Migrantinnen aus Jugoslawien | Prozentsatz |
|---|---|---|
| Bundesrepublik Deutschland | 460 000 | 59,7 |
| Österreich | 166 000 | 21,5 |
| Frankreich | 60 000 | 7,8 |
| Schweiz | 26 000 | 3,4 |
| Schweden | 23 000 | 3,0 |
| Holland | 10 000 | 1,4 |
| Großbritannien | 3 500 | 0,4 |
| Belgien | 3 000 | 0,4 |
| Dänemark | 3 000 | 0,4 |
| Andere Staaten | 15 500 | 2,0 |
| Summe | 770 000 | 100,0 |

***Tabelle 7: Zielländer der Migranten/Migrantinnen***

*Quelle: OSZE Report 1975 nach Baletić/Baučić 1975: 72.*

Die Republiken, die als weiter entwickelt galten wie Kroatien und Slowenien, weisen eine höhere Auswanderung auf als die weniger entwickelten. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Anteil der Republiken bzw. Provinzen an der werktätigen Gesamtbevölkerung Jugoslawiens, ergibt sich eine Diskrepanz. Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Makedonien und teilweise das Kosovo, hatten einen höheren Anteil an den im Ausland Beschäftigten als in Summe an den Beschäftigten in Jugoslawien. Am Beispiel des Kosovos tritt ein weiteres jugoslawisches Spezifikum deutlich zu Tage: die niedrigste Arbeitslosenrate in Jugoslawien war in den am wenigsten entwickelten Gebieten (zumindest noch in den frühen 70er Jahren, was mit einer höheren Subsistenzwirtschaft in der Landwirtschaft verbunden ist) (vgl. Baletić/Baučić 1975: 73f.).

Für die Aufteilung in Aufnahmeländer nach Republiken siehe Tabelle 8.

| Aufnahmestaaten | Jugoslawien (%) | Bosnien-Herzegowina % | Montenegro % | Kroatien % | Makedonien % | Slowenien % | Serbien % | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | Inneres Serbien | Vojvodina | Kosovo |
| Österreich | 11,4 | 16,4 | 2,8 | 5,1 | 3,0 | 16,0 | 21,8 | 12,0 | 8,5 |
| Frankreich | 5,0 | 2,4 | 6,6 | 2,3 | 2,1 | 1,5 | 17,3 | 3,8 | 4,0 |
| BRD | 55,2 | 67,7 | 32,7 | 62,3 | 36,5 | 56,7 | 35,5 | 53,0 | 72,6 |
| Schweiz | 3,2 | 1,5 | 3,3 | 3,6 | 1,4 | 5,7 | 3,9 | 2,3 | 6,4 |
| Schweden | 2,8 | 1,9 | 2,0 | 1,7 | 4,1 | 2,4 | 5,0 | 5,4 | 0,9 |
| BeNeLux* | 1,4 | 0,9 | 2,0 | 1,1 | 1,7 | 1,0 | 2,6 | 1,5 | 1,0 |
| Andere Länder Europas & unbekannt | 2,8 | 1,6 | 8,4 | 2,7 | 3,3 | 3,7 | 3,8 | 2,2 | 3,0 |
| Europa Summe | 81,8 | 92,4 | 57,8 | 78,8 | 52,1 | 87,0 | 89,9 | 80,2 | 96,4 |
| USA | 4,2 | 1,1 | 32,1 | 4,2 | 8,6 | 1,7 | 3,1 | 6,9 | 1,3 |
| Australien | 7,6 | 3,2 | 3,9 | 7,9 | 31,9 | 2,5 | 3,0 | 7,0 | 0,7 |
| Kanada | 5,2 | 2,5 | 3,8 | 7,5 | 6,7 | 7,8 | 3,0 | 4,8 | 0,4 |
| Andere & unbekannt | 1,2 | 0,8 | 2,4 | 1,6 | 0,7 | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,2 |
| Übersee Summe | 18,2 | 7,6 | 42,2 | 21,2 | 47,9 | 13,0 | 10,1 | 19,8 | 3,6 |
| Summe | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

***Tabelle 8: Migration nach Zielländern und Herkunftsrepubliken/-provinzen***

*Belgien, Niederlande, Luxemburg

Quelle: Baletić/Baučić 1975: 76.

Die Auswanderung einer beträchtlichen Anzahl von Jugoslawen/Jugoslawinnen hatte natürlich ökonomische wie auch soziale Auswirkungen. Hinzu kommt, dass die, die emigriert sind in einem höheren Maß jung, mobil, geschäftstüchtig und gut ausgebildet waren. Es lag im Interesse der Anwerbebüros der Aufnahmestaaten die qualifiziertesten Arbeitskräfte zu rekrutieren. Als Folge ergab sich ein Absinken der Ausbildungsstufe und Erfahrung bei den Beschäftigten in Jugoslawien. Eine Untersuchung von 115 Unternehmen in Zentraldalmatien in Kroatien hat ergeben, dass im Zeitraum von 1967 bis 1972 von 50 823 Arbeitern/Arbeiterinnen 3 181 ins Ausland gegangen sind, um dort eine Beschäftigung zu finden. Als Indikator für die sinkende Qualifikationsrate in Jugoslawien dient der Vergleich von Kroatien, der Republik mit der höchsten Auswanderungsquote, in der die Analphabetenrate unter Arbeitern/Arbeiterinnen von 4,5% in 1961 auf 6,8% in 1970 anstieg (vgl. ebd.: 71).

Das Ausmaß der Remittances nach Jugoslawien stieg mit der wachsenden Zahl der Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen: 1963 waren es US$ 15,5 Mio., 1966 waren es schon US$ 64 Mio., US$ 206 Mio. in 1969, US$ 868,3 Mio. in 1972. 1974 beliefen sie sich auf US$ 1 512,4 Mio. Wie gesagt ergab sich das hohe Aufkommen an Rücküberweisungen durch die höhere Anzahl der Arbeitsmigranten/-Migrantinnen, deren längere Aufenthalte im Ausland und den Bemühung der jugoslawischen Führung diese Transfers über offizielle Kanäle fließen zu lassen und aktiv anzulocken (vgl. ebd. 71f.).

Die Verwendung der Gelder zeigte sich auf längere Sicht wenig gewinnbringend. Die Migranten/Migrantinnen investierten ihr Geld in die Verbesserung ihres eigenen Lebensstandards und des ihrer Familie. Diese Verwendung ist verständlich, doch aus den Investitionen ergaben sich keine Langzeitverbesserungen ökonomischer Produktivität. Eine mangelnde Voraussicht zeigte sich insbesondere bei den Investition der Migranten/Migrantinnen in den Neu- und Ausbau von Wohnraum. Zwar war das auf der einen Seite eine Notwendigkeit um die Wohnungsknappheit zu verringern und hatte den positiven Effekt, dass die Bauwirtschaft gefördert wurde, doch es wurde überwiegend in den ländlichen Gebieten gebaut. Das ergab sich daraus, da die Migranten/Migrantinnen dort ihre Familien und bestehenden Immobilien hatten und dass die Familienangehörigen und Nachbarn/Freunde beim Bau helfen konnten, was die Kosten minderte. Auf der anderen Seite flossen diese Investitionen in Gegenden, die nur eine niedrige Aussicht hatten in die ökonomische Entwicklung des Landes eingebunden zu werden. Die Abgelegenheit und schwach vorhandene Infrastruktur machten es kostspielig überhaupt kommunale Einrichtungen wie Elektrifizierung, Asphaltierung, Kanalwesen herzu-

stellen (zu den Eigeninitiativen der Kommunen und Migranten/Migrantinnen mit Spendenaufrufen weiter oben). Durch den fehlenden Anschluss dieser Regionen an die Entwicklung mangelte es auch an potentiellen Arbeitsplätzen für Rückkehrer, die dadurch einen weiteren Grund hatten, ihren Auslandsaufenthalt zu verlängern (vgl. ebd.)

Investitionen in die Landwirtschaft fielen geringer aus. Das liegt zum Teil daran, dass Migranten/Migrantinnen nicht beabsichtigten nach der Rückkehr wieder in der Landwirtschaft tätig zu sein und den Auslandsaufenthalt dazu nutzten, um aus ländlichen in urbanisierte Gebiete umzusiedeln. Die durch ihre Familien getätigten Investitionen in die Landwirtschaft waren auch nicht durchwegs durch ökonomische Überlegungen geprägt. Es kam oft der Aspekt des sozialen Prestiges zum Tragen, wenn eine Familie einen Traktor kaufte und das in manchen Gebieten dazu führte, dass mehr Traktoren vorhanden waren, als für die Bewirtschaftung der Nutzflächen notwendig waren. Die Möglichkeiten privater Investitionen waren durch das staatssozialistische System ohnehin beschränkt. Am beliebtesten unter den Rückkehrern/Rückkehrerinnen waren Investitionen in die Gründung von Handwerksbetrieben, Speditionen und Gastronomie. Die Studie aus Zentraldalmatien fand weiter heraus, dass von den 3 489 privaten Handwerksbetrieben und anderer Geschäften 385 bzw. 11% von Personen gegründet wurden, die im Ausland waren und das verdiente Geld in diese Unternehmen investierten. Speditionen waren stark im Kurs, 198 Personen betrieben eine solche und 105 eine Gaststätte. Das starke Interesse in diesen Bereichen führte zu einem Überangebot in manchen Gegenden, was die Effektivität der Investition verringerte (vgl. ebd.: 82).

Eine Verfassungsänderung 1974 verstärkte die Ausrichtung der Gastarbeiter auf das Kleinunternehmertum. Hier drei Interviews von Gastarbeitern/Gastarbeiterinnen, die nach Jugoslawien zurückkehrten um dort ein Unternehmen zu gründen (abgedruckt in jugoslawischen Zeitungen):

> „Ich habe zwei Brüder. Der eine arbeitete bis zum Vorjahr mit mir, der andere ging nie ins Ausland arbeiten. Jetzt werden wir gemeinsam ein Gasthaus eröffnen." (Ušteda za povratak [Ersparnisse für die Rückkehr]; in: Večerne Novosti 26.12.1977 nach Ivanović 2010: 98).

> „In diesen elf Jahren, seit ich in Hamburg arbeite, haben wir so viel gespart, dass wir jetzt zu Hause bleiben können. Mit dem Transportwesen werden wir mehr verdienen, als wenn wir weiterhin in Deutschland bleiben würden." (Ušteda za povratak [Ersparnisse für die Rückkehr]; in: Večerne Novosti 26.12.1977 nach Ivanović 2010: 98).

> „Ich hatte auch vor meinem Weggehen ins Ausland ein Geschäft, es lief aber nicht gut. Es gab nicht genug Autos, nicht viele Kunden, die Mechanikerarbeit war weniger geschätzt, weniger bezahlt. Ich verdiente gut als Vulkaniseur und kam zurück. Bin aber noch nicht zufrieden. Ich will,

> dass auch andere Facharbeiter ihre Werkstätten haben. Petrovac hat 10 000 Autos und keinen Mechaniker. Keinen Lackierer. Die Leute fahren nach Smederevo wegen kleiner Reparaturen."(Kamioni za ukras [LKWs zur Zierde]; in: Večerne Novosti 21.03.1978 nach Ivanović 2010: 98).

Baletić und Baučić resümierten, dass die Einbindung der fast 1 Mio. jugoslawischer Arbeiter/Arbeiterinnen aus dem Ausland in die jugoslawische Wirtschaft einen größeren ökonomischen Effekt gehabt hätte, als die Rücküberweisungen und privaten Investitionen, die die Bauindustrie förderten. Dieser positive Effekt wäre auch nach den Kosten für die Schaffung der Arbeitsplätze im Land erhalten geblieben (vgl. Baletić/Baučić 1975: 80f.).

Ein mehr sozialer, und in dem Fall negativer Effekt ist, das Mitte 1970 nur rund 10% der Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen ihre Familien in die Aufnahmeländer nachgeholt hatten. Das wirkt sich auf die Familienstrukturen aus. Der hohe Anteil an jungen Frauen in der Emigration warf beispielsweise die Frage der biologischen Reproduktion in den Herkunftsregionen auf. Untersuchungen hatten eine Korrelation zwischen Migration und niedriger Geburtenrate in einzelnen Teilen Jugoslawiens nachgewiesen (vgl. ebd.: 84).

Ab 1973 begann die Führung Jugoslawiens Programme zu gestalten, die aktiv die Rückkehr der Arbeitsmigranten/Migrantinnen verfolgten. Das Föderative Beschäftigungsbüro Jugoslawiens bekam die Aufgabe, die Migranten/Migrantinnen über Beschäftigungsmöglichkeiten in Jugoslawien zu informieren und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze mitzuwirken. Dabei stellte sich heraus, dass die Programme zur Rückholung wesentlich weniger Erfolg hatten als die Rekrutierungsbüros für Gastarbeiter in Westeuropa vor ihrer Schließung. Jugoslawien war in die internationale Arbeitsteilung getreten, deren Auswirkungen auch für Jugoslawien Geltung hatten (vgl. ebd.: 85f.).

Auch nach dem Anwerbestopp fand eine Emigration in die Aufnahmeländer statt, diesmal im Rahmen von Familienzusammenführung. Im Fall von Deutschland lebten in den 1970er Jahren fast 75% der Kinder jugoslawischer Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen in Jugoslawien und nicht in Deutschland. Jugoslawien baute im Rahmen des Programms zur Reintegration der Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen in Jugoslawien ein Schulnetz in Deutschland auf, das dem in Jugoslawien nachempfunden war. Das jugoslawische Schulmodel wurde dem deutschen als überlegen empfunden. Der Lehrplan sah die Landeskunde Jugoslawiens mit seinen Republiken und der jugoslawischen Gesellschaft vor. „Vermutlich war dieser Unterricht 'jugoslawischer' als in Jugoslawien." (Goeke 2007: 144, Hervorhebung im Original). Ein wesentlicher

Lehrinhalt war der Sprachunterricht, den die Kinder nur mäßig effizient nutzten, da es ihnen dafür an Anreizen außerhalb der eigenen Familie fehlte (vgl. Goeke 2007: 144).

Für die 1980er Jahre stellt Ivanović fest, dass "[...] es zu einem völligen Stopp von Investitionen aus der Diaspora in die jugoslawische Wirtschaft [kam]" (Ivanović 2010: 99) und Goeke sieht, dass „[d]er Prozess der Familienzusammenführung [...] gegen Ende der 1980er Jahre weit vorangeschritten [war] und auch sonst war etwas Ruhe in die Migrationsbewegungen eingekehrt." (Goeke 2007: 145). Diese Ruhe sollte nur von kurzer Dauer sein, denn spätestens Anfang der 90er Jahre ging eine neue Migrationswelle aus Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina aus, die von einem Krieg ausgelöst wurde.

Wie lässt sich sich die Migration der 1960er und 70er Jahre charakterisieren? Die Motive für die Auswanderung sind grundsätzlich ökonomische gewesen. Vor 1963 war es den Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen Jugoslawiens verboten auszuwandern. Dass diese Schranke gefallen war, geht auf die strukturellen Veränderungen im Land zurück. Die gestiegene Arbeitslosigkeit bewegte die Regierung dazu, mit westeuropäischen Staaten Anwerbeabkommen abzuschließen und so die Arbeitslosenrate im Land zu senken. Aus der Analyse des Migrationsstromes geht jedoch hervor, dass Arbeitslosigkeit nur ein Faktor für die Emigration war. 40% von jenen, die ins Ausland gingen hatten vor ihrer Emigration eine Arbeit in Jugoslawien. Hier wird der Lohnunterschied zwischen Jugoslawien und den Ländern mit Gastarbeiterabkommen tragend. Daneben gab es nicht-ökonomische Faktoren wie Abenteuerdrang und Drang nach Emanzipation, die zur Emigration bewogen haben.

Die Remittances dieser Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen flossen über private, nicht registrierte Kanäle. Jugoslawien bemühte sich, diese Geldflüsse zu bündeln und entwickelt im Bankensektor günstigerer Konditionen dafür. Diese Gelde gingen überwiegend in den privaten Konsum. Nur ein geringer Teil wurde für wirtschaftliche Investition, wie die Gründung von Fabriken aufgewendet. Daneben finanzierten die Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen Infrastrukturprojekte wie beispielsweise die Elektrifizierung ihrer Herkunftstorte.

Eine weitere „Infrastruktur", die von diesen Migranten/Migrantinnen aufgebaut wurde, sind Migrationsnetzwerke zwischen Jugoslawien und den Aufnahmeländern. Durch diese Netzwerke fand noch in der Anwerbephase von Gastarbeitern/Gastarbeiterinnen eine Migration statt. Durch den Zusammenbruch Jugoslawiens, dem beginnenden Krieg und der Flucht

von Menschen, hatten diese Migrationsnetzwerke einen wesentlichen Einfluss auf die Fluchtmigration aus Bosnien-Herzegowina.

## 3.2 Kriegsflüchtlinge – Emigration Anfang der 1990er Jahre

Pascal Goeke beispielsweise gibt in seinem Buch „Transnationale Migrationen" (Goeke 2007) einen bündigen Überblick über den Zerfall Jugoslawiens mit Bezug auf Migranten/Migrantinnen. Im Fokus des folgenden Abschnittes stehen die Folgen des Zerfallsprozesses für die Migrationsbewegung aus Jugoslawien, vielmehr aus Bosnien-Herzegowina.

Der Sieg der Partisanen gegen die deutschen Besatzer, gegen die Ustašas und auch gegen die Četniks – ohne sowjetischen oder US-amerikanischen Militäreinsatz – legte den Grundstock für den Gründungsmythos des zweiten Jugoslawiens. Die Bemühungen der Kommunisten unter Josip Broz, genannt Tito, das neue Jugoslawien zu konstituieren und den Prozess nachholender Industrialisierung zu starten hatte auch Erfolge. Nichtsdestotrotz blieben politische, ökonomische, rechtliche, religiöse und andere Probleme ungelöst. Die Ereignisse vor und während des 2. Weltkriegs wurden nicht aufgearbeitet, sondern, um eine Metapher zu verwenden, in einen Behälter jugoslawischer Einheit gepackt, dessen Deckel Tito geschlossen hielt. Nach Titos Tod und im Prozess des Systemwechsels im Osten fanden auch in Jugoslawien 1990 so weit freie Wahlen statt. Das Ergebnis fiel zu Gunsten nationalistisch orientierter Parteien aus, die sich entlang der ethnischen Grenzen zwischen Kroaten, Serben uns Bosniaken bildeten. 1991 verkündeten zunächst Slowenien und in Folge auch Kroatien die Unabhängigkeit. Slowenien konnte sich rasch und ohne nennenswerte militärische Auseinandersetzung aus der Föderation lösen. In Kroatien, das eine höhere ethnische Durchmischung in der Bevölkerungsstruktur hat, folgte der Unabhängigkeitserklärung ein deutlicher Krieg. Etwa 300 000 Kroaten und 200 000 Serben, jetzt ethnisch getrennt, begaben sich auf die Flucht. Die Mehrheit von ihnen blieb innerhalb der gerade noch zuvor jugoslawischen Grenzen, 80 000 flohen ins Ausland. Ihre Flucht erfolgte überwiegend zu Bekannten und Familienangehörigen, die sich bereits im Ausland befanden (Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen). Diese Geschehnisse übertrugen sich auch auf Bosnien-Herzegowina, das 1992 seine Unabhängigkeit erklärte. Die „allmächtig" wirkende Nationalisierung erreichte in dem noch mehr als Kroatien ethnisch heterogenen Bosnien-Herzegowina ein noch größeres Ausmaß: geschätzt wird, dass

mehr als 160 000 Menschen im Krieg getötet wurden und rund 2,5 Mio. mussten innerhalb des Landes oder ins Ausland fliehen – und das bei einer Gesamtbevölkerung von 4,365 Mio. nach dem letzten Zensus von 1991 (vgl. ebd.).

Unter Vermittlung des Westens wurde mit dem Friedensvertrag von Dayton 1995 der Krieg in Bosnien-Herzegowina beendet. Jedoch blieb die Flüchtlingsfrage bis in die 2000er Jahre hinein offen. In den USA und Deutschland beispielsweise, gibt es noch Personen aus Bosnien-Herzegowina, die einen Flüchtlingsstatus haben. Der Großteil hat jedoch seinen Aufenthaltsstatus regularisiert oder die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes angenommen. Ein kleinerer Teil ist nach Bosnien-Herzegowina zurückgekehrt. Nicht selten nur aus dem Grund, weil diese Flüchtlinge nicht in der Lage waren einen regulären Aufenthaltsstatus zu erlangen und nach Aberkennung ihres Flüchtlingsstatus (der Krieg war vorbei) es ihnen nicht länger gestattet war im Aufnahmeland zu bleiben.

Tabelle 9 zeigt den Flüchtlingsstrom 1993 bis 1995 sowie die weitere Emigration aus Bosnien-Herzegowina bis 2005. Analog dazu zeigt Tabelle 10 die Anzahl der Asylanträge von Bosniern/Bosnierinnen.

| Aufnahmestaat | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Serbien und Montenegro | 200 901 | 98 200 | 84 747 | 250 744 | 241 438 | 200 937 | 198 213 | 189 959 | 143 094 | 121 449 | 99 785 | 95 297 | 46 951 |
| USA | 1 887 | 9 248 | 19 413 | 31 656 | 53 082 | 82 137 | 97 504 | 106 410 | 108 803 | 92 293 | 61 834 | 39 393 | 20 446 |
| Schweden | 29 298 | 47 793 | 49 340 | 49 409 | 50 931 | 51 871 | 52 472 | 52 891 | 53 396 | 53 435 | - | - | - |
| Deutschland | - | 350 000 | 320 000 | 330 000 | 245 000 | 100 000 | 50 000 | 30 000 | 24 000 | 40 531 | 38 688 | 30 083 | 9 223 |
| Dänemark | 2 712 | 6 048 | 23 629 | 25 598 | 26 987 | 27 222 | 27 344 | 27 519 | 26 139 | 27 851 | - | - | - |
| Schweiz | - | - | - | 5 114 | 10 410 | 5 854 | 7 287 | 7 694 | 8 043 | 7 654 | 6 945 | 6 553 | 6 165 |
| Niederlande | - | - | - | 22 042 | 23 675 | 23 833 | 23 969 | 24 229 | 24 439 | 24 556 | 19 943 | 13 518 | 6 435 |
| Andere | 383 629 | 264 795 | 272 624 | 279 305 | 197 718 | 148 221 | 141 404 | 66 279 | 59 407 | 38 679 | 72 811 | 43 987 | 20 710 |
| Summe | 618 427 | 776 084 | 769 753 | 993 868 | 849 241 | 640 075 | 598 193 | 504 981 | 447 321 | 406 448* | 300 006 | 228 831 | 109 930 |

***Tabelle 9: Aufnahmeländer 1993 bis 2005***

* Zahl weicht geringfügig von Daten aus 2002 ab, es wurde die jünger aus 2005 übernommen.

*Quelle: UNHCR Statistical Yearbook 2002 und 2005, eigene Darstellung.*

| Land der Antragstellung | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Frankreich | 105 | 375 | 360 | 178 | 250 | 294 | 286 | 329 | 487 | 517 | 1 179 | 2 915 | 2 306 |
| Schweden | 25 110 | 2 649 | 1 059 | 262 | 742 | 1 331 | 486 | 4 244 | 2 775 | 2 885 | 1 397 | 785 | 387 |
| Deutschland | 21 240 | 7 298 | 5 217 | 2 246 | 2 348 | 1 533 | 1 755 | 1 638 | 2 259 | 1 017 | 600 | 412 | 325 |
| Slowenien | - | - | - | - | 7 | 99 | 59 | 48 | 22 | 29 | 48 | 123 | 303 |
| Schweiz | 6 877 | 3 343 | 3 534 | 1 269 | 1 987 | 1 891 | 1 513 | 1 304 | 1 230 | 1 548 | 729 | 301 | 301 |
| Norwegen | 7 051 | 201 | 106 | 73 | 90 | 233 | 161 | 272 | 907 | 810 | - | - | - |
| Andere | 15 616 | 10 704 | 7 153 | 2 678 | 2 952 | 4 890 | 2 495 | 3 594 | 3 134 | 1 404 | 1 637 | 888 | 769 |
| Summe | 75 999 | 24 570 | 17 429 | 6 706* | 8 376* | 10 271* | 6 755* | 11 429* | 10 814* | 8 210* | 5 590 | 5 424 | 4 391 |

***Tabelle 10: Asylanträge nach Zielländern 1993 bis 2005***

* Zahl weicht geringfügig von Daten aus 2002 ab, es wurde die jünger aus 2005 übernommen.

*Quelle: UNHCR Statistical Yearbook 2002 und 2005, eigene Darstellung.*

Die obigen Tabellen zeigen die Entwicklung des Flüchtlingsstromes aus Bosnien-Herzegowina. Es ist zu beachten, dass Flüchtlinge, die ihren Aufenthaltsstatus im Aufnahmeland in einen anderen Status umwandeln bzw. die Staatsbürgerschaft annehmen, nicht mehr als Flüchtlinge gelten. Das Absinken der Zahl an Flüchtlingen bedeutet nicht automatisch, dass diese ins Herkunftsland zurückgekehrt sind. Deutschland beispielsweise bemühte sich um eine größtmögliche Rückkehr der aufgenommenen Flüchtlinge. Mindestens 20 000 von ihnen kehrten jedoch nicht nach Bosnien-Herzegowina zurück, sondern emigrierten weiter in die USA (vgl. Goeke 2007: 151).

Der Krieg verlief entlang ethnischer Grenzen. Das hat auch Folgen für die Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina. Unabhängig von den Zerstörungen des Krieges und damit einer verminderten Perspektive und Motivation zurückzukehren, hat sich auch die soziale Lage verändert. Eine Rückkehr, sofern sie überhaupt in die Herkunftsgemeinde oder -region erwogen wird, stellt die Rückkehrer/Rückkehrerinnen vor die Schwierigkeit sich in ein verändertes soziales Gefüge wieder zu integrieren. Neben der hohen Flucht ins Ausland war eine große Zahl von Menschen innerhalb des Land auf der Flucht, hat sich in neuen Gegenden niedergelassen und ist nur zögerlich und nur teilweise wieder in ihre Herkunftsorte zurückgekehrt. D.h. die Rückkehrer/Rückkehrerinnen aus dem Ausland finden sich bei der Ankunft im Herkunftsort in einer Gemeinde, die ihrerseits teilweise aus (Binnen-)Flüchtlingen besteht, wieder. Hinzu kommt, dass die im Krieg verfolgte ethnische Homogenisierung den Friedensvertrag von Dayton überdauert hat. In einem langwierigen Prozess und unter starkem Einwirken der internationalen Gemeinde und des OHR (Office of the High Representativ) wurde das Recht auf Rückkehr und Restituierung des Eigentums betrieben. Zu beachten ist, dass die Wohnungen und Häuser der Flüchtlinge wiederum teilweise von Binnenflüchtlingen bewohnt waren.

Die zweite Migrationswelle aus Bosnien-Herzegowina war also eine unfreiwillige, eine durch Krieg verursachte Fluchtmigration, die alle Bevölkerungsteile betroffen hat. Ihre Zielländer waren naturgemäß jene, die bereit waren Flüchtlinge aufzunehmen, parallel dazu nutzen sie die Migrationsnetzwerke, die in den 60er und 70er Jahre entstanden sind. Wer Angehörige im Ausland hatte, die als Gastarbeiter/Gastarbeiterin ausgewandert waren, hatte eine erste Anlaufstelle und Hilfestellung. Auf diese wird auch nach Kriegsende zurückgegriffen.

## 3.3 Emigration nach Kriegsende 1995

Nach Kriegsende wurden Anstrengungen unternommen den Flüchtlingen eine Rückkehr zu ermöglichen. Die Lage in Bosnien-Herzegowina machte das Land auch nach 1995 zu einem Emigrationsland und die Auswanderung blieb aufrecht. Die Migrationsphase der frühen 1990er Jahre war durch den Krieg verursacht. Nach Kriegsende knüpften die Motive für Emigration an die der 60er und 70er Jahre an. Wirtschaftlichen Bedingungen veranlassten weiterhin Menschen ins Ausland zu gehen. Das Sicherheitsministerium Bosnien-Herzegowinas hielt im Bericht zum Migrationsprofil Bosnien-Herzegowinas 2010 die Zahl von 1 350 000 Menschen mit bosnisch-herzegowinischem Hintergrund, die im Ausland leben fest. Davon hatten über 90% einen regulären Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft ihres Aufnahmelandes angenommen (vgl. Ministarstvo Sigurnosti 2010: 56f.). Das UNHCR führte im Jahr 2011 63 004 Flüchtlinge und 1 347 Asylsuchende aus Bosnien-Herzegowina (vgl. UNHCR 2012). Signifikant war die Auswanderung junger Leute aus Bosnien-Herzegowina: 92 000 im Zeitraum von 1996 bis 2001 wanderten aus, davon sind über 10 000 Studierende aus Bosnien-Herzegowina in Kroatien, Deutschland und Österreich (vgl. ebd.).

### 3.3.1 Wer und wo ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora?

Im folgenden Abschnitt wird die Diaspora kurz nach den Ländern, in denen sie zahlenmäßig stärker Vertreten ist, dargestellt. Als Quelle dient eine Studie des Ministeriums für Menschenrechte und Flüchtlinge Bosnien-Herzegowinas. Die Menge an Informationen ist zwischen den Länder unterschiedlich, da die Institutionen der einzelnen Länder ihre Erhebungen nach unterschiedlichen Kriterien durchführen und nicht alle die gleichen Angaben abfragen.

*Australien*

Die Migration aus Bosnien-Herzegowina nach Australien reicht bis ins 19. Jh. zurück. Emigrationsgründe waren die wirtschaftliche Lage und die Annektierung Bosnien-Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Nach dem 2. Weltkrieg bis 1965 waren es überwiegend politische Gründe für die Auswanderung nach Australien. Ab Mitte der 1960er Jahre fand die Migration im Rahmen des Gastarbeiterabkommens, der Nachfrage nach Arbeitskräften in Australien und der Arbeitslosenrate in Jugoslawien und damit auch in Bosnien-Herzegowina statt. In den 1990er Jahren war es der Krieg, der die Menschen zur Emigration zwang. Nach Kriegsende

blieb die Auswanderung im Rahmen von Familienzusammenführungen aufrecht. Offizielle, von der Botschaft Bosnien-Herzegowina in Australien zusammengetragene Zahlen sprechen von 24 998 Personen aus Bosnien-Herzegowina in Australien. Angemerkt wird, dass durch eine Unstimmigkeit in der Erhebung des australischen Zensus diese Zahl höher ist - die Botschaft geht von bis zu 50 000 aus. Das statistische Amt Australiens führte Im Jahr 2006 24 635 Personen, die in Bosnien-Herzegowina geboren wurden, davon 12 345 Männer und 12 290 Frauen. Die größte Zuwanderung erfolgte im Zeitraum von 1990 bis 1999 mit 15 412 Einwanderern/Einwanderinnen. Von 2000 bist 2005 waren es 4 106 Personen. Die Mehrheit der bosnisch-herzegowinischen Migranten/Migrantinnen in Australien hat die Staatsbürgerschaft angenommen. Der Großteil spricht zuhause Bosnisch (11 487), Kroatisch sprechen 4 302 und Serbisch 5 997. Englisch hingegen sprechen zuhause 1 223 und Serbokroatisch (die Angabe Jugoslawisch mit eingerechnet) 910 Personen. 1 162 Personen gaben an, gar kein Englisch zu sprechen, 5 040 nur dürftig, 7 162 gut und 9 772 sehr gut (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 8f.).

In fünf der sechs Staaten Australiens wird Zusatzunterricht auf Bosnisch/Kroatisch/Serbisch angeboten. 1993 war Australien auch das erste Land weltweit, dass Bosnisch/Kroatisch/Serbisch in den regulären Schulunterricht aufnahm. 2006 konnten 58 Maturanten/Maturantinnen die Matura im Fach Bosnisch ablegen. Neben dem Schulunterricht betreibt bzw. finanziert die australische Regierung Informationssendungen über Radio und TV in den Sprachen Bosnisch, Kroatisch und Serbisch (vgl. ebd.: 11).

Die hohe Rate der Einbürgerungen deutet auf einen hohen Integrationsgrad hin. Das australische Staatsbürgerschaftsgesetz ermöglicht die Naturalisierung nach zwei Jahren durchgehenden Aufenthaltes, wobei der Antrag nach 18 Monaten gestellt werden kann. Aber auch ohne australische Staatsbürgerschaft sind Migranten/Migrantinnen durch ein reguläres Visum weitgehend den Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen gleichgestellt – das Wahlrecht bleibt Staatsbürgern/Staatsbürgerinnen vorbehalten. Australien sieht keine Doppelstaatsbürgerschaften vor, verlangt aber keine Niederlegung der alten Staatsbürgerschaft, so dass die Personen in der Praxis die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgerschaft behalten. Bei Reisen benutzen sie dann den australischen Pass (vgl. ebd.: 9.).

Über 40% der bosnisch-herzegowinischen Migranten/Migrantinnen befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis, 85% von ihnen sind mit diesem zufrieden. Mehr als 50% bekommen in einer Form Unterstützungsleistungen (vgl. ebd.)

*Belgien und Luxemburg*

Für Belgien und Luxemburg liegen nur wenige Zahlen vor. Man geht von 6 000 in Belgien und 8000 Personen in Luxemburg aus, die aus Bosnien-Herzegowina kommen. Die Mehrheit der bosnisch-herzegowinischen Migranten/Migrantinnen hat die Staatsbürgerschaft eines dieser Länder angenommen, was den Verlust der bosnisch-herzegowinischen bedeutet. Wie viele das in den vergangen Jahren getan haben lässt sich auf Grund der Datenlage nicht sagen. Die Staatsbürgerschaft kann nach 7 Jahren beantragt werden und es ist die Niederlegung der früheren Staatsbürgerschaft notwendig. Einen muttersprachlichen Unterricht ans öffentlichen Schulen für Bosnisch/Kroatisch/Serbisch gibt es nicht. Ebenso wenig gibt es eine außerschulischen Förderunterricht für die Muttersprache (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 18ff.).

*Dänemark*

Die Migration nach Dänemark begann mit dem Gastarbeiterabkommen in den 70er Jahren. Die größte Zahl der Migranten/Migrantinnen aus Bosnien-Herzegowina kam während des Krieges der 1990er Jahre. 2005 befanden sich 20 875 Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Dänemark. Im Jahr 2000 verabschiedete das dänische Parlament ein Gesetz, dass Flüchtlingen Hilfestellung bei der Rückkehr ins Herkunftsland bereitstellt und die Wiedereinreise nach Dänemark für ein Jahr nach der Rückkehr ermöglicht. Rückkehrer/Rückkehrerinnen ohne dänische Staatsbürgerschaft wurden auf verschiedene Weise bei der Rückkehr unterstützt: bei den Reisekosten, einmalige Zahlung, Kosten für eine Krankenversicherung, Medikamenten und sogar eine monatliche finanzielle Unterstützung im Herkunftsland. Die dänische Staatsbürgerschaft kann nach sieben Jahren beantragt werden. Im Zeitraum von 1995 bis 2004 haben 14 412 Personen jugoslawischer Herkunft die dänische Staatsbürgerschaft angenommen, ein Teil von ihnen waren Staatsbürger/Staatsbürgerinnen Bosnien-Herzegowinas. Ein muttersprachlicher Unterricht findet im regulären Lehrplan statt (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 20ff.).

*Deutschland*

Deutschland war während beider Migrationswellen aus Bosnien-Herzegowina das Land, das die meisten Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen wie auch Flüchtlinge aufgenommen hat (bis zur Wiedervereinigung ist immer nur die Bundesrepublik Deutschland gemeint). 1996 waren rund 350 000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland. Im selben Jahr schlossen Deutschland und Bosnien-Herzegowina ein Abkommen über die Rückkehr der Flüchtlinge ab. Dennoch emigrierten von diesen Personen rund 40 000 in andere Länder (Zahl ist doppelt so hoch wie bei Goeke 2007): 2 988 nach Australien, 4 204 nach Kanada, 33 005 in die USA und in geringerer Zahl in andere Länder. 2007 lag die Zahl der Personen mit bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Deutschland bei 157 187, nicht eingerechnet sind jene, die zwischenzeitlich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft bedeutet den Verlust der bosnisch-herzegowinischen, da das deutsche Gesetz nur in Ausnahmefällen Doppelstaatsbürgerschaften vorsieht (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 39ff.).

Ein muttersprachlicher Unterricht wird je nach (Bundes-)Land unterschiedlich angeboten (vgl. ebd: 46).

*Großbritannien und Irland*

In Großbritannien leben schätzungsweise 10 000, in Irland 1 650 Personen mit bosnisch-herzegowinischer Herkunft. Die allermeisten kamen als Flüchtlinge in den 1990er Jahren. Die Regierung Großbritanniens hat nach Kriegsende keinen Druck zur Rückkehr ausgeübt, so dass die Flüchtlinge in der Regel geblieben sind. Es wurde jedoch ein Projekt (Testing The Water) gestartet, dass einen dreimonatigen Aufenthalt im Herkunftsland ermöglicht, um sich dann entscheiden zu können, ob man zurückkehren möchte. Die wenigsten Flüchtlinge haben an diesem Projekt teilgenommen aus Angst, sie wären dann tatsächlich gezwungen zurückzukehren. Großbritannien und Irland erheben keine Daten über die Einbürgerung per Herkunftsland. Daher können keine Angaben gemacht werden, wie viele die britische bzw. irische Staatsbürgerschaft angenommen habe. Es wird davon ausgegangen, dass die, die nach 7 Jahren Aufenthalt die Voraussetzungen erfüllt haben, diese auch angenommen haben, zumal das Ablegen der bosnisch-herzegowinischen Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung ist. In Großbritannien

gibt es rund 12, von Vereinen betrieben, Förderschulen, die muttersprachlichen Unterricht anbieten (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 66ff.).

*Italien*

Italien ist keines der typischen Zielländer der Auswanderung aus Bosnien-Herzegowina gewesen, da Italien selbst mit westlichen Staaten Gastarbeiterabkommen hatte. Ende der 1980er Jahre ging man von 30 000 Jugoslawen/Jugoslawinnen in Italien aus, vier Fünftel von ihnen waren Saisonarbeiter/Saisonarbeiterinnen bzw. gingen einer Schwarzarbeit nach. Zwischen 1992 und 1996 hat Italien über 50 000 Personen aus Jugoslawien aufgenommen. 1996 gab es 11 068 Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Italien. 2006 ging man von bis zu 40 000 Personen aus. Von diesen gehören geschätzte 3 000 bis 5 000 der Volksgruppe der Roma an. Das italienische Staatsbürgerschaftsgesetz sieht keine Doppelstaatsbürgerschaft vor, verlangt aber keinen Nachweis der Abgabe der alten, dadurch haben die meisten Bosnier/Bosnierinnen, die die italienische Staatsbürgerschaft angenommen haben ihre alte beibehalten. (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 28f.).

Die italienische Arbeitskammer hat rund 4 000 selbstständige Betriebe registriert, die von Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft geführt werden (vgl. ebd.: 29).

Migrantische Arbeiter/Arbeiterinnen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren haben weiterhin Anspruch auf die Sozialversicherung und eine finanzielle Mindestversorgung, sofern sie währen ihres Aufenthaltes in Italien den Anspruch auf diese erlangt haben (vgl. ebd.: 30).

Im Ausland erworbene Diplome müssen für deren Anerkennung bei der italienischen Botschaft im jeweiligen Ausland vorgebracht werden, in Italien selbst wird das Vorlegen nicht registriert. Am Arbeitsmarkt werden die Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen mit in Italien erworbene Diplomen bevorzugt. Von italienischen Diplomen wird erwartet, dass sie sprachlichen und kulturellen Qualifikationen nachweisen. Nach Informationen der Botschaft in Italien gibt es keine bosnisch-herzegowinischen Förderschulen in Italien (vgl. ebd.: 32).

*Kanada*

Die Zahl der Migranten/Migrantinnen aus Bosnien-Herzegowina in Kanada geht hauptsächlich auf die Kriegsmigration der 1990er Jahre zurück. Die Botschaft geht von etwa 30 000 Personen aus, andere Schätzungen meinen es sind über 60 000. Bei der Volkszählung 1981 dekla-

rierten sich 32 210 Personen als Kroaten, 6 305 als Serben und 42 635 als Jugoslawen. Für die Verleihung der kanadischen Staatsbürgerschaft ist die Niederlegung der bosnisch-herzegowinischen nicht erforderlich. Kanada begrüßt die Muttersprachausbildung von Migranten/Migrantinnen, unterhält jedoch dazu keine staatlichen Programme (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 34ff.).

*Kroatien*

Die Zahl der Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Kroatien zu erfassen ist schwer. Schätzungen gehen von rund 60 000 aus. Gleichzeitig wird geschätzt, dass 38 000 Personen aus Bosnien-Herzegowina sich in Kroatien per regulärem Aufenthaltsstatus aufhalten, 20 000 eine Doppelstaatsbürgerschaft Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas haben und 2 600 Personen den Status von Flüchtlingen haben. Es wird davon ausgegangen, dass die Mehrheit von ihnen ethnische Kroaten aus Bosnien-Herzegowina sind (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 26f.).

*Niederlande*

Bis 1992 lebten in den Niederlanden rund 5 000 Personen aus Jugoslawien, davon 1 500 aus Bosnien-Herzegowina. 1998 war die Zahl der Personen aus Bosnien-Herzegowina auf 30 000 angewachsen. 25 000 davon waren Flüchtlinge, der Rest Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen der ersten Generation und deren Nachkommen. Der größte Teil von ihnen konnte einen regulären Aufenthaltsstatus oder die Staatsbürgerschaft erlangen. Die, die es nicht konnten sind nach Australien, Kanada und in die USA weiter emigriert. Nur ein kleiner Teil, hauptsächlich ältere Personen, sind nach Bosnien-Herzegowina zurückgekehrt. Sie haben eine Gesetzeslage ausgenutzt, die zurückkehrenden Personen über 65 Jahren eine lebenslange Pension gewährt, auch ohne dass sie jemals in den Niederlanden gearbeitet haben. In größeren Städten wird ein muttersprachlicher Unterricht an öffentlichen Schulen angeboten (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 23ff.).

*Norwegen*

Die meisten bosnisch-herzegowinischen Migranten/Migrantinnen kamen im Zug des Kriegs der 90er Jahre nach Norwegen als Flüchtlinge, Asylsuchende und per Familienzusammenführung. Davor gab es keine nennenswerte Migration, da Norwegen eine restriktive Einwande-

rungspolitik verfolgte. Was die Einwanderung nach Norwegen betrifft haben bosnisch-herzegowinische Flüchtlinge durch die Flüchtlingskonvention einen Sonderstatus inne gehabt. Es befinden sich rund 15 500 Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Norwegen, die meisten von ihnen haben einen regulären Aufenthaltsstatus bzw. die Staatsbürgerschaft. Ein Antrag auf Staatsbürgerschaft kann nach sieben Jahren Aufenthalt gestellt werden, ein Sprachnachweis ist binnen der ersten drei Jahre nach Einreise vorzulegen (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 36ff.).

*Österreich*

Die Anzahl der Personen, die in Bosnien-Herzegowina geboren wurden und sich zum Stichtag in 2007 in Österreich befanden liegt bei 132 262. Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft geht einher mit dem Verlust der bosnisch-herzegowinischen. Bosnien-Herzegowina, das Mehrfachstaatsbürgerschaften zulässt konnte kein Abkommen zu Doppelstaatsbürgerschaften mit der Republik Österreich schließen. Seit Juni 2006 bis zur Veröffentlichung der Broschüre des Ministeriums haben 38 354 Personen die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgerschaft abgelegt, 70% von ihnen haben die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen. Die Zahl der Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft mit einem Daueraufenthalt in Österreich liegt bei 74 803 in 2006, was 24,45 % der gesamten „ausländischen" Bevölkerung entspricht. In Summe haben 96 591 Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Österreich ein reguläres Visum, was 19,28% aller vergebenen Visa entspricht (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 13f.).

Die Kooperation zwischen Bosnien-Herzegowina und Österreich ist eng. Es gibt ein Austauschprogramm für Studierende und Lehrende von Hochschulen (vgl. ebd.: 14).

In den 70er Jahren hat Jugoslawien die Sprachausbildung der Kinder der Gastarbeiter finanziert. Heute gibt es weiterhin einen muttersprachlichen Unterricht, der nun von Österreich organisiert und finanziert wird (Interview Konsul Ševarika).

Neben Vereinen nach Nationalitäten wurde erstmals in 2008 ein Verein der Bürger/Bürgerinnen Bosnien-Herzegowinas gegründet, der die bosniakische, kroatische und serbische Ethnie vereinen soll. Daneben gibt es seit 2006 auch einen Verein der bosnisch-herzegowinischen Studenten/Studentinnen. Viele Studierend aus Bosnien-Herzegowina, die in Österreich studie-

ren blieben nach ihrem Abschluss in Österreich (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 15).

*Schweden*

Die Migration nach Schweden hat bis Ende der 1980er Jahre ökonomische und in den 1990er Jahren den Krieg zum Grund gehabt. Man geht von 70 000 Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft in Schweden aus. Da Schweden durch ein Abkommen mit Bosnien-Herzegowina die Doppelstaatsbürgerschaft beider Staaten erlaubt, haben rund 50 000 diese auch angenommen. 20 000 warten noch darauf, die Voraussetzungen zu erfüllen. Ein muttersprachlicher Unterricht wurde in den regulären Schulunterricht aufgenommen (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 58ff.).

*Schweiz*

In der Schweiz leben 50 641 Personen bosnisch-herzegowinische Herkunft. Im Jahr 2005 hatten 2 787 Personen die Staatsbürgerschaft der Schweiz angenommen. Ende 2005 hatten 43 238 einen regulären Aufenthaltsstatus während 4 010 einen Flüchtlingsstatus inne hatten. Die Schweiz erlaubt die Doppelstaatsbürgerschaft mit jenen Staaten, mit denen sie ein solches Abkommen hat. Mit Bosnien-Herzegowina wurde bisher noch keines geschlossen. Da die Schweiz bei der Naturalisierung aber keine Nachweis über das Ablegen der alten Staatsbürgschaft fordert, haben die meisten ihre bosnisch-herzegowinische Staatsbürgerschaft praktisch beibehalten (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 63ff.).

*Slowenien*

Die Zahl der Personen aus Bosnien-Herzegowina in Slowenien genauer zu erfassen ist etwas schwierig. Bei der Volkszählung 2002 deklarierten sich 8 052 Personen als Bosnier, 10 467 als Muslime und 21 543 als Bosniaken. Während Bosnier und Bosniake beide die Zugehörigkeit zu Bosnien-Herzegowina angeben, ist es bei Muslime trotz dieser Verwendung für die ethnischen Muslime in Bosnien-Herzegowina im damaligen Jugoslawien heute keine eindeutige Angabe. Sicht als Moslem/Muslime zu deklarieren gibt die Religionszugehörigkeit an, aber keine geographische oder staatliche. Hingegen kann man davon ausgehen, dass bosnische Kroaten und bosnische Serben sich zu einem hohen Prozentsatz als Kroaten bzw. Serben deklarieren. Es wird von 20 000 Personen mit bosnisch-herzegowinischer Staatsbürgerschaft und 80 000

Personen bosnisch-herzegowinischer Herkunft ausgegangen, die die slowenische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Da es auch in Slowenien keine Doppelstaatsbürgerschaften gibt, aber kein Nachweis über die Abgabe der bosnisch-herzegowinischen Staatsbürgerschaft gefordert wird, wird die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgerschaft beibehalten (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 55ff.).

*USA*

Bei der Bevölkerungszählung im Jahr 2000 waren 98 765 Personen registriert, die bis dahin bei ihrer Einreise in die USA die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgschaft angegeben hatten. Diese Zahl ist deutlich geringer als die Zahl der Personen mit bosnisch-herzegowinischer Herkunft, von denen man ausgeht, dass sie in den USA leben. Das ergibt sich durch das Staatsbürgerschaftsgesetz der USA, dass die Staatsbürgerschaft jedem auf seinem Territorium geborenen Kind zuspricht (ius soli). Damit fallen die Nachkommen der „alten Diaspora" wie auch der „neuen" der 90er Jahre aus der Statistik. Zwischen 1999 und 2003 vergaben die USA 72 500 Einwanderungsvisa und 49 905 andere Arten eines Aufenthaltsstatus an Staatsbürger/Staatsbürgerinnen Bosnien-Herzegowinas. Bis 1990 waren 73 300 Personen registriert, die bei ihrer Einreise die jugoslawische Staatsbürgerschaft angaben. Zwischen 1989 und 2000 gaben 41 500 Personen bei der Einreise an, die jugoslawische Staatsbürgerschaft zu haben. Auch hier kann von einem Anteil von Personen mit bosnisch-herzegowinischer Herkunft ausgegangen werden. Man geht von 250 000 bis 300 000 Staatsbürger/Staatsbürgerinnen Bosnien-Herzegowinas in den USA aus. 350 000 bis 390 000 Personen haben eine bosnisch-herzegowinische Abstammung. Von diesen wird geschätzt, dass 70% Bosniaken, 20% bosnische Serben und 10% bosnische Kroaten sind (vgl. Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 48ff.).

In anderen Ländern wie Frankreich befinden sich rund 5 000 Personen bosnisch-herzegowinischer Abstammung, doch es gibt keine zuverlässigen Zahlen. Daneben befinden sich weitere Gruppen in geringerer Zahl in Ländern wie: Spanien (2 000), Tschechien (1692), Israel und den Palästinensergebieten (1 000), Jordanien (850), Türkei (690) und in anderen mit einer geringeren Zahl (vgl. ebd.: 5f.).

Zusammenfassend lassen sich einige gemeinsame Charakteristika der bosnisch-herzegowinischen Diaspora erkennen: über 90% haben ihren befristeten Aufenthaltsstatus als temporäre Arbeitsmigranten/Arbeitsmigrantinnen bzw. Flüchtlinge in einen regulären Aufenthaltsstatus ändern können und haben in großer Zahl die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes angenommen. Es gibt einige Vereine und Klubs in denen die Diaspora organisiert ist, diese sind allerdings überwiegend nach Ethnien getrennt. Ethnie-übergreifende Vereinigungen gibt es nur wenige. Das macht die Diaspora für Bosnien-Herzegowina schwer ansprechbar, da es viele Gesprächspartner gibt. Der muttersprachliche Unterricht ist schwach organisiert. Bosnien-Herzegowina hat besonders an der Weitergabe der Muttersprache ein Interesse, da diese ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung des Kontaktes zwischen Diaspora und Herkunftsland ist. Die Diaspora konsumiert über Internet, Satelliten-TV und Printmedien Informationen in der Sprache (den Sprachen) Bosnisch/Kroatisch/Serbisch (vgl. auch Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008: 69).

Bisher wurden die Fragen, wie die Diaspora entstanden und wo sie ist beantwortet. Im folgenden Abschnitt wird der Frage nachgegangen, wieso (ehemalige) Emigranten/Emigrantinnen sich entscheiden im Ausland zu bleiben?.

### 3.3.2 Gründe um im Ausland zu bleiben

Je länger sich Migranten/Migrantinnen an einem Ort befinden, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in ihr Herkunftsland zurückkehren. Auch wenn sie mit der Absicht eines temporären Aufenthaltes ausgewandert sind und entschlossen waren zurückzukehren, so gehen sie doch neue Bindungen am neuen Ort ein und verlagern mit der Lebensphase auch ihren Lebensmittelpunkt. Venema Mathias und Grimm Claus haben 2002 im Auftrag des Deutschen Amtes für Arbeit und Soziales eine Untersuchung unter Migranten/Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien durchgeführt. Ziel war es herauszufinden, was die Motive sind in Deutschland zu bleiben, bzw. ins Herkunftsland zurückzukehren:

| „Unter welchen Voraussetzungen würden Sie in Ihr Heimatland zurückkehren?“ | 1995* (%) | 2001** (%) |
|---|---|---|
| Wenn die Familie mit zurückgeht. | 20,3 | 34,4 |
| Wenn die Kinder erwachsen sind | 4,7 | 11,2 |
| Wenn ich bzw. die Kinder die Ausbildung in Deutschland abgeschlossen haben | 6,6 | 10,4 |
| Wenn ich bzw. die Kinder dort einen Arbeitsplatz finden würden | 10,9 | 11,9 |
| Wenn ich genug Geld gespart habe | 27,5 | 39,0 |
| Wenn ich mich selbstständig machen könnte | 11,0 | 10,9 |
| Wenn Rückkehrhilfen gegeben werden | 14,6 | 24,3 |
| Wenn die politischen Verhältnisse im Heimatland es erlauben | 69,0 | 52,0 |
| Wenn ich dadurch mein Aufenthaltsrecht nicht verlieren würde | 10,2 | 14,8 |
| Wenn ich Rentner/-in bin | 16,6 | 17,1 |
| Sonstige Gründe | 17,7 | 3,6 |
| Keine Angabe | 0,9 | 0,2 |

***Tabelle 11: Voraussetzungen für Rückkehr ins Herkunftsland***

*Prozentsätze beziehen sich auf 37% (373) der Befragten, die an einer Rückkehr interessiert oder unentschlossen waren.

**Prozentsätze beziehen sich auf 28,5% (286) der Befragten, die an einer Rückkehr interessiert oder unentschlossen waren.

*Quelle: Venema, Mathias/Grimm, Claus (2002): Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung 2001 – Tabellenband; Berlin, S. 163 nach Geoeke 2007: 161.*

In der nächsten Tabelle wurden nach den Motive gefragt in Deutschland zu bleiben:

| „Haben Sie vor, weiterhin in Deutschland zu bleiben? Wenn ja, bitte geben Sie die Gründe an!“ | 1995* (%) | 2001** (%) |
|---|---|---|
| Meine Familie lebt hier in Deutschland | *** | 53,1 |
| Weil mein Ehe-/Lebenspartner Deutsche(r) ist | 6,9 | 9,3 |
| Weil ich meine Familie nachgeholt habe | 7,1 | 3,6 |
| Meine Freunde/Bekannten leben in Deutschland | *** | 37,3 |
| Weil meine Kinder in Deutschland zur Schule gehen bzw. in der Berufsausbildung stehen | 15,7 | 12,1 |
| Weil ich in Deutschland verwurzelt bin | 24,0 | 29,2 |
| Fühle mich hier wohl | 59,4 | 52,1 |
| Wegen der medizinischen Versorgung | 19,1 | 14,8 |
| Meine Arbeit gefällt mir | 30,8 | 26,9 |
| Ich habe weniger sparen könne, als ich gedacht habe | 2,3 | 2,0 |
| Wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage im Heimatland | 48 | 30,3 |
| Es gibt im Heimatland keine Arbeit für mich | 32,0 | 17,0 |
| Wegen der gegenwärtigen politischen Lage im Heimatland | 50,5 | 31,0 |
| Mich verbindet kaum noch etwas mit dem Heimatland | *** | 18,9 |
| Sonstiges | 8,8 | 5,0 |
| Keine Angaben | 0,5 | - |

***Tabelle 12: Gründe für Verbleib im Aufnahmeland***

*Prozentsätze beziehen sich auf 63,2% (638) aller Befragten

**Prozentsätze beziehen sich auf 69% (693) aller Befragten

***Kategorie nicht abgefragt

*Quelle: Venema, Mathias/Grimm, Claus (2002): Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – Repräsentativuntersuchung 2001 – Tabellenband; Berlin, S. 158 nach Geoeke 2007: 162.*

Obwohl die Studie in Deutschland durchgeführt wurde, sind die Charakteristika nur bedingt an Deutschland geknüpft und lassen sich auch auf andere Länder umlegen. Das soziale Umfeld, politische und ökonomische Bedingungen sind in der EU, Kanada, USA und Australien in groben Zügen vergleichbar, so dass die Ergebnisse der Studie aus Deutschland auch für die Diaspora in diesen Ländern mitgedacht werden kann.

Aus den Ergebnissen der Befragung geht hervor, dass die soziale Struktur, insbesondere die Familie der größte Faktor ist, der die Entscheidung zu bleiben oder nach Bosnien-Herzegowina zurückzuemigrieren beeinflusst. Ist die Familie bzw. sind die Kinder im Aufnahmeland

und dort in Ausbildung, werden Beziehungen zum sozialen Umfeld eingegangen (Freundschaften), so sinkt die Wahrscheinlichkeit ins Herkunftsland zurückzukehren. Hinzu kommt, dass die politische Lage im Herkunftsland von mehr als der Hälfte als Grund gesehen wird, im Aufnahmeland zu bleiben. Nach diesen kommen dann wirtschaftliche Aspekte und die Aussicht eine Arbeit in Bosnien-Herzegowina zu finden (vgl. Goeke 2007: 161ff.).

## 3.4 Remittances nach Bosnien-Herzegowina und ihre Bedeutung für den Staat und die Wirtschaft

Die Weltbank führte für das Jahr 2010 Bosnien-Herzegowina auf Platz 12 der globalen Auswanderungsländer, mit 38,9% der Gesamtbevölkerung, die im Ausland lebt. 2009 belegte Bosnien-Herzegowina Platz 15 der Top-Remittances-Empfängerländer gemessen am BIP (vgl. Weltbank 2011).

Wie in Tabelle 2 ersichtlich wird, ist Moldawien als erstes europäisches Land auf dem vierten Platz in der globalen Reihung der Top-Remittances-Empfängerländer nach dem Anteil am BIP. Bosnien-Herzegowina lag 2009 auf dem 14. Platz im globalen Ländervergleich (gleich nach Haiti und Jamaika), kommt aber an zweiter Stelle in Europa. 2006 war Bosnien-Herzegowina weltweit noch an der fünften Stelle. Das Ausmaß der registrierten Remittances stieg bis auf US$ 2 735 Mio. im Jahr 2008. Danach fiel es auf US$ 1 905 Mio. in 2010 (12,9% des BIP) und stieg 2011 wieder leicht auf US$ 2 009 (Quelle: Weltbank Remittances-Datenbank).

Armut und Arbeitslosigkeit sind die wesentlichen Push-Faktoren, die die Emigration aus Bosnien-Herzegowina antreiben und sie sind auch der Grund, warum Migranten/Migrantinnen Remittances an ihre Familien überweisen. Die Verwendung finanzieller Remittances fließt in den alltäglichen Konsum von Nahrung, Bekleidung und Unterkunft. Einer Schätzung zur Folge werden 77% der Remittances für diese Zwecke verwendet. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Armut in Bosnien-Herzegowina (vgl. IOM 2011: 43).

### 3.4.1 Finanzielle Remittances

In einer Untersuchung im Jahr 2011 hat die IOM (International Organization for Migration) eine Erhebung unter Migranten/Migrantinnen aus Bosnien-Herzegowina, die sich im De-

zember/Jänner 2010/2011 in Bosnien-Herzegowina aufhielten durchgeführt. Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse dargestellt.

Mehr als die Hälfte aller migrantischen Haushalte aus Bosnien-Herzegowina sendet Remittances. Auf die Frage ob die befragte Person bzw. ein Mitglied des Haushaltes in 2009 Remittances geschickt hat, ergab sich ein Gefälle nach Aufnahmeregion: die meisten Remittances werden aus der EU bzw. europäischen Staaten geschickt (67,3%), danach kommen die Überseeländer Australien, Kanada und die USA (63,6%) und am wenigsten wird aus anderen ex-Jugoslawischen Staaten geschickt (55,1%).

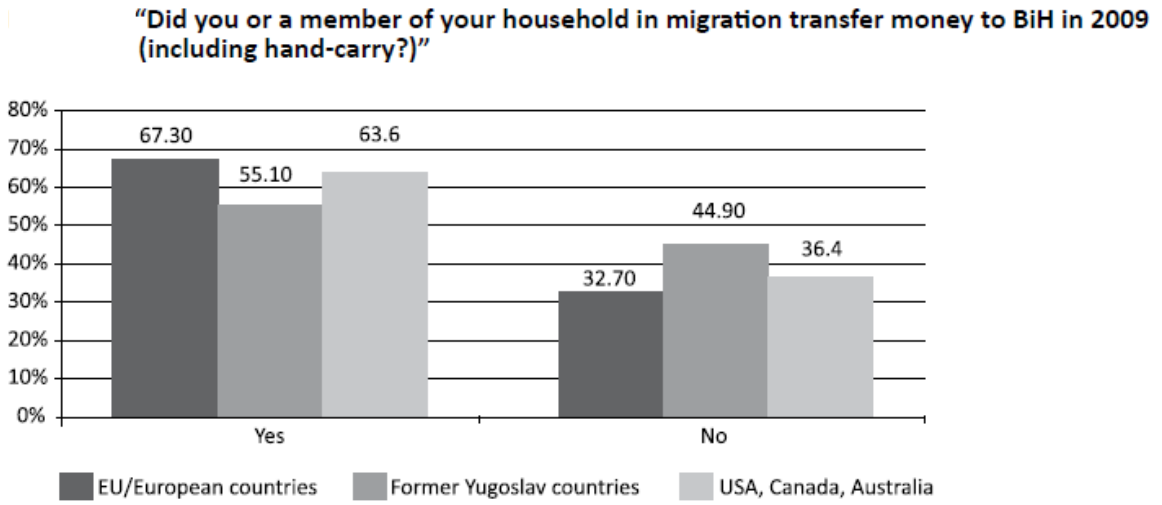


***Abbildung 3: Haben Sie/Haushaltsmitglied 2009 Remittances nach BiH geschickt?***

*Quelle: IOM 2011: 66.*

Bei diesem Unterschied zwischen den Aufnahmeregionen ist das unterschiedlich hohe Einkommensniveau und Sparpotential zu beachten. Das Sparpotential ist proportional zum Haushalteeinkommen in den ex-jugoslawischen Staaten am höchsten, was mit niedrigeren Lebenshaltungskosten verbunden sein mag. In den europäischen Staaten liegt das Sparpotential im Vergleich zum Gesamteinkommen von € 4 105 bei 29,7%, in den Überseeländern ist es mit 28,3% am niedrigsten obwohl das Einkommen mit € 4 138 am höchsten ist. Das Einkommen in ex-jugoslawischen Staaten ist mit € 1 649 am niedrigsten, hingegen ist das Sparpotential mit 31, 8 % am höchsten:

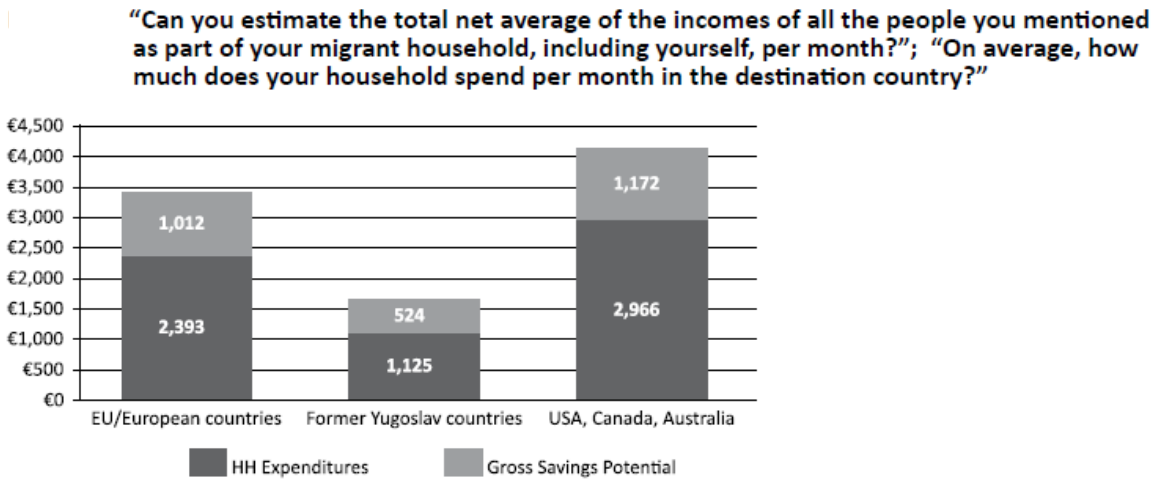


***Abbildung 4: Haushaltseinkommen, Sparausmaß***

*Quelle: IOM 2011: 61.*

Die drei beliebtesten Verwendungszwecke des Ersparten sind Pensionsvorsorge, Haus- oder Wohnungskauf und Ausbildung der Kinder.

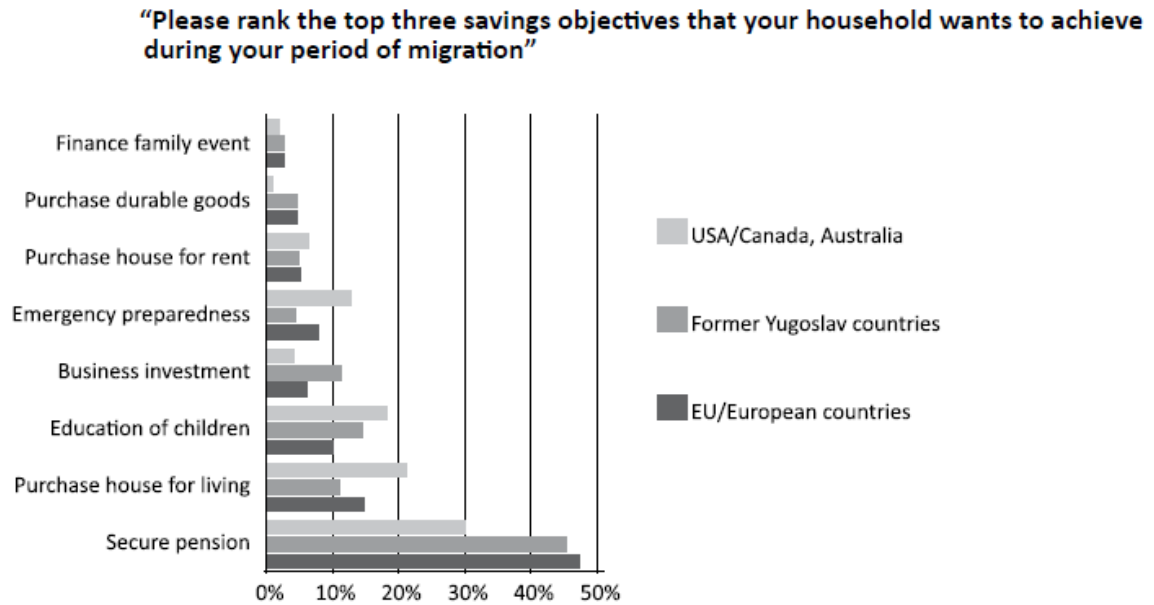


***Abbildung 5: Sparziele während Migrationsphase***

*Quelle: IOM 2011: 62.*

Die Ersparnisse werden fast ausschließlich in den Aufenthaltsländern aufbewahrt:

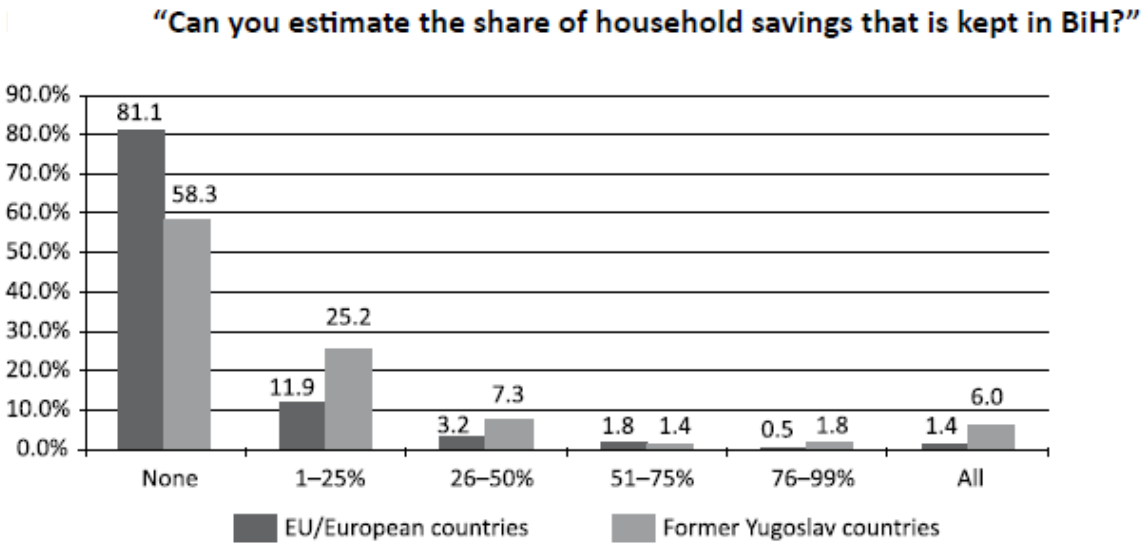


***Abbildung 6: Haushaltsersparnisse aufbewahrt in BiH***

*Quelle: IOM 2011: 65.*

Auffallend ist, dass Die Ersparnisse in Bosnien-Herzegowina bevorzugt bar und zuhause aufbewahrt werden:

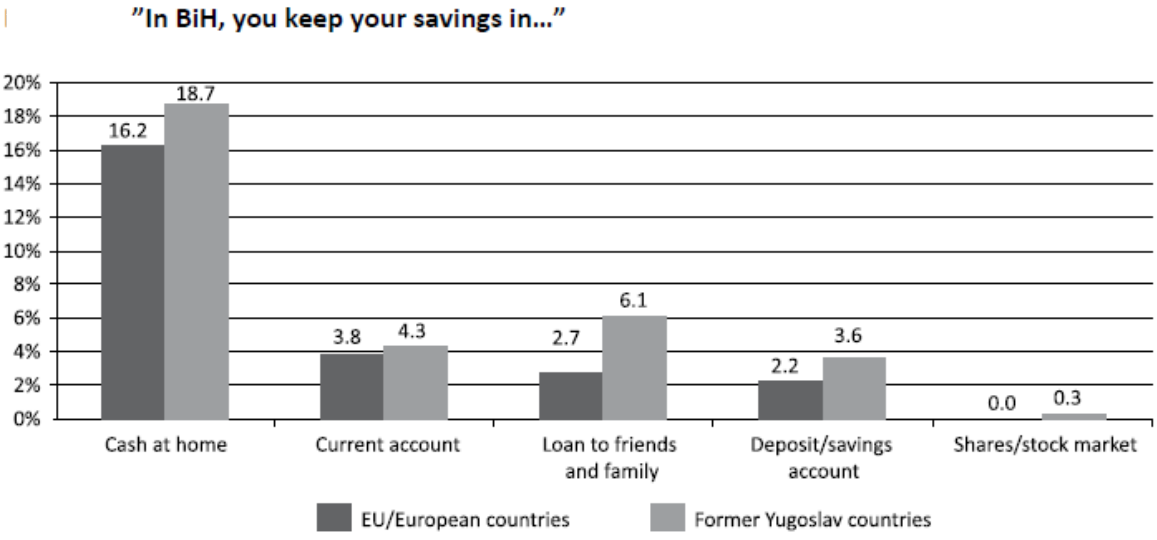


***Abbildung 7: Verwahrung der Ersparnisse in BiH***

*Quelle: IOM 2011: 65.*

Die Aufbewahrungsform in bar spiegelt sich auch im bevorzugten Transferkanal von Remittances - „per Hand“ - wieder:

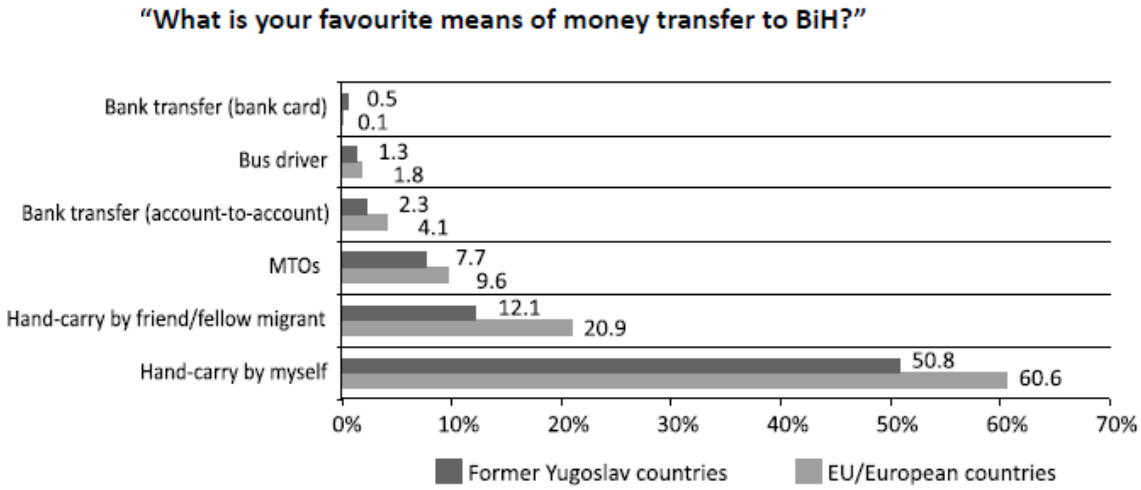


***Abbildung 8: Bevorzugter Transferkanal für Geld nach BiH***

*Quelle: IOM 2011: 69.*

Im Jahr 2009 wurden in absoluten Zahl mit € 3 548 am meisten Remittances aus den Überseeländern geschickt. Aus den europäischen Ländern waren es € 2 819 und den ex-jugoslawischen € 1 211.

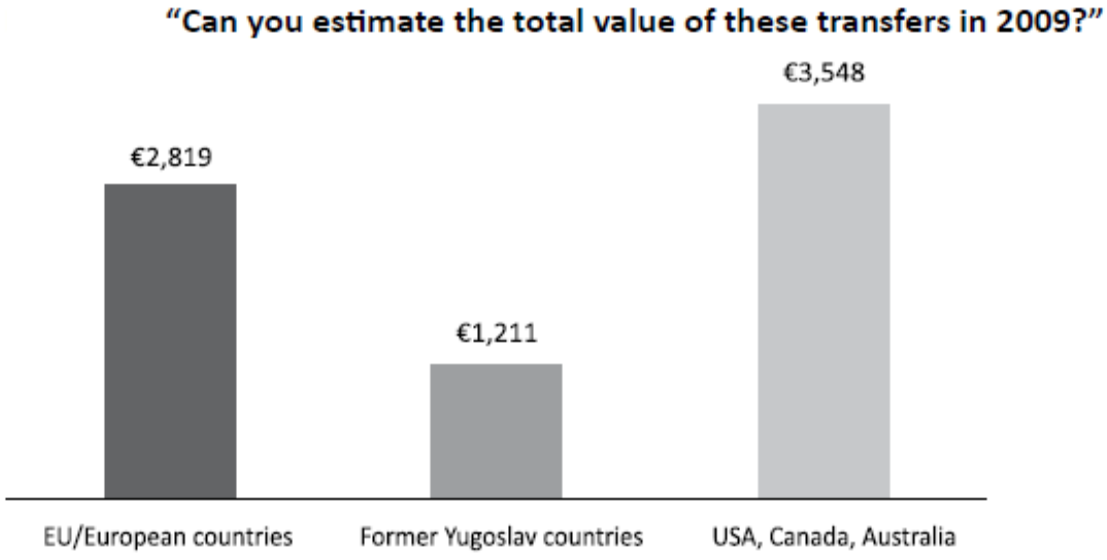


***Abbildung 9: Menge der Remittances nach BiH 2009***

*Quelle: IOM 2011: 67.*

Der verbreitetste Verwendungszweck ist die Unterstützung von Eltern und anderen Familienangehörigen:

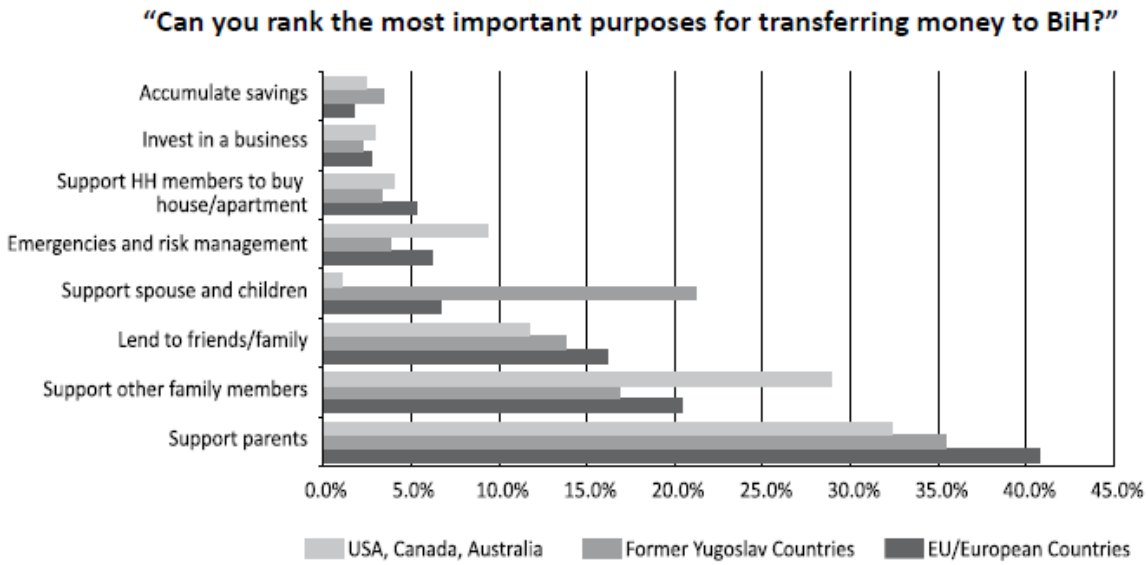


***Abbildung 10: Motive für Remittances nach BiH***

*Quelle: IOM 2011: 66.*

Von den Remittances floss der Großteil in den Konsum:

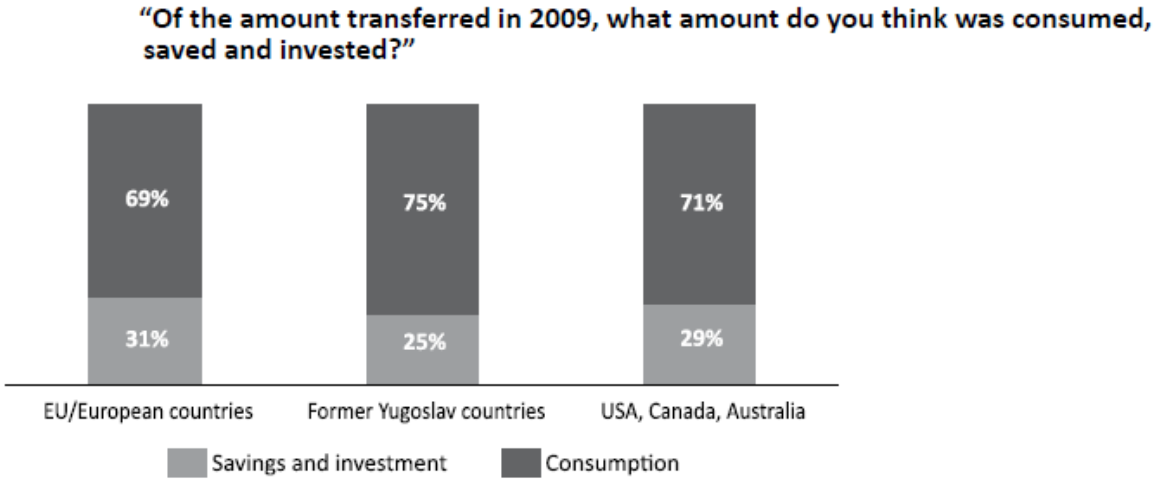


***Abbildung 11: Remittances für Konsum/Sparen***

*Quelle: IOM 2011: 67.*

In dieser Untersuchung gaben 35% der Haushalte an, keine Remittances nach Bosnien-Herzegowina zu transferieren. Fast die Hälfte von ihnen, 46% hält sich in anderen ex-jugoslawischen Staaten auf. Ein wesentlicher Unterschied zu den Haushalten, die Remittances senden ist der geringere Wunsch wieder nach Bosnien-Herzegowina zurückzukehren:

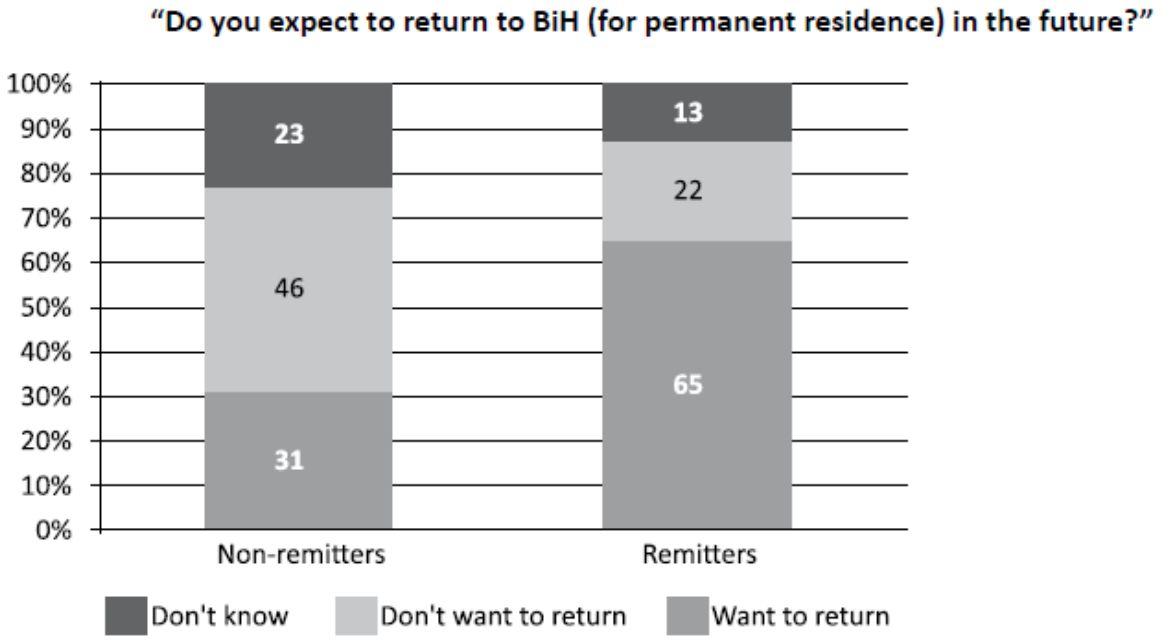


***Abbildung 12: Absicht nach BiH zurückzukehren***

*Quelle: IOM 2011: 71.*

Die beabsichtigten Verwendungszwecke der Ersparnisse im Aufenthaltsland sind bei der Gruppe, die keine Remittances schickt im wesentlichen gleich wie jene bei der Gruppe, die Remittances schickt:

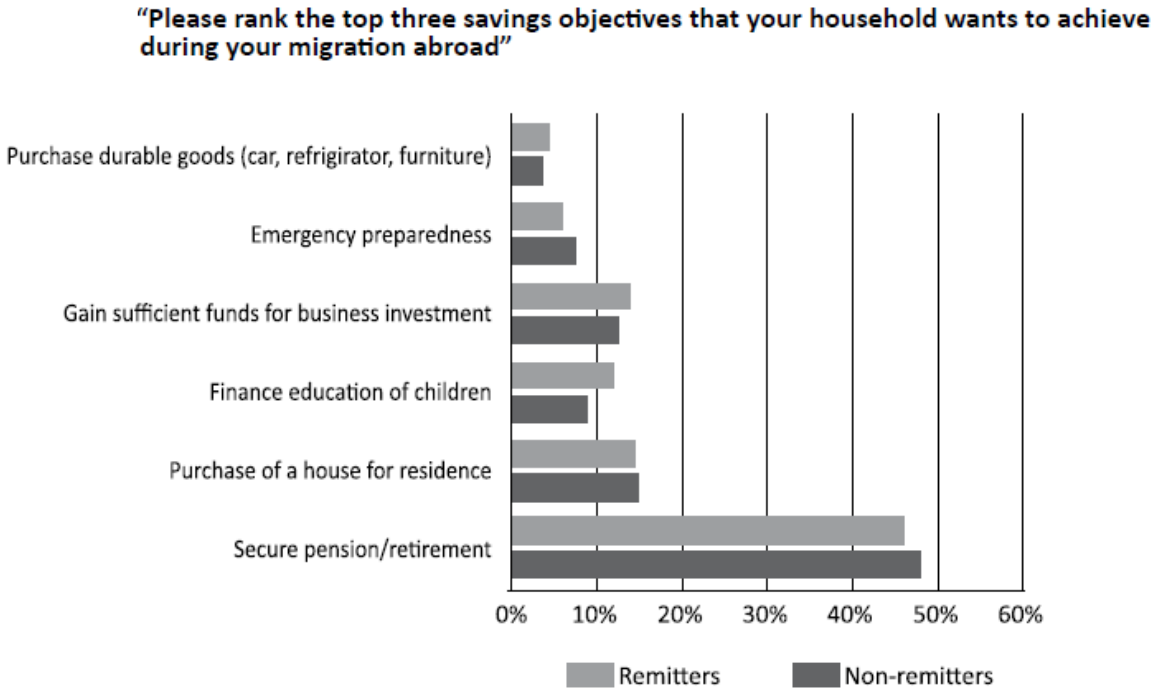


***Abbildung 13: Sparziele im Ausland danach ob Remittances geschickt werden oder nicht***

*Quelle: IOM 2011: 72.*

Remittances werden überwiegend für den Konsum in Bosnien-Herzegowina verwendet. Entsprechend niedrig ist der Anteil der Personen in der Diaspora, die in ein Unternehmen in Bosnien-Herzegowina investiert haben. In der Befragung sprach sich jedoch ein deutlicher höherer Anteil dafür aus, dies in der Zukunft zu tun:

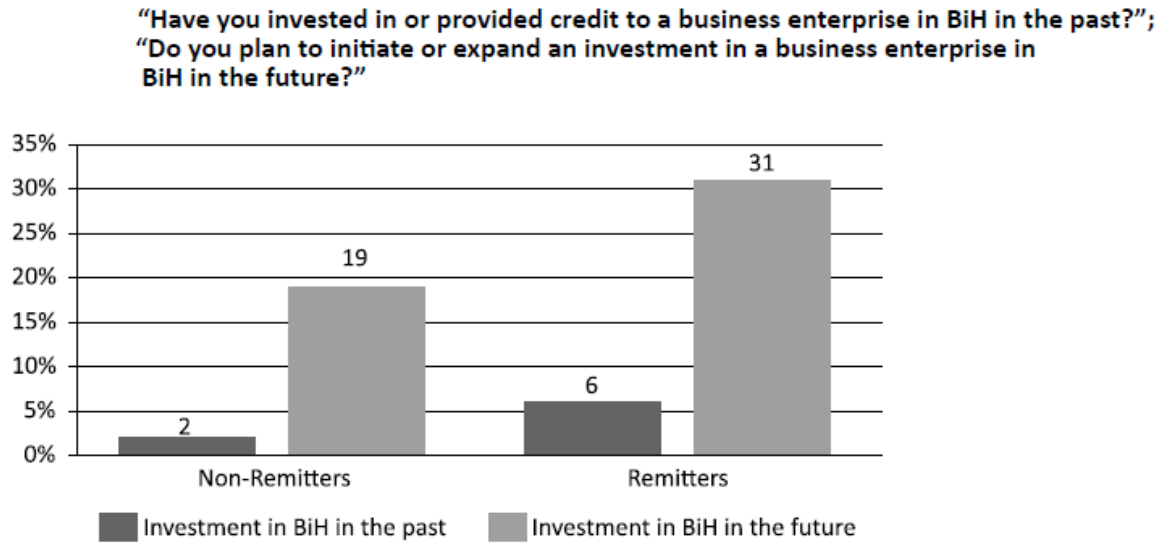


***Abbildung 14: Investitionen in BiH danach ob Remittances geschickt werden oder nicht***

*Quelle: IOM 2011: 72.*

Nach dem Aufnahmeland aufgeschlüsselt ist der Prozentsatz der Haushalte, die investiert hatten oder planen dies zu tun, für die europäischen und ex-jugoslawischen Länder nahezu gleich (21,4% bzw. 21%). Die Ausnahme stellen Migranten/Migrantinnen in den Überseeländern mit 54,6% da (vgl. IOM 2011: 73).

Die Absicht ein eigenes Unternehmen in Bosnien-Herzegowina zu gründen oder ein bestehendes zu expandiere ist zwischen den europäischen (27,9%), ex-jugoslawischen (22,7%) und den Übersee-Ländern (27,3%) relativ ausgeglichen. Dabei sind Einzelhandel und Grundbesitz bevorzugt (vgl. IOM 2011: 74):

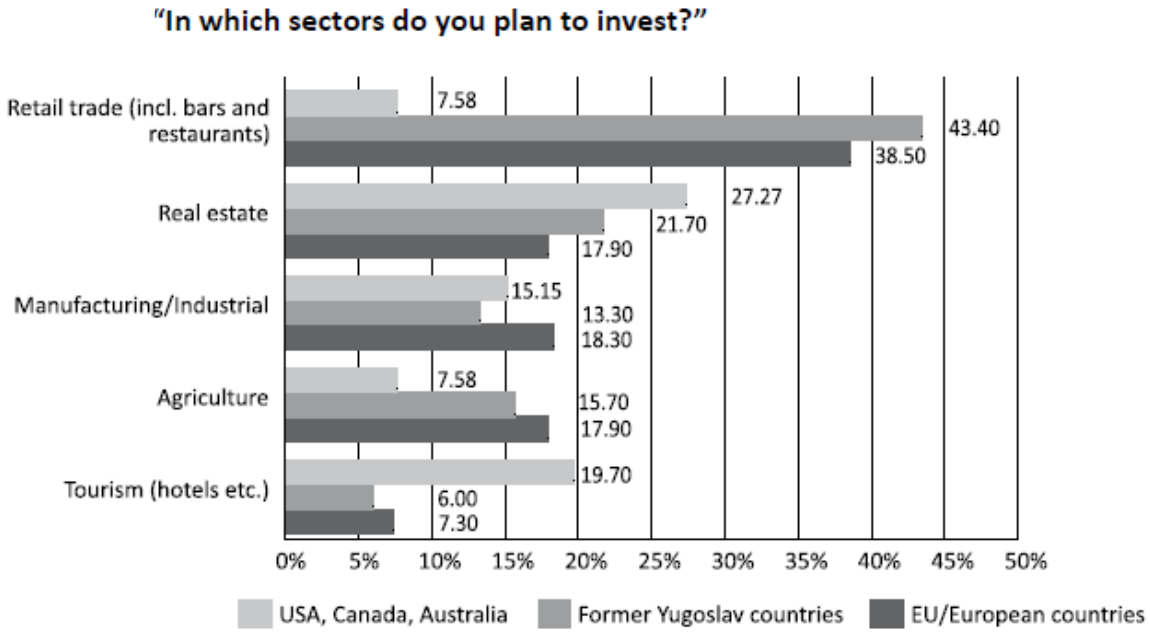


***Abbildung 15: Investitionen nach Sektoren***

*Quelle: IOM 2011: 74.*

Die Absicht ein eigenes Unternehmen in Bosnien-Herzegowina zu gründen oder ein bestehendes zu expandieren ist zwischen den europäischen (27,9%), ex-jugoslawischen (22,7%) und den Übersee-Ländern (27,3%) relativ ausgeglichen. Dabei sind Einzelhandel und Grundbesitz bevorzugt (vgl. IOM 2011: 74).

Investitionen werden bevorzugt individuell oder zusammen mit Familienmitgliedern getätigt:

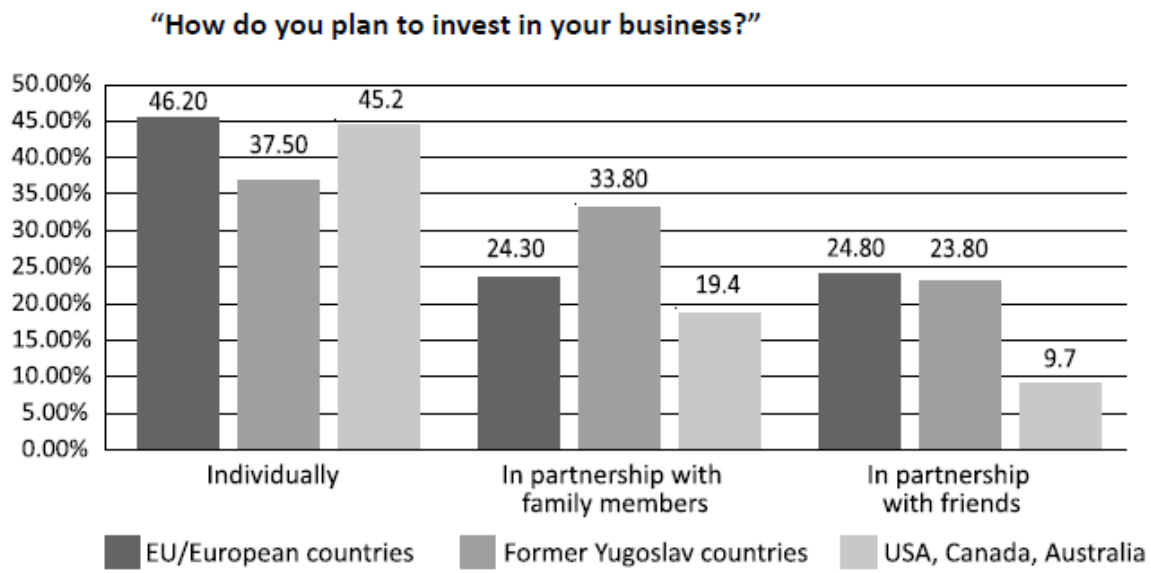


***Abbildung 16: Investitionsform***

*Quelle: IOM 2011: 75.*

Kapital durch Kredite von Banken wird in weniger als 40% erwogen:

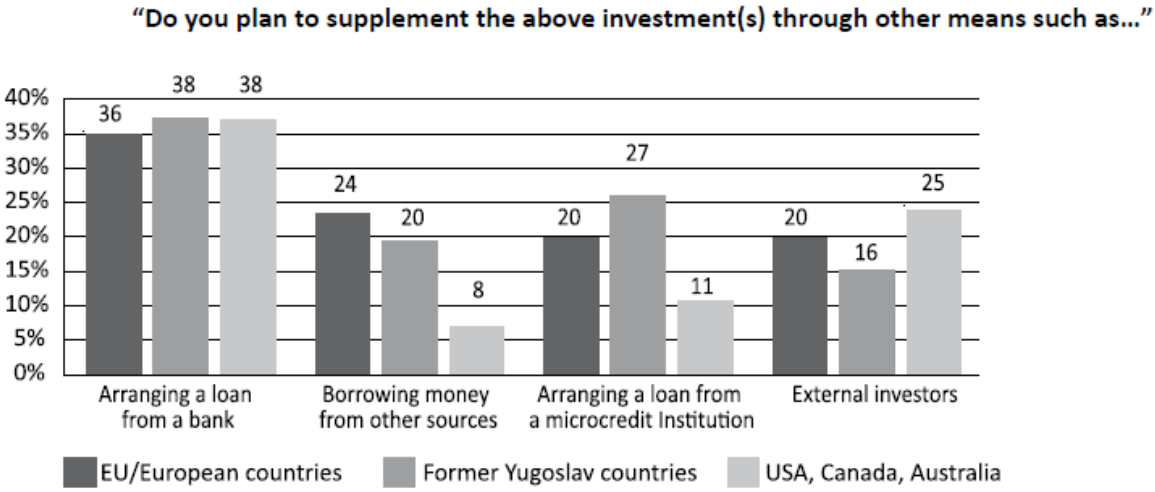


***Abbildung 17: Kapitalquellen für Investitionen***

*Quelle: IOM 2011: 75.*

Ähnlich wie die frühe Generation der Gastarbeiter, die in ihren Heimatgemeinden investiert hat, setzt sich dieser Trend auch heute fort: 95,1% aus den europäischen, 85,7% aus den ex-jugoslawischen und 66,7% aus den Übersee-Ländern beabsichtigen in ihren Herkunftsgemeinden zu investieren. Dabei geben 80,0 % in den europäischen, 92,0% in den ex-jugoslawischen und 90,3% in den Übersee-Ländern an, dass Fähigkeiten und Erfahrungen, die sie in den Aufenthaltsländern erworben haben, ihr Interesse zu investieren beeinflusst haben (vgl. IOM 2011: 76).

Eine Aufteilung nach dem Migrationszeitpunkt zeigt, dass Personen, die nach 1996 emigriert sind, ein leicht höheres Interesse an Investitionen haben:

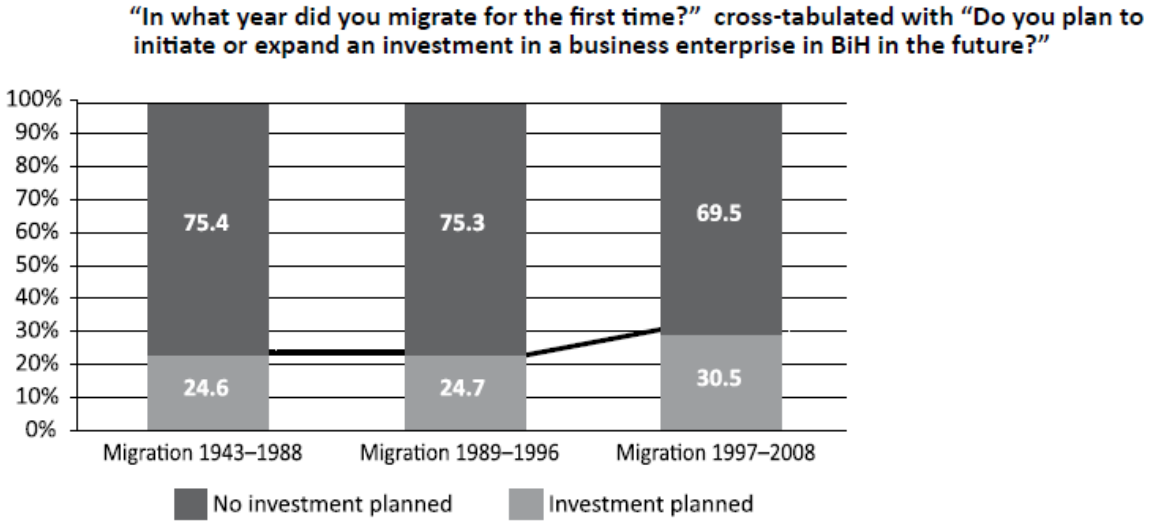


***Abbildung 18: Investitionsabsicht nach Jahr der Emigration***

*Quelle: IOM 2011: 77.*

Das Alter der Personen hat keinen Einfluss auf die Absicht zu investieren hat:

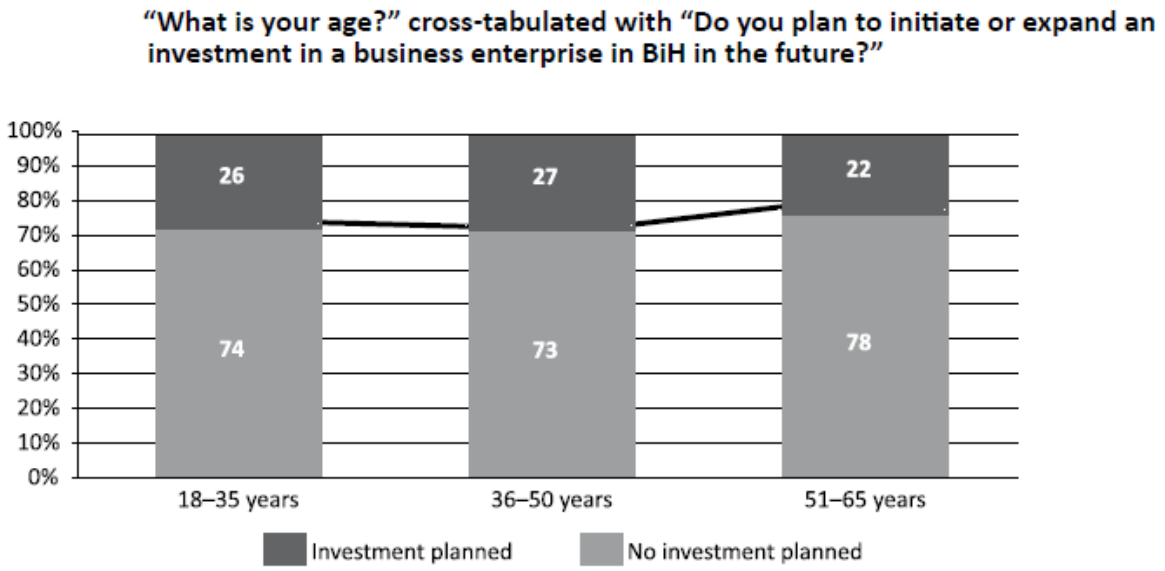


***Abbildung 19: Investitionsabsicht nach Alter***

*Quelle: IOM 2011: 78.*

Im Gegensatz dazu macht das Geschlecht eine merklichen Unterschied aus:

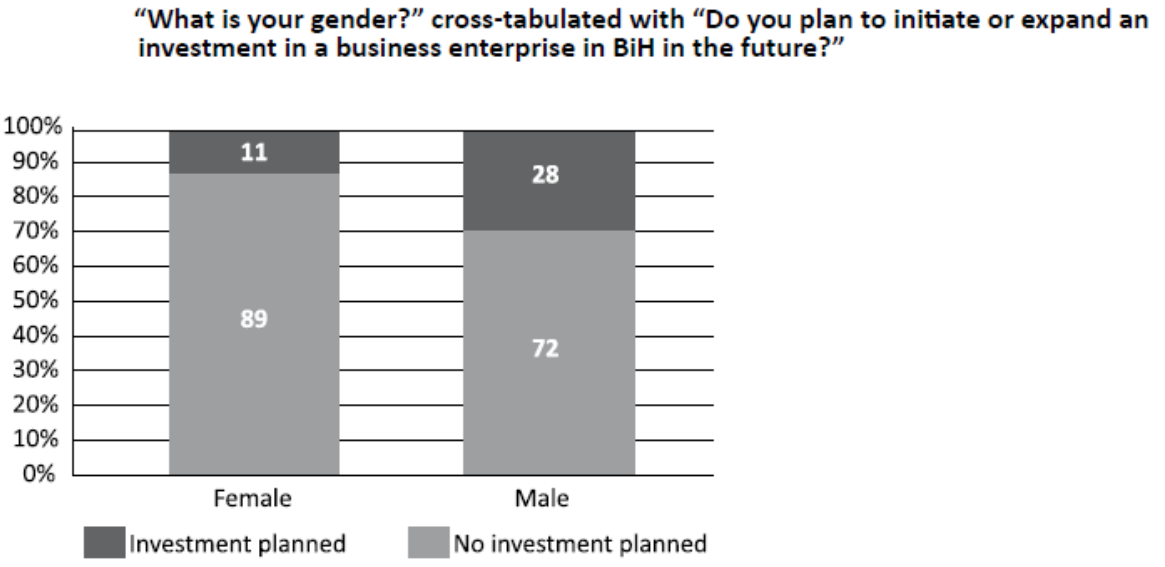


***Abbildung 20: Investitionsinteresse nach Geschlecht***

*Quelle: IOM 2011: 78.*

Es zeigt sich auch, dass mit höherer Ausbildung das Interesse an Investitionen steigt:

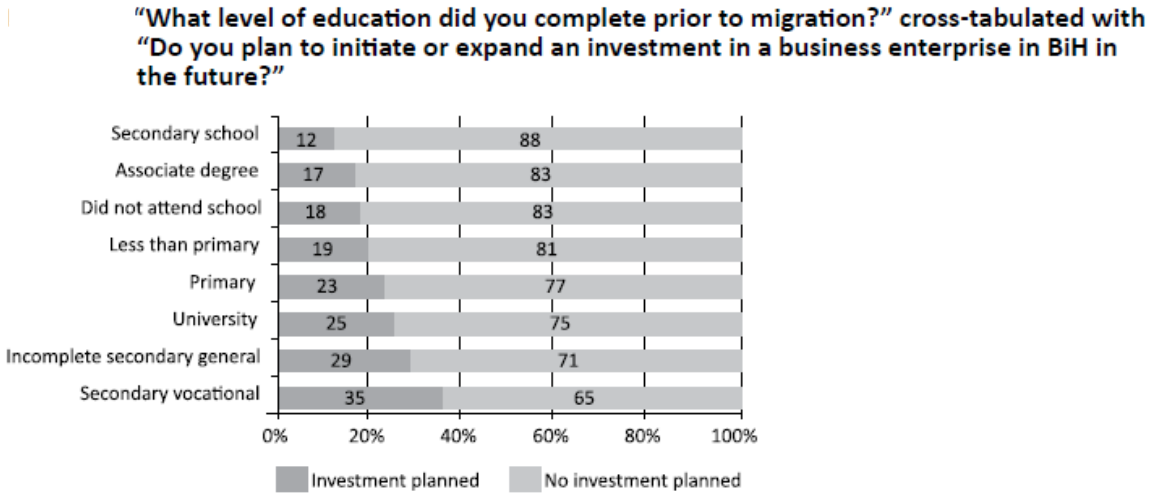


***Abbildung 21: Investitionsabsicht nach Ausbildungsgrad vor Emigration***

*Quelle: IOM 2011: 79.*

Ein weiterer Unterschied zwischen jenen, die Investitionen planen und denen, die das nicht tun, ist, dass fast die Hälfte jener, die keine Investitionen planen (47%), auch keine Remittances schicken (vgl. IMO: 2011: 81).

Vergleicht man Bosnien-Herzegowina mit anderen Ländern in der Region fällt auf, dass Bosnien-Herzegowinas Emigranten/Emigrantinnen relativ weit im Migrationszyklus sind. Sie haben sich zu einem hohen Anteil in den Aufnahmeländern integriert und ihre Familien nachgeholt, was auch zu einem höheren Haushaltseinkommen führt. Dieser liegt bei durchschnittlich € 2 864 wobei es ein starkes Gefälle zu den Emigranten/Emigrantinnen in ex-jugoslawischen Staaten gibt. Im Vergleich zu anderen Ländern, die von der IMO untersucht wurden, ist ein Großteil der Migranten/Migrantinnen aus Bosnien-Herzegowina in Ländern mit höheren Lebenshaltungskosten wie Deutschland, Österreich oder den USA, was die Sparquote, die sich auf Remittances auswirkt, auf durchschnittlich 25% absenkt – im Unterschied zu 31% bis 43% in anderen Ländern (vgl. ebd.: 84f.).

Der größte Teil der finanziellen Remittances fließt in den Konsum in Bosnien-Herzegowina. Nur rund 30% gehen in Investitionen. Dennoch haben sie einen bedeutendes Gewicht für die Wirtschaft Bosnien-Herzegowinas, da viele Haushalte ihren Konsum durch Remittances fi-

nanzieren. Auch für den Staat ist das ein wesentlicher Faktor, da so ein Teil der Armut im Land verringert wird.

Wie auch im Interview mit Konsul Momo Ševarika von der bosnisch-herzegowinischen Botschaft in Wien gesagt wurde, ist die Privatisierung nach Kriegsende und dem Ende der sozialistischen Wirtschaft ohne Einbindung der Diaspora erfolgt. Diese hatte ihrerseits nur bedingtes Interesse in einem Land zu Investieren, dessen wirtschaftliche, politische, und soziale Zukunft ungewiss war. Heute ist die Privatisierung weit vorangeschritten doch können Individuen oder kleine Zusammenschlüsse aus der Diaspora in Konkurrenz zu großen Konzernen aus dem Westen nur schwer Fuß fassen. Diejenigen, die Investitionen getätigt haben bzw. das in der Zukunft vorhaben, tun das im Rahmen von selbstständigem Kleinunternehmertum. Zu bedenken ist, dass mit voranschreitender Integration in den Aufnahmeländern und nachgeholten Familienmitgliedern die Tendenz Remittances zu schicken abnimmt. Insbesondere bei der zweiten und folgenden Generation, die im Ausland geboren sind (vgl. ebd 94; Bezug auf Interview Konsul Ševarika).

## Bedeutung für Bosnien-Herzegowina

Welche Bedeutung die von der Diaspora transferierten Gelder für Bosnien-Herzegowina und die Wirtschaft des Landes haben, kann aus folgenden Daten herausgelesen werden:

| Jahr | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| US$ Mio. | 1 749 | 2 072 | 2 043 | 2 157 | 2 700 | 2 735 | 2 167 | 2 228 |

***Tabelle 13: Remittances nach BiH 2003-2010***

*Quelle: Wwltbank 2011.*

Mit US$ 2 228 Mio. erreichen Remittances 12,8 % des BIP Bosnien-Herzegowinas (vgl. Weltbank 2011). Eine Erhebung der Österreichischen Entwicklungsbank hat ergeben, dass 20,1% der Haushalte in Bosnien-Herzegowina mit Angehörige im Ausland, keine Remittances erhalten. Demzufolge empfangen nahezu 80% der Haushalte in Bosnien-Herzegowina mit Angehörigen im Ausland Remittances. In 2008 lag das Ausmaß der Geldüberweisungen durch-

schnittlich bei KM 378 pro Monat pro Empfänger-Haushalt (Konvertibile Mark) (KM 4 530 im Jahr) (vgl. IOM 2011: 112). Das durchschnittliche Monatslohn betrug 2010 KM 798 (vgl. Germany Trade & Invest 2011). Das bedeutet, dass ein Empfänger-Haushalt im Monat 47,4% eines Durchschnittlichen Lohns in Form von Remittances erhält.

Remittances in Bosnien-Herzegowina fallen auch im Vergleich zum Import/Export des Landes ins Gewicht: 2010 belief sich das Importvolumen auf € 6 962 Mio., das Exportvolumen auf € 3 628, die Remittances lagen bei US$ 2 228 (auf eine Umrechnung in eine einheitliche Währung wird aufgrund schwankender Wechselkurse verzichtet). Auch von einem starken €-Kurs ausgehend, ist das Verhältnis Import/Export und Remittances beträchtlich (vgl. ebd.).

Ähnlich ist das Ergebnis, wenn ausländische Direktinvestitionen mit den Remittances verglichen werden: 2010 lagen die Direktinvestitionen bei € 4 880 Mio., „nur" leicht mehr als das Doppelte der Remittances (vgl. ebd.).

### 3.4.2 Soziale Remittances

Unter sozialen Remittances können auch die Informationen zu Migrationsmöglichkeiten und über die aufgebauten Netzwerte zusammengefasst werden. Der Transfer dieses Wissens und welche Perspektiven im Ausland bestehen eine Hilfestellung zu finden, sind mit ein Grund für den hohen Anteil der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung im Ausland und das dieser Trend weiter anhält. Die Weltbank nennt für das Jahr 2010 die Zahl von 1 461 000 bosnisch-herzegowinische Bürgern/Bürgerinnen, die außerhalb Bosnien-Herzegowinas leben. Das entspricht 38,9% der Gesamtbevölkerung. Eine Studie von Oxford Research International für das UNDP hat erhoben, dass 38,5% der Befragten Bosnien-Herzegowina verlassen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Bei der Gruppe der unter 30jährigen liegt diese Zahl bei 65% - nahezu zwei Drittel (vgl. Oxford International Research 2009).

Soziale Remittances lassen sich naturgemäß viel schwerer erfassen als finanzielle. Jedoch lassen sich aus der Zusammensetzung der Diaspora Rückschlüsse ziehen. So liegt das Durchschnittsalter der Diaspora in den USA bei 30 Jahren und in der EU bei 41 Jahren. Es handelt sich also um eine altersmäßig junge Diaspora, die in ihren wirtschaftlich gesehen produktivsten Jahren ist. Hinzu kommt, dass sie gut ausgebildet ist. Etwa 35% der Personen in den USA haben eine höhere Ausbildung, in den skandinavischen Ländern liegt diese Zahl bei rund 25%

während sie in Slowenien, Deutschland, Österreich und der Schweiz mit rund 5% am niedrigsten ausfällt (vgl. Tihić-Kadrić 2011). Zahlen der Weltbank für das Jahr 2010 sprechen von 23,9% mit tertiärer Ausbildung und 11,1% Ärzten/Ärztinnen. Damit ist Bosnien-Herzegowina eines der Länder mit hoch ausgebildeten Emigranten/Migrantinnen der Welt (vgl. Weltbank 2011).

Die vergleichsweise geringen Investitionen der Diaspora in Bosnien-Herzegowina sind ein Indikator, dass soziales Kapital nur bedingt in die Wirtschaft durch die Diaspora eingebracht wird. Um den Kontakt zu insbesondere den Jungen und gut Ausgebildeten in der Diaspora aufrecht zu erhalten, unterhält das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge mit einer eigenen Abteilung für Diaspora Programme diesbezüglich. Es wird der Prozess des Wissensaustausches durch Organisationen mit und in der Diaspora gefördert. Einige davon sind in staatliche Institutionen implementiert. Es wird auch der Informationsaustausch zwischen den Organisationen in der Diaspora unterstützt. Für Studierende bosnisch-herzegowinischer Herkunft im Ausland gibt es ein Internship-Programm bei staatlichen Institutionen. Ferner gibt es Bemühungen weitere Anreize für Investitionen zu schaffen und Unterstützung für Rückkehrer/Rückkehrerinnen zu leisten (vgl. Tihić-Kadrić 2011).

Die Regierung verfolgt eine Strategie der Einbindung der Diaspora für die Entwicklung des Humankapitals. Experten/Expertinnen und Unternehmer/Unternehmerinnen werden angelockt. Bosnisch-herzegowinische Institutionen bauen Netzwerke mit Institutionen im Ausland, in denen ein hoher Anteil von Experten/Expertinnen aus Bosnien-Herzegowina arbeitet. Institutionen arbeiten mit Beratern und „Mentoren“ aus der Diaspora zusammen. Eine adäquate rechtliche Basis für die Beschäftigung von Wissenschaftern/Wissenschafterinnen und Experten/Expertinnen wird geschaffen – ebenfalls mit Vortragenden aus der Diaspora, die online lehren und die Ausbildung in Bosnien-Herzegowina unterstützen sollen. Gleichzeitig gibt es aber auch mangelndes Bewusstsein in der Politik und bei internationalen Organisationen für das Potential der Diaspora für Bosnien-Herzegowina – beispielsweise im EU-Beitrittsprozess (vgl. Tihić-Kadrić).

Daneben gibt es auch eine bewusstes Ignorieren der Diaspora im politischen Bereich durch die Politik. Ein großer Teil der Diaspora hat unabhängig davon, dass sie die Staatsbürgerschaft der Aufenthaltsländer angenommen hat weiterhin die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgerschaft und damit auch das Wahlrecht. Jedoch ist die Diaspora bei Wahlen prak-

tisch bedeutungslos und es gibt nur wenig Bemühungen das zu ändern. Bei 1 461 000 Personen, die sich im Ausland befindet hat auch nur ein Bruchteil von ihnen Einfluss auf das Wahlergebnis. Diese Personen in die Wahlen aktiv hineinzuholen würde aber einen Unsicherheitsfaktor bedeuten, der die bestehende (festgefahrene) politische Landschaft in Bewegung setzten kann, und das ist nicht im Interesse aller Politiker (Interview Konsul Ševarika).

Hinzu kommt, dass die bosnisch-herzegowinische Diapsora auch im Ausland eine gewisse ethnische Trennung nach den Volksgruppen aufrecht erhält. Damit ist es schwieriger die Bemühungen zur Einbindung der Diaspora zu bündeln, da es viele Ansprechpartner gibt (Interview Konsul Ševarika).

# 4 Zusammenfassung

Zu Beginn wurden die Theorien der Migration behandelt. Durch die Betrachtung der globalen Migrationsbewegungen wurde eine Weiterentwicklung bis zu transnationalen Ansätzen betrieben. Diesen wird mehr Erklärungspotential für aktuelle Migration zugesprochen, insbesondere für das Leben von Migranten/Migrantinnen in einer globalisierten Welt.

Es wurde dargelegt, aus welchen Gründen im Fall der Migranten/Migrantinnen aus Bosnien-Herzegowina auch im engeren Bedeutungsgehalt des Begriffs von Diaspora gesprochen werden kann.

Bei einer geringen Zahl von Personen, die im Zuge des 2. Weltkriegs und in den ersten Jahren nach dessen Ende aus dem zu Jugoslawien gehörenden Bosnien-Herzegowina auswanderten, waren es Furcht vor politischer Verfolgung, die sie die Entscheidung zu emigrieren fällen ließ. Das gleiche gilt auch für einen kleinen Personenkreis in den ersten Jahre des Jugoslawiens unter Tito.

Die starken Push-Faktoren in den 1960er Jahren sind Motive, die weniger für eine unfreiwillige Emigration sprechen. Die Auswanderer/Auswanderinnen dieser Phase waren auch aus emanzipatorischen und abenteuerlichen Gründen an einer Auswanderung interessiert. Dass der größte Teil der Menschen, die ab Mitte der 1960er Jugoslawien und auch Bosnien-Herzegowina verließ, aus wirtschaftlicher Notwendigkeit emigrierte hält den Daten nur bedingt stand. Zwar sind über 50% aus Arbeitslosigkeit heraus als Gastarbeiter/Gastarbeiterinnen in westeuropäische Staaten gegangen, rund 40% hatten aber bereits eine Arbeit vor der Auswanderung. Es lässt sich argumentieren, dass diese Personen aufgrund der höheren Löhne im Ausland ausgewandert sind, ohne andere Gründe für das Verlassen des Landes gehabt zu haben. Das spiegelt sich in ihre Absicht der Emigranten/Emigrantinnen wieder, nach Erreichen eines bestimmten Sparziels oder der Pensionierung zurückzukehren.

Spätestens die Migrationswelle der 1990er Jahre, verursacht durch den Zerfall Jugoslawiens und dem Krieg in Bosnien-Herzegowina stellt eine typische Diaspora dar. Wer Jugoslawien verließ konnte nach Kriegsende in kein Jugoslawien mehr zurückkehren – es gab keines mehr (vom „Rest-Jugoslawien“, das bis 2003 aus Serbien und Montenegro weiterbestand, abgesehen). Wer nach Bosnier-Herzegowina zurückkehren wollte, sah sich über einige Jahre weniger einer Nachkriegssituation als einer Situation des Waffenstillstands gegenüber. Das ist

mitunter ein Grund, warum die Emigration aus Bosnien-Herzegowina auch nach Kriegsende andauerte und weiterhin andauert und sich Migration entlang des Migrationsnetzwerkes der Diaspora fortsetzt.

Die Menschen in der Diaspora sind zum größten Teil noch die erste Generation, d.h. sie sind selbst emigriert. Kulturell und insbesondere sprachlich sind sie noch mit ihrem Herkunftsland verbunden. Nicht wenige haben weiterhin die Absicht zurückzukehren. Ihre Nachkommen sind teilweise im Aufenthaltsland geboren und haben dessen Staatsbürgerschaft. Ihre Bindung zu Bosnien-Herzegowina ist eine andere, sie ist eine, die sich von ihren Eltern ableitet.

An diesem Punkt hat sich auch gezeigt, dass Staatsbürgschaft kein ausreichendes Kriterium für die Bindung zu einem Land ist. Von Mehrfachstaatsbürgerschaften abgesehen haben viele die bosnisch-herzegowinische Staatsbürgschaft abgelegt ohne dass das an ihrer Bindung etwas verändert hat bzw. die Staatsbürgerschaft anderer Länder angenommen, ohne die bosnisch-herzegowinische abzulegen. Diese Bindung ist vielmehr eine emotionale, was sie umso schwieriger erfass- und messbar macht.

Es besteht nicht nur ein Interesse seitens der Diaspora an Bosnien-Herzegowina, sondern auch ein Interesse des Staats an „seinen Bürgern/Bürgerinnen“ im Ausland. Die Gelder, die sie aus der Diaspora an ihre Angehörigen in Bosnien-Herzegowina schicken, fördern den Konsum und damit auch die Wirtschaft. Gleichzeitig wird damit auch die Armut im Land verringert, was wiederum das soziale Netz des Staates entlastet, das trotzdem vor der Herausforderung steht auch den reduzierten „Bedarf“ an sozialer Absicherung aufzufangen.

In der Privatisierungsphase wurde die Diaspora vernachlässigt. Unternehmen gingen zu einem Teil an inländische Bieter, ein anderer Teil, zu dem fast zur Gänze der Bankensektor gehört, wurde an Großunternehmen aus dem Ausland verkauft, die diese Gelegenheit zur Expansion in die neuen Märkte im Osten nutzten. Die Möglichkeit Kapital aus der Diaspora zu nutzen und einen Teil der Diaspora wieder nach Bosnien-Herzegowina zu holen blieb und bleibt ungenutzt. Auch heute ist nur ein Bruchteil der Menschen bosnisch-herzegowinischer Herkunft im Ausland bereit Investitionen in Bosnien-Herzegowina zu tätigen. Die Mehrheit nutzt ihr Kapital um Angehörige zu unterstützen sowie für den eigenen Konsum in Bosnien-Herzegowina, beispielsweise den (Aus-)Bau/Renovierung des Eigenheimes in der „alten Heimat“.

Obwohl dieser Geldfluss einen positiven Effekt für die Wirtschaft hat, in dem die Nachfrage Produktion und Handel ankurbelt, habt diese Form von Investitionen nur einen kurzzeitigen Effekt. Hinzu kommt, dass sie oftmals in Gebieten erfolgt, die keine kurz- oder mittelfristige Perspektive auf einen wirtschaftlichen Aufschwung haben. Betriebe werden von der Diaspora bzw. Rückkehrern überwiegend als selbstständige Kleinstunternehmen gegründet und das in Bereichen, in denen das Angebot die Nachfrage weit übersteigen würde bzw. der Bedarf ohnehin schon gedeckt ist. Dadurch wird einmal mehr der Status Quo bedient, während Investitionen in anderen Bereichen ausbleiben.

Natürlich findet nicht nur ein finanzieller Transfer statt. Bosnien-Herzegowina ist von globalen Prozessen nicht ausgeschlossen, seine Lage in Europa und das Bemühen der EU um einen Beitritt Bosnien-Herzegowinas bereiten ohnehin eine Weg für einen Transfer von Wissen, Technologien und Kompetenzen aus der Diaspora nach Bosnien-Herzegowina. Da dieser Transfer zu diesen Prozessen parallel abläuft, ist die Erfassung dieser sozialen Remittances schwerer als die des Geldes. Doch Bosnien-Herzegowina hat in diesem Bereich das Potential, das in der Diaspora liegt, erkannt. Immerhin handelt es sich dabei um fast 40% der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung (nicht völlig abhängig von Staatsbürgerschaft!). Die Diaspora zeichnet sich durch einen hohen Anteil an gut ausgebildeten und jungen Menschen aus. Der Staat ist bemüht diese für die Entwicklung Bosnien-Herzegowinas zu gewinnen. Mehrere Programme mit dem Ziel des Wissensaustausches werden auf staatlicher Ebene unterhalten. Man will die Ressourcen nutzen und das Interesse in der Diaspora für Bosnien-Herzegowina wach zu halten bzw. zu wecken.

Beachtenswert ist, dass ein großer Teil der Diaspora nach wie vor das Wahlrecht in Bosnien-Herzegowina hat. Es mag sein dass Parteien und Wahlkämpfe mit Geldern aus der Diaspora mitfinanziert werden, doch beschränkt sich dieses Mitwirken auf den finanzielle Aspekt. Eine politische Mitgestaltung der Diaspora in Bosnien-Herzegowina bzw. deren Einbindung in Wahlen ist nahezu nicht vorhanden. Das mag auch an einem Desinteresse der Menschen an der Politik liegen, was aber kein Spezifikum Bosnien-Herzegowinas wäre. Die Politik in Bosnien-Herzegowina, das Staatsgefüge und seine Institutionen sind eng verbunden mit ethnischen Trennlinien, die mit dem Friedensvertrag von Dayton festgeschrieben wurden. Diese Trennung wird in der Diaspora im Ausland sowohl aufgelockert als auch weiter gepflegt. Im Alltag geht die Trennung in Bosniaken, Kroaten und Serben unter, bei der Organisation in kulturellen Vereinen ist sie nach wie vor deutlich sichtbar. Diese Trennung ist auch eine Erschwernis

für die Beziehung Bosnien-Herzegowina mit der Diaspora, das es mehr als einen Ansprechpartner gibt.

Deutlich zu Tage treten diese Trennlinien, wenn es um muttersprachlichen Unterricht geht. Was zuvor Serbo-Kroatisch war wurde nach dem Krieg als Bosnisch, Kroatisch und Serbisch, also drei Sprachen, politisch konstituiert. Zweifelsohne sind die Grenzen zwischen ihnen keine Frage der sprachlichen Verständigung, doch werden die Kinder von Bosniaken/Bosniakinnen bosnischen, bosnischer Kroaten/Kroatinnen kroatischen und die Kinder von bosnischen Serben/Serbinnen serbischen Sprachunterricht in Anspruch nehmen.

Kurz Zusammenfassend lassen sich die Forschungsfragen dieser Arbeit wie folgt beantworten:

*Wer ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora?*

Diese Diaspora setzt sich aus den Menschen zusammen, die Bosnien-Herzegowina verlassen haben. Ihre Zahl beträgt heute rund 1 461 000, dazu kommt noch eine unbekannte Zahl von Personen, die keine Staatsbürgerschaft Bosnien-Herzegowinas mehr besitzen und dadurch kaum statistisch erfassbar sind, aber einen Bezug zu Bosnien-Herzegowina haben („fühlen“) bzw. sich selber als Diaspora ansehen.

*Wie wurden diese Menschen zur Diaspora?*

Die Gründe der Menschen aus Bosnien-Herzegowina auszuwandern, waren ökonomische Interessen, Arbeitslosigkeit und kriegsbedingte Vertreibung. Armut und Perspektivlosigkeit im Land sind heute die überwiegenden Gründe für Emigration aus Bosnien-Herzegowina. Ein kleiner Teil wandert im Rahmen von Familienzusammenführung aus.

*Wo ist die Diaspora?*

Die bosnisch-herzegowinische Diaspora erstreckt sich über den ganzen Globus. Eine größere Anzahl befindet sich in Kanada und den USA, in Europa und in Australien.

*Schickt die Diaspora Remittances nach Bosnien-Herzegowina und wenn ja, welche Bedeutung hat diese für den Staat und die Wirtschaft?*

Ja, es werden Remittances von der Diaspora nach Bosnien-Herzegowina geschickt. Die finanziellen Rücküberweisungen beliefen sich im Jahr 2010 auf US$ 2 228 Mio. und entsprechen 12,9% des BIP Bosnien-Herzegowinas. 80% der bosnisch-herzegowinischen Haushalte mit Angehörigen im Ausland empfangen Remittances und wenden diese für Lebenshaltung auf, was zur Reduktion der Armut im Land beiträgt. Ein solcher Haushalt empfängt monatlich rund 47,4% des durchschnittlichen Nettomonatsgehalts in Bosnien-Herzegowina an Remittances. Rücküberweisungen von US$ 2 228 Mio. stehen € 6 961,9 Mio. Importvolumen, € 3 627,9 Exportvolumen und € 4 880 Mio. ausländischen Direktinvestitionen gegenüber.

# 5 Literaturverzeichnis

**Al-Ali, Nadje (2002):** Gender Relations, Transnational Ties And Rituals Among Bosnian Refugees; in: Global Networks, 2 (3), S. 249-262.

**Bade, Klaus J. (u.a.) (Hgs.) (2011):** The Encyclopedia of Migration and Minorities in Europe. From the 17th Century to The Present; Cambridge (u.a.): Cambridge University Press.

**Bakondy, Vida (2010):** Bitte um 4 bis 5 türkische Maurer. Eine Analyse von Anwerbeakten der österreichischen Wirtschaftskammer; in: Bakondy, Vida (u.a.) (Hgs.): Viel Glück! Migration heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul; Wien: Mandelbaum; S. 68-79.

**Baletić, Zvonimir/Baučić, Ivo (1979):** Population, Labour Force and Employment in Yugoslavia 1950 – 1990; Forschungsberichte Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergeliche beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Nr. 54, Wien.

**Baučić, Ivo (1972):** The Effects of Emigration from Yugoslavia And The Problems of Returning Emigrant Workers; Den Haag: Martinus Nijhoff.

**Black, Richard/Gent, Saskia (2006):** Sustainable Return in Post-Conflict Contexts; in: International Migration, 44 (3), S. 15-38.

**Bliesemann de Guevara, Berit (2009):** Staatlichkeit in Zeiten des Statebuilding. Intervention und Herrschaft in Bosnien und Herzegowina; Frankfurt/Main: Peter Lang.

**Bobeva, Daniela (2005):** Turning Remittances into Investments; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 297-315.

**Castles, Stephen (2006):** Guestworkers in Europe: A Resurrection?; in: International Migration Review, 40 (4), S. 741-766.

**Castles, Stephen/Miller, Mark J. (2009):** The Age of Migration. International Population Movements in The Modern World; 4. erw. Aufl., Basingstoke (u.a.): Palgrave Macmillan.

**Croegaert, Ana (2011):** Who Has Time for Ćeijf? Postsocialist Migration And Slow Coffee in Neoliberal Chicago; in: American Anthropologist, 113 (3), S. 463-477.

**Denis, Olivier (2005):** The MoneySend and MasterCard™ Services; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 135-138.

**Düvell, Franck (2006):** Europäische und internationale Migration; Hamburg: LIT.

**Eastmond, Martina (2006):** Transnational Returns And Reconstruction in Post-War Bosnia And Herzegovina; in: International Migration, 44 (3), S. 141-166.

**Eken, Sena (2005):** Macroeconomic Impact of Remittances; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 193-196.

**Faist, Thomas (2004):** The Border-Crossing Expansion of Social Space: Concepts, Questions and Topics; in: Faist, Thomas/Özveren, Eyüp (Hgs.): Transnational Social Spaces. Agents, Networks And Institutions; Aldershot (u.a.): Ashgate, S. 1-34.

**Faist, Thomas (2007):** Dual Citizenship in Europe. From Nationhood to Societal Integration; Aldershot: Ashgate.

**Fassmann, Heinz (2003):** Transnationale Mobilität. Konzeption und Fallbeispiel; in: SWS-Rundschau, 43 (4), 429-449.

**Fellahi, Khalid/de Lima, Susana (2005):** Western Union And The World Market for Remittances; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 123-134.

**Glick-Schiller, Nina/Basch, Linda (1995):** From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration; in: Anthropological Quarterly, 68 (1), S. 48-64.

**Goeke, Pascal (2007):** Transnationale Migrationen. Post-jugoslawische Biografien in der Weltgesellschaft; Bielefeld: Transcript.

**Held, David (u.a.) (1999):** Global Transformations. Politics, Economics And Culture; Cambridge: Polity Press.

**IOM (2009):** Labour Migration Policies And Migration Propensity in The Western Balkans; Budapest.

**IOM (2011):** Maximizing The Impact of Migration-Related Financial Flows and Investment to Bosnia and Herzegovina; Genf.

**Ivanović, Vladimir (2010):** Durch Ersparnisse zum Arbeitsplatz. Investitionen der Gastarbajteri in die Wirtschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien; in: Bakondy, Vida (u.a.) (Hgs.): Viel Glück! Migration heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul; Wien: Mandelbaum; S. 90-101.

**Jansen, Stef (2011):** Refuchess: Locating Bosniac Repartiates After The War in Bosnia-Herzegovina; in: Population, Space And Place, 17 (2), S. 140-152.

**Joppke, Christian (Hg.) (1998):** Challenge to The Nation-State: Immigration in Western Europe; Chicago: University of Chicago Press.

**Kaldor, Mary (1999):** Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung; Frankfurt/Main: Suhrkamp.

**Kibreab, Gaim (2003):** Citizenship Rights And Repartiation of Refugees; in: International Migration Review, 37 (1), S. 24-73.

**Kofman, Eleonore (2005):** Citizenship, Migration and The Reassertion of National Identity; in: Citizenship Studies, 9 (5), S. 453-467.

**Levitt, Peggy (1998):** Social Remittances: Migration Driven Local-Level Forms of Cultural Diffusion; in: International Migration Review, 32 (4), S. 926-948.

**Levitt, Peggy/Glick-Schiller, Nina (2004):** Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Perspective on Society; in: International Migration Review, 38 (3), S. 1002-1039.

**Massey, Douglas S. (et al.) (1998):** Worlds in Motion. Understanding International Migration at The End of The Millennium; Oxford: Clarendon Press.

**Neweklowsky, Gerhard (1996):** Die bosnisch-herzegowinischen Muslime. Geschichte, Bräuche, Alltagskultur; Reihe österreichisch-bosnische Beziehungen Bd. 1; Klagenfurt/Salzburg: Wieser.

**OSCE (1997):** The Relationship Between Large-Scale Forced Migration And The Electoral Process. The Case of Bosnia And Herzegovina, o.O.

**Oswald, Ingrid (2007):** Migrationssoziologie; Konstanz: UVK.

**Parsons, Christopher R. (u.a.) (2007):** Quantifying International Migration: A Database of Bilateral Migrant Stocks; in: Özden, Çağlar/Schiff, Maurice (Hgs.): International Migration, Economic Development & Policy; Worldbank: Washington; S. 17-58.

**Portes, Alejandro (Hg.) (1998):** The Economic Sociology of Immigration. Essays on Networks, Ethnicity and Entrepreneurship; New York: Russell Sage Foundation.

**Portes, Alejandro (u.a.) (1999):** The Study of Transnationalism: Pitfalls And Promise of an Emergent Research Field; in: Ethnic And Racial Studies, 22 (2), S. 217-237.

**Pries, Ludger (2008):** Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften; Frankfurt/Main: Suhrkamp.

**Ragazzi, Francesco (2009):** Governing Diasporas; in: International Political Sociology, 3 (4), S. 379-397.

**Sassen-Koob, Saskia (1978):** The International Circulation of Ressources and Development: The Case of Migrant Labour; in: Development And Change; 9 (4), S. 509-545.

**Schaeffer, Peter V. (1991):** Guess Who Stay; in: Geographical Analysis, 23 (3), S. 247-260.

**Stefansson, Anders H. (2006):** Homes in The Making: Property Restitution, Refugee Return, And Senses of Belonging in a Post War Bosnian Town; in: International Migration, 44 (3), S. 115-139.

**Straubhaar, Thomas/Vădean, Florian P. (2005):** International Migrant Remittances And Their Role in Development; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 13-40.

**Sundhaussen, Holm (1982):** Geschichte Jugoslawiens 1918-80; Stuttgart (u.a.): Kohlhammer.

**Treibel, Annette (2003):** Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht; 3.Aufl., München/Weinheim: Juventa.

**Vertovec, Steven/Cohen, Robin (Hgs.) (1999):** Migration, Diasporas And Transnationalism; Cheltenham/Northampton: Edward Elgar Publishing Limited.

**Wahba, Jackline (2005):** What is The Macroeconomic Impact of International Remittances on The Home Country?; in: OECD: The Development Dimension. Migration, Remittances And Development; o.O., S. 185-192.

**Weltbank (2011):** Factbook 2011; Washington.

**Wernhart, Karl R./Zips, Werner (Hgs.) (2008):** Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung; 3. erw. Aufl., Wien: Promedia.

**Williams, Rhodri C. (2006):** The Significance of Property Restitution to Sustainable Return in Bosnia And Herzegovina; in: International Migration, 44 (3), S. 39-61.

**Wollner, Eveline (2010):** Maßnahmen Jugoslawiens und der Türkei zur Regulierung der Arbeitsmigration während der 1960er Jahre; in: Bakondy, Vida (u.a.) (Hgs.): Viel Glück! Migration heute. Wien, Belgrad, Zagreb, Istanbul; Wien: Mandelbaum; S. 80-89.

## Internetquellen:

**Asocijacija Alumni Centar za Interdisciplinarne Postdiplomske Studije (2010):** Brain Gain: Kako Vratiti, Zadržati i Dovesti Stručnjake u BiH? [Alumiverband Zentrum für interdisziplinäre Postdiplomstudien: Brain Gain: Wie können Experten/Expertinnen nach BiH zurückgeholt und gehalten werden?]; Sarajewo.
Online: http://www.grupa484.org.rs/files/Brain%20Gain%20-%20Kako%20vratiti%20zadrzati%20i%20dovesti%20strucnjake%20u%20BiH%20-%20ACIPS%202010.pdf [25.01.2012].

**Germany Trade & Invest (2011):** Wirtschaftsdaten kompakt. Bosnien und Herzegowina.
Online: http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTaI/bosnien.pdf [25.01.2012].

**IOM:** Rječnik Pojmova o Migracijama [Wörterbuch der Migrationen];
Online: http://publications.iom.int/bookstore/free/IML_11_BOS.pdf [25.01.2012].

**Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice (2008):** Pregled Stanja Bosanskohercegovačkog Iseljeništva; [Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge: Übersicht des Stands der bosnisch-herzegowinischen Diaspora], Sarajewo.
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Publikacije/?id=94 [17.01.2012].

**Ministarstvo za Ljudska Prava i Izbjeglice (2011):** Consolidated Report on TAIEX Multi-Country Workshop JHA46448 on Emigration Issues in The Western Balkans – Joint Approach to Linking Migration And Development of The Countries of Origin; Sarajevo.
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Publikacije/MHRR%20BiH%20Consolidated%20re%20TAIEX%20conference%20on%20migration%20and%20development%20in%20Sarajevo%20on%2013%20and%2014%20Oct%202011.pdf [18.01.2012].

**Ministarstvo Sigurnosti (2010):** Migracioni Profil Bosne i Hercegovine za Godinu 2009.; [Sicherheitsministerium: Migrationsprofil Bosnien und Herzegowinas für das Jahr 2009], Sarajewo.
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Publikacije/Migracioni%20profil%20za%202010.pdf [17.01.2012].

**Oesterreichische Entwicklungsbank (2010):** Maximizing The Development Impact of Migration-Related Financial Flows And Investment from Austria to Bosnia And Herzegovina;
Online: http://www.oe-eb.at/de/osn/DownloadCenter/projektinfos/OeEB-Study-Development-Impact.pdf [10.01.2012].

**Oxford Research International (2009):** The Silent Majority Speaks: Snapshots of Today and Visions of The Future of Bosnia And Herzegovina; UNDP.
Online: http://www.undp.ba/index.aspx?PID=3&RID=43 [22.01.2012].

**Ratha, Dilip (2011):** Worldwide Remittance Flows Updated to $ 483 Billion for 2011;
Online: http://blogs.worldbank.org/peoplemove/worldwide-remittance-flows-updated-to-483-billion-for-2011 [10.01.2012)].

**Tihić-Kadrić (2011):** TAIEX Multi-Country Workshop JHA 46448. Linking Migration And Development of The Western Balkans Countries; Sarajewo, (Vortragsmaterial).
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Publikacije/?id=825 [17.01.2012].

**UNHCR 2002:** Statistical Yearbook.
Online: http://www.unhcr.org/414ad5707.html [20.12.2011].

**UNHCR 2005:** Statistical Yearbook.
Online: http://www.unhcr.org/4641836a0.html [20.12.2011].

**UNHCR 2012:** 2012 UHCR Country Operations Profile – Bosnia And Herzegovina.
Online: http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e48d766&submit=GO# [21.01.2012].

**Weltbank:** Remittances-Datenbank.
Online: http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:22759429~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html [25.01.2012].

## Weitere Materialien:

Manifestacija BH. Dijaspore Pod Pokroviteljstvom Ministarstva za Ljudska Prava i Izbjeglice 2008; Sarajewo.
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Publikacije/Manifestacije%20bh.%20dijaspore.pdf [18.01.2012].

Zakon o Državljanstvu Bosne i Hercegovine [Staatsbürgerschaftsgesetz Bosnien und Herzegowinas].
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Pravni_akti_i_sporazumi/zakon_o_drzavljanstvu_bih.pdf [17.01.2012].

Zakon o Izmjenama i Dopunama Zakona o Državljanstvu Bosne i Hercegovine [Gesetz über Änderungen und Ergänzungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes Bosnien und Herzegowinas].
Online:http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Pravni_akti_i_sporazumi/zakon_izmjenama_dopunama_zakona_o_drzavljanstvu_bih.pdf [17.01.2012].

Nacrt Zakona o Stvaranju Saradnje Bosne i Hercegovine sa Iseljeništvom [Gesetzesentwurf zur Zusammenarbeit Bosnien und Herzegowinas mit der Diaspora].
Online: http://www.mhrr.gov.ba/iseljenistvo/Pravni_akti_i_sporazumi/NacrtZakonaoIseljenistvu.pdf [17.01.2012].

# Anhang

## Abstract

Dieser Arbeit liegt der theoretische Rahmen von Transnationalismus zugrunde. Es wird die Migration aus Bosnien-Herzegowina seit den 1945er Jahren analysiert und wie sich diese Auswanderung zu einer Diaspora formiert hat. In einem weiteren Schritt werden Daten aus Erhebungen der Ministerien Bosnien-Herzegowina, der Weltbank und der International Organisation for Migration ausgewertet, um die Dimension der Rücküberweisungen der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung im Ausland zu erfassen. Diese Daten werden mit den Wirtschaftsdaten des Landes verglichen, um so die Frage zu beantworten, welche Rolle die bosnisch-herzegowinische Diaspora durch ihre Rücküberweisungen/Remittances für Bosnien-Herzegowina hat.

In a frame of transnational theory the aim of this work is to analyze the migration from Bosnia and Herzegovina since 1945 and how these movements completed in forming a diaspora. Data collected by ministries of Bosnia and Herzegovina as well as by the World Bank and the International Organization for Migration is used to capture the dimension of remittances sent by the diaspora of Bosnia and Herzegovina. Comparing this data with economic data of the country the question which influence remittances have for Bosnia and Herzegovina should be answered.

Iz perspektive transnacionalizma ovaj rad analizira migraciju posle 1945 iz Bosne i Hercegovine i kako je to iseljeništvo osnovilo današnju dijasporu. Kroz podatke ministarstava Bosne i Herzegovine kao i od Svjetske Banke i Internacionalne Organanizacije za Migraciju procjenjuje se dimenzija pošiljaka koje šalje dijaspora. Usporedujući ih sa ekonomskim podatcima Bosne i Herzegovine odgovara se na pitanje koju ulogu pošiljke imaju za državu.

# Lebenslauf

## Angaben zur Person


| | |
|---|---|
| **Name:** | Samir Memišević |
| **Geboren am:** | 24.02.1986 |
| **In:** | Zvornik (Bosnien-Herzegowina) |
| **E-Mail:** | samir.memisevic@gmail.com |


## Ausbildung

| | |
|---|---|
| Seit Oktober 2006 | Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien |
| Seit Oktober 2007 | Studium der Slawistik – Bosnisch/Kroatisch/Serbisch an der Universität Wien |
| Dezember 2009 – Mai 2011 | Ausbildung zum NLP Trainer<br>inkl. 305 Stunden Co-Trainer-Einastz<br>(NLP wurde 2007 vom Ministerium für Gesundheit und Frauen als psychotherapeutische Methode anerkannt) |
| Mai 2006 | Matura an der HTBLA Wels/Oberösterreich<br>(Maschineningenieurswesen und Anlagenbau) |

## Berufserfahrung

| | |
|---|---|
| Juni 2011 | Teilnahme an Felderhebung Österreichische Radrundfahrt 2011 |
| Februar 2009 – Mai 2010 | Werkstipendium bei NLP-Akademie |

## Sprachkenntnisse

| | |
|---|---|
| Bosnisch/Kroatisch/Serbisch | Muttersprache |
| Deutsch | Muttersprachenniveau |
| Englisch | In Wort und Schrift |